



Plenarprotokoll

97. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 14. Oktober 1999

Lothar Hay [SPD], zur Geschäftsordnung.....	7311	Lothar Hay [SPD]	7335
Ergebnisse der ökonomischen Untersuchung „Fehmarnbelt-Verbindungen von Küste zu Küste“		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7336, 7338
Antrag der Fraktion der SPD		Dr. Gabriele Kötschau [SPD].....	7338, 7338
Drucksache 14/2438		Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	7338
Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	7312, 7330	Anke Spoorendonk [SSW].....	7339
Martin Kayenburg [CDU]	7313	Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus	7339, 7342
Lothar Hay [SPD]	7316, 7330	Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]	7341, 7342
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7319, 7326, 7332	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7342
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	7321	Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss und den Agrarausschuss	7342
Anke Spoorendonk [SSW].....	7324, 7329	Investitionsprogramm 1999 bis 2002 des Bundesverkehrsministeriums	
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	7327	Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU	
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	7327, 7333	Drucksache 14/2469	
Reinhard Sager [CDU]	7328	Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	7343
Beschluss: Für erledigt erklärt	7333	Holger Astrup [SPD].....	7344
Unabhängigkeit und Bestand der Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein		Beschluss: Dringlichkeit verneint.....	7343
Antrag der Fraktion der CDU		Alkoholmissbrauch in Schleswig-Holstein	
Drucksache 14/2420		Große Anfrage der Fraktion der CDU	
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.		Drucksache 14/2085	
Drucksache 14/2466		Antwort der Landesregierung	
Martin Kayenburg [CDU]	7334	Drucksache 14/2308	
		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	7344, 7354

Frauke Tengler [CDU]	7345, 7353
Roswitha Müllerwiebus [SPD].....	7347
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7349
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	7351
Anke Spoorendonk [SSW].....	7352
Beschluss: Überweisung an den Sozialaus- schuss	7353

Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1998

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2304

Horst Günter Bülck, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr.....	7354
Uwe Eichelberg [CDU]	7356
Klaus-Dieter Müller [SPD]	7357
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7358
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	7360
Anke Spoorendonk [SSW].....	7361

Beschluss: Für erledigt erklärt

Holger Astrup [SPD], zur Geschäfts- ordnung.....	7362
---	------

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2437

Rainer Steenblock, Minister für Um- welt, Natur und Forsten.....	7363
Gero Storjohann [CDU]	7364
Helmut Jacobs [SPD]	7365
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7366
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	7367
Anke Spoorendonk [SSW].....	7368

Beschluss: Überweisung an den Umwelt-
ausschuss, den Innen- und Rechtsaus-
schuss, den Wirtschaftsausschuss und
den Agrarausschuss

Gemeinsame Beratung

a) Bericht über die Tätigkeit von Sekten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2431

b) Tätigkeit von Sekten in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2441

Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	7369
Ursula Röper [CDU]	7371
Klaus-Peter Puls [SPD]	7374
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7375
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	7376
Anke Spoorendonk [SSW].....	7377

Beschluss: Überweisung des Berichts
Drucksache 14/2441 an den Bildungs-
ausschuss und den Sozialausschuss zur
abschließenden Beratung.....

7378

Gemeinsame Beratung

a) Neugestaltung und Verbesserung der Organisationsstrukturen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2436

b) Sicherung der Einkommen in der Landwirtschaft

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2439

c) Verbesserung der Organisationsstrukturen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2461

Claus Ehlers [CDU]	7379
Sabine Schröder [SPD].....	7380
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7381
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	7382
Anke Spoorendonk [SSW].....	7384
Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus.....	7386
Peter Jensen-Nissen [CDU].....	7388
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7389
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	7390

Beschluss: 1. Annahme des Antrages
Drucksache 14/2436
2. Überweisung der Anträge

Drucksachen 14/2439 und 14/2461 an
den Agrarausschuss 7390

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über das Krebsregister des Landes Schleswig-Holstein (Landeskrebsregistergesetz - LKRG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2217

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 14/2390

Frauke Walhorn [SPD], Berichterstatterin 7391

Beschluss: Verabschiedung..... 7391

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierseuchengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2321

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses
Drucksache 14/2426

Claus Hopp [CDU], Berichterstatter... 7391

Beschluss: Verabschiedung..... 7391

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Abkommen zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Erstattung von Finanzhilfe für den länderübergreifenden Besuch von Schulen in freier Trägerschaft (Finanzhilfe-Erstattungs-Abkommen)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2377

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 14/2433

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Berichterstatter..... 7391

Beschluss: Verabschiedung..... 7392

Situation des Transportgewerbes in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2434

Beschluss: Annahme 7392

Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein mit der Stellungnahme der Landesregierung

Drucksache 14/2276

Landtagsbeschluss vom 26. September 1996
Drucksache 14/227

Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung 7392

Erleichterung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grenzgebiet

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1809

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1832

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 14/2389

Frauke Walhorn [SPD], Berichterstatterin 7392

Beschluss: Annahme 7392

Vandalismus

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2179

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/2409

Heinz Maurus [CDU], Berichterstatter 7392

Beschluss: Kenntnisnahme..... 7392

Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1783

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 14/2415

Frauke Walhorn [SPD], Berichterstatterin 7392

Beschluss: Annahme 7393

Modellversuch Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen und Modernisierung der sozialen Hilfen

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1418

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 14/2416

Frauke Walhorn [SPD], Berichterstatterin 7393

Beschluss: Annahme 7393

Bericht des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß § 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung „Soziale Dienste der Justiz“

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 14/2417

Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin 7393

Beschluss: Annahme 7393

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Erkrankt sind die Abgeordneten Peter Gerckens, Silke Hars und Ulrike Rodust, denen wir von hier aus auch heute herzliche Genesungswünsche aussprechen.

Beurlaubt sind die Abgeordneten Matthias Böttcher und Klaus Haller.

Die Fraktion der CDU hat einen Dringlichkeitsantrag mit dem Betreff „Investitionsprogramm 1999 bis 2002 des Bundesverkehrsministeriums“ eingereicht. Der Antrag wird gerade als Drucksache 14/2469 verteilt. Ich bitte, sich darauf zu verständigen, wann dieser Punkt möglicherweise aufgerufen werden wird. Ich beabsichtige, die geschäftsmäßige Behandlung des Dringlichkeitsantrags nach Tagesordnungspunkt 20 vorzunehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird er an Sie verteilt werden. - Zur Geschäftsführung, Herr Abgeordneter Hay!

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte, die geschäftsmäßige Behandlung des Dringlichkeitsantrags nicht nach dem Tagesordnungspunkt 20, sondern nach der Behandlung des Tagesordnungspunktes 11 vorzunehmen, damit wir uns kurz mit dem Antrag beschäftigen können. Ich kenne ihn zurzeit noch nicht; er liegt mir noch nicht vor.

(Zurufe)

- 14 meinte ich!

(Martin Kayenburg [CDU]: Einverstanden!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das heißt, nach dem Tagesordnungspunkt 21 folgt der Tagesordnungspunkt 14, und dann wird über die geschäftsmäßige Behandlung des Tagesordnungspunktes abgestimmt. Darüber besteht Einigkeit. Dann werden wir so verfahren.

Gestern sind die Tagesordnungspunkte 12 und 13 nicht behandelt worden. Ich beabsichtige, diese nach dem Tagesordnungspunkt 14 aufzurufen. Gibt es dagegen Einwände? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 20 auf:

Ergebnisse der ökonomischen Untersuchung „Fehmarnbelt-Verbindungen von Küste zu Küste“

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/2438

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Zur Abgabe des Berichts erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Bülck, das Wort.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die feste **Fehmarnbelt-Querung** ist derzeit das Verkehrsprojekt mit dem höchsten Öffentlichkeitswert. Nicht alles, was hierzu geschrieben und gesagt wird, entspricht den Tatsachen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb nehme ich die Gelegenheit heute gern wahr, über die Ergebnisse der ökonomischen Untersuchungen und das weitere Verfahren zu berichten.

Vorab möchte ich aber eine Bitte aussprechen. Dieses Projekt eignet sich nicht für Schnellschüsse aus der Hüfte.

(Beifall)

Es ist zu wichtig für die Zukunftschancen unseres Landes, als dass es zerredet werden dürfte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Au, ja!)

Wir sollten gemeinsam eine nüchterne Bewertung vornehmen, das heißt die Argumentation weder von Euphorie noch von Ängsten oder Bedenken bestimmen lassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen Sie nach links sagen, Herr Minister!)

- Von da aus gesehen sitzen Sie ja links!

Die lang erwartete **Wirtschaftlichkeitsuntersuchung** mit der gesamtwirtschaftlichen Bewirtung und der finanzwirtschaftlichen Analyse zeigt, dass drei der insgesamt acht Lösungsmodelle ein derart positives Kosten-Nutzen-Verhältnis haben, dass sie unter rein privatwirtschaftlichen Aspekten realisierbar und kommerziell attraktiv sind. Es handelt sich hierbei um die beiden Tunnellösungen mit verminderter Kapazität, das heißt mit zwei Fahrspuren und einer eingleisigen Bahnstrecke, und um das Modell Schrägkabelbrücke mit voller Kapazität, sprich: vier Straßenspuren und zwei Gleise.

Als nicht realisierbar erweisen sich die beiden Varianten einer reinen Schienenquerung mit Pendelzugverbindung.

Das Kosten-Nutzen-Verhältnis nach der Bewertungsmethode des Bundesverkehrswegeplans liegen zwischen dem 1,29- und dem 1,94-Fachen. Das heißt, der Nutzen des Projektes ist 1,3-fach beziehungsweise fast doppelt so hoch wie die Kosten.

Bei einer von den Gutachtern ebenfalls als zulässig erachteten Methode wird der Kosten-Nutzen-Faktor 2,6 erreicht. Dies sind zusätzliche Effekte im Vergleich mit dem bestehenden, seit 1997 eingeführten modernen Fährschiffkonzept.

Von dieser gesamtwirtschaftlichen Bewertung zu unterscheiden ist die **finanzwirtschaftliche Analyse** ob zum Beispiel Bau und Betrieb einer festen Querung voll über Nutzungsgebühren finanziert werden können. Die Mindestrentabilität für eine Marktfinanzierung von Bau und Betrieb wird mit einer Realverzinsung, das heißt ohne Inflationszinsrate des eingesetzten Kapitals von 7 % pro Jahr, angesetzt. Dies entspricht einer Nominalverzinsung von 8,5 bis 9 %. Die Gutachter kommen bei den drei genannten Lösungen zu einer Realverzinsung von 7,3 % beziehungsweise 7,9 % und in der günstigsten Variante von 9,1 % Verzinsung pro Jahr.

Das sind durchaus attraktive Renditen. Das Interesse potentieller Investoren ist vorhanden, wie ein Gespräch gezeigt hat, das ich in dieser Woche erneut mit Vertretern der Bauwirtschaft und der Banken geführt habe.

In der **sozio-ökonomischen Regionalstudie** haben die Gutachter Aussagen dazu gemacht, wie sich eine feste Querung auf die Wirtschaft im Gebiet Ostholstein bis hinein in den Großraum Hamburg und auf Dänemark bis in die Region nach Kopenhagen auswirken wird. Im Mittelpunkt der Ergebnisse stehen die Beschäftigungseffekte, die die Gutachter im Zusammenhang mit dem Projekt voraussagen. Das Ergebnis ist eindeutig. Nicht nur während der Bauphase, sondern - was besonders wichtig ist - auch während der Betriebsphase werden unter dem Strich positive Beschäftigungseffekte für die Region erwartet. Mit anderen Worten: Der Arbeitsplatzsaldo ist in allen Fällen positiv. Das Ausmaß der Beschäftigungseffekte variiert ja nach Bauvariante.

Nun zu den Zahlen! Während der Bauphase werden sich die **Beschäftigungseffekte**, die den regionalen Arbeitsmärkten im deutschen und dänischen Teil der Fehmarnbelt-Region zugute kommen, innerhalb einer Spanne von knapp 4.000 bis etwa 6.000 Arbeitsplätze pro Jahr liegen. Hinzu kommen Beschäftigungseffekte

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

fekte für die notwendigen Hinterlandinvestitionen. Das sind im Jahresdurchschnitt knapp 2.000, davon rund 1.000 zusätzlich gegenüber dem Referenzfall ohne Querung. Für die gesamte Bauzeit kommen somit 12.000 bis 13.000 Arbeitsplätze hinzu.

Zu den Beschäftigungseffekten nach Aufnahme der Betriebsphase sei vorweg erwähnt, dass sich die Gutachter nur zögernd auf Zahlen festgelegt haben. Wer die nach einem Gravitationsansatz vorgenommenen Berechnungen nachvollzieht, kann dies verstehen. Doch natürlich werden jetzt gerade diese detaillierten Zahlen in der regionalen Diskussion auf die Goldwaage gelegt. Nennen will ich sie trotzdem.

Je nach Szenario werden in den Untersuchungsregionen durch das Fehmarnbelt-Projekt 1280 und 1740 **Dauerarbeitsplätze** entstehen. Hierzu muss man Folgendes wissen.

Erstens: Die Berechnung berücksichtigt nur Beschäftigungsfelder, die in irgendeiner Weise verkehrsrelevant sind.

Zweitens: Multiplikatoreffekte, die beispielsweise durch neue Ansiedlungen entstehen können, sind noch nicht berücksichtigt.

Drittens: Mögliche negative Beschäftigungseffekte durch Reduzierung des Fährverkehrs sind bereits gegengerechnet.

Nur ein Beispiel: Bereits die Ansiedlung eines größeren Logistikunternehmens mit 300 Arbeitsplätzen in Ostholstein würde den für das Kreisgebiet ermittelten Beschäftigungseffekt verdoppeln. Das bedeutet: Die Berechnungen sind sehr konservativ und garantiert auf der sicheren Seite. Die Effekte werden eher größer werden. Wichtig ist hier die Tendenzaussage.

Wie stark die Beschäftigungseffekte nach oben schnellen, hat die Region letztlich auch selbst in der Hand. Durch die neue Verbindung werden sich völlig neue ökonomische Chancen ergeben und ich bin sicher, dass die Wirtschaft diese Chancen konsequent nutzen wird.

Was ich zuletzt gesagt habe, gilt auch für den Tourismus. Die Landesregierung ist sich bewusst, dass die **Tourismuswirtschaft** insbesondere auf der Insel Fehmarn dominierend ist. Auch wir haben noch Fragen zu diesem Sektor, die die erwähnte Studie nicht beantwortet hat. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem Kreis Ostholstein und der Stadt Burg auf Fehmarn eine ergänzende Untersuchung in Auftrag gegeben.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Auch bezogen auf den Tourismus bin ich überzeugt, dass die Querung mehr Chancen als Risiken bietet.

Selbstverständlich steht die Landesregierung bereit, diese Entwicklungen im Rahmen ihrer Regionalpolitik zu flankieren.

Nun zum weiteren Verfahren! Ich werde mit meinen Mitarbeitern fortfahren, die Untersuchungsergebnisse insgesamt auszuwerten, mit den Beteiligten im Lande - insbesondere in der Region - zu erörtern und alle Argumente abzuwägen. Fachgespräche und Regionalkonferenzen werden Mitte November abgeschlossen sein. Es bleibt dabei, dass die **Landesregierung** ihr **Votum** bis zum Jahresende beschließen und nach Berlin abgeben wird.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Abwägung wird nicht nur den Bereich Tourismus oder die in den Medien besonders präsentierten Interessen aus der Fährwirtschaft umfassen, sondern alle Aspekte einschließlich der Umwelt, der Natur, der Verkehrsinfrastruktur und der Wirtschaft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ausgezeichnet!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe der Realschule Bad Schwartau.

(Beifall)

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Bülck, bedauerlicherweise hat die **Fehmarnbelt-Querung** zurzeit den höchsten Öffentlichkeitswert. Uns wäre es viel lieber, wenn dieser Öffentlichkeitswert bei A 20 und Elbquerung gegeben wäre.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich kann Ihnen zustimmen: Schnellschüsse sollen nicht sein. Die Fehmarnbelt-Querung ist für das Land ungeheuer wichtig und es wäre schlimm, wenn sie zerredet würde. Gleichwohl gilt: Der heutige Berichtsantrag ist ein reiner Show-Antrag der SPD-Fraktion, denn Sie wollen doch nur von Ihrer Taten- und Entschlusslosigkeit in Sachen A 20 ablenken.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Minister Horst Günter Bülck)

Im Übrigen zeigt dieser Antrag doch die ganze Zerrissenheit der Regierungskoalition.

(Widerspruch des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Ich will das auch begründen, Herr Schröder!

Entschlusslosigkeit! Über das Thema „Fehmarnbelt-Querung“ haben wir hier erst im Juli diskutiert, und zwar ausgiebig. Wir haben damals die Notwendigkeit unterstrichen und unsere Unterstützung zugesagt, aber gleichzeitig auch gesagt, dass wir andere **Prioritäten** setzen, nämlich: A 20, Elbquerung, Ausbau der A 7 und dann auch Fehmarnbelt-Querung - unbestritten auch die Fehmarnbelt-Querung. Aber heute ist dies nur Zeitverschwendung.

Zweitens - Show-Antrag! -: Die **Wirtschaftlichkeitsstudie** zur Fehmarnbelt-Querung liegt uns allen ja inzwischen vor. Ich unterstelle, dass auch die Kolleginnen und Kollegen von der SPD lesen können. Im Übrigen ist die Studie erst am 28. September den verkehrspolitischen Sprechern und dem Wirtschaftsausschuss zugegangen. Insofern besteht heute also überhaupt nicht die Notwendigkeit, das, was Ihnen schriftlich vorliegt, noch einmal im Einzelnen erläutern zu lassen.

Drittens schließlich - Zerrissenheit! -: Ich denke, es lässt schon tief blicken, dass dieser Antrag nur von der SPD gestellt wurde. Seit es die **rot-grüne Koalition** gibt, kenne ich jedenfalls nur Anträge im Doppelpack. Das ist zwar billiger, aber erhöht die Qualität nicht. Da haben Sie Recht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hier kann ich nur sagen: „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“, denn wenn ich mir die dänische Urlaubsgeschichte - so möchte ich es einmal nennen - des Kollegen Hentschel zu diesem Thema vor Augen führe, dann wird doch deutlich, wo der Riss zwischen den Koalitionsfraktionen liegt.

(Beifall bei der CDU)

Beeindruckend finde ich nur den Aktionismus, mit dem die SPD jetzt vorgibt, die Fehmarnbelt-Querung zu pushen. Für mich ist das ein reines Ablenkungsmanöver, ein Manöver zur Ablenkung von der Entschädigungsunfähigkeit der Regierung Simonis beim Bau der A 20 mit Elbquerung - und zwar mit westlicher Elbquerung - und beim dreistreifigen Ausbau der A 7.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Frau Kähler, deutlicher können Sie doch gar nicht machen, dass Sie wieder einmal die falschen Prioritäten setzen. Sie pusten sich doch nur deshalb so auf,

weil die Fehmarnbelt-Querung so akut gar nicht zur Entscheidung ansteht. Es soll wohl eine Empfehlung kommen, aber die A 20 ist in Mecklenburg-Vorpommern in Teilen gebaut, Herr Baasch, und im Übrigen in Teilen auch bei uns schon in Angriff genommen. Nur nicht über Lübeck hinaus, und das ist der eigentliche Skandal!

(Beifall bei der CDU)

Sie verplempern Zeit, wenn Sie erst im Jahre 2002 festlegen wollen, wie die Trasse der A 20 durch Schleswig-Holstein verlaufen soll. Das nenne ich verantwortungslos, Herr Baasch!

(Widerspruch bei der SPD - Ursula Kähler [SPD]: Sie wissen doch, wie das Programm aussieht!)

Wenn Sie aber - und ich glaube ja an dieser Stelle dem Wirtschaftsminister - bei der Fehmarnbelt-Querung wirklich - -

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Kayenburg hat das Wort. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Beifall bei der CDU)

Martin Kayenburg [CDU]:

Auch Sie, Herr Schröder, können zuhören. Wenn Sie es denn wirklich mit der Fehmarnbelt-Querung so ehrlich meinten - vielleicht meinen Sie es ja ehrlich - und wenn das kein Show-Antrag wäre, warum haben Sie dann nicht im Juli dem Antrag der F.D.P.-Fraktion zugestimmt, als wir dafür sorgen wollten, dass die Fehmarnbelt-Querung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen würde? Sie haben doch geblockt, nicht wir!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Kayenburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Baasch?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bloß nicht!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Im Moment nicht, Frau Präsidentin! - Der Wirtschaftsminister preist mehr oder weniger euphorisch die Machbarkeit, aber die **Finanzierung** ist nicht

(Martin Kayenburg)

gesichert, Herr Minister! Selbst wenn die Querung in irgendeiner Weise privat finanziert werden könnte, so bleiben doch - das müssen Sie uns einmal erläutern - die Anschlüsse im Lande ungeklärt. Je nachdem, durch welche Brücken- oder Tunnellösungen Sie dann die Querung realisieren wollen, kosten die landesseitigen Anschlüsse 780 Millionen DM bis 1,95 Milliarden DM. Diese Anschlüsse können Sie mit Sicherheit nicht durch eine Autobahnmaut oder durch Zugtickets hereinholen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn ich die **Maut** anspreche - wo ist denn eigentlich Ihre Zusage aus Berlin, dass das entsprechende Gesetz geändert wird, wenn Sie die Mautgebühr etwa auch für diesen Teil beanspruchen wollen?

Anders wäre es bei der Elbquerung. Bei der Elbquerung haben wir mit Herrn Wissmann und Herrn Steinbrück gemeinsam darüber diskutiert, dass man die Maut für eine Elbquerung von der A23 mit einer etwas erweiterten Zufahrt über die Elbe hinweg bis zur A26 erheben könnte; dort haben Sie mit anderen Worten die private Finanzierung im Grunde sicherstellen können. Nur - keine Aktion! Ich frage Sie: Warum denn eigentlich nicht? Sie haben keine Trasse festgelegt und das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen, Herr Minister, sehen meine Informationen aus der Wirtschaft ein bisschen anders aus. Sie haben 9,1 % als eine Superverzinsung hingestellt. Das ist es natürlich, wenn Sie an ein Sparbuch oder an festverzinsliche Papiere denken. Aber das wissen Sie doch aus Ihrer aktiven Zeit: Die Wirtschaft rechnet mit **Renditen** zwischen 10 und 15 % und nicht mit Renditen, die darunter liegen. Wenn Sie nun 9,1 % sagen - der andere Realisierungstyp ist übrigens nur 7,8% -, dann liegen Sie immer noch unter den 10%, und da frage ich mich, ob die Wirtschaft da nicht attraktivere, lukrativere Objekte finden wird.

Das mag man nun gut finden oder nicht; aber das Kapital sucht sich den Weg, wo es am meisten verdient, und der Markt bestimmt das Geschehen.

Sie aber, Frau Simonis, und Sie, Herr Bülck, wollen nur von der Untätigkeit bei der A20 ablenken. Anders ist es nicht zu erklären, dass man die Fehmarnbelt-Querung so pusht. Und auch das sollten Sie nicht verschweigen: Die **Kosten-Nutzen-Analyse** der Fehmarnbelt-Querung ergibt einen unzureichenden Faktor von zwei. Der Bund hat aber für Verkehrsprojekte grundsätzlich einen Mindestfaktor von drei festgelegt. Hier wird also nicht einmal die Mindestgrenze erreicht.

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Auch das sollten Sie wissen, Herr Schröder, und Ihr finanzpolitischer Sprecher nickt sogar. Er weiß, dass ich Recht habe.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Anhaltende Zurufe und Unruhe)

Auch das sollten Sie sehen: Bei der Elbquerung haben wir einen Faktor von eins zu sieben. Das heißt, hier ist in zwei Jahrzehnten der Kaufpreis wieder hereingeholt. Das bedeutet: Die investitionswillige Wirtschaft wird hier viel eher investieren als bei der Fehmarnbelt-Querung.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau

Meine Damen und Herren, ich meine es ernst. Ihr Geräuschpegel ist mir schlichtweg zu hoch. Ich meine beide Seiten des hohen Hauses.

Herr Abgeordneter Kayenburg, Sie haben das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Wenn Sie also die Fehmarnbelt-Querung wirklich so schnell realisieren wollen, Herr Bülck, dann empfehle ich Ihnen einmal die Finanzierungsformen bei der Große-Belt-Querung oder bei der Øresund-Querung zu prüfen. Es sind dies Anleihen von staatlichen Trägerorganisationen beider Länder auf dem Kapitalmarkt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bloß nicht! - Zuruf von Minister Horst Günter Bülck)

- Natürlich! Herzlichen Glückwunsch!

Diese Anleihen am Kapitalmarkt werden natürlich auch von Privaten aufgenommen, und da haben Sie eine Verzinsung, die in dieser Größenordnung attraktiv ist. Ich weiß überhaupt nicht, warum Sie sich dagegen wehren, wo Sie doch sehen, dass die Wirtschaft hier offensichtlich nicht einsteigen wird, dass wir Ihnen ein Konzept sagen, wie Sie die auch von Ihnen als so wichtig erklärte Fehmarnbelt-Querung realisieren können.

(Zuruf von Minister Horst Günter Bülck)

Denken Sie doch einmal über Anleihen nach! Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Schuldenmachen und nichts anderes und auf diesem Gebiet hat sich die CDU profiliert!)

(Martin Kayenburg)

Aber wahrscheinlich fällt es der SPD-Landesregierung schwer, die Berliner hier ins Boot zu kriegen. Das kann ich nachvollziehen. Man sollte es aber zumindest einmal versuchen, ob die Finanzierung nicht auf diese Weise sichergestellt werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Vielen Dank, aber das wird Herr Matthiessen leider nicht erkennen können, dass das wirklich wichtiger ist, bei deren Verbohrtheit, die sie gegen Straßen haben. Unabhängig davon müssen wir die richtigen Prioritäten setzen. Deswegen wiederhole ich: Wir brauchen schnellstens und zuallererst die A 20 mit einer westlichen Elbquerung, wir brauchen eine Verbreiterung der A 7 und außerdem wollen wir ohne Wenn und Aber die feste Fehmarnbelt-Querung. Also machen Sie endlich Schluß mit dem Palaver!

(Lachen bei der SPD)

Kümmern Sie sich um realisierbare Finanzierungsmodelle und darum, was auch vom Vertreter der Bundesregierung bei der Tagung in Lübeck gesagt wurde, nämlich dass die Finanzierung der Fehmarnbelt-Querung längst nicht sichergestellt ist, dass da großer Entscheidungsbedarf besteht und dass man viel Geduld braucht!

Und lesen Sie auch nach, was von dem Leiter der Planungsabteilung im Kopenhagener Verkehrsministerium gesagt wurde. Er stellte fest, dass auch in Dänemark eine andere Priorität als bei den beiden anderen skandinavischen Superbauwerken gegeben ist. Also völlig eindeutig: A 20 und Elbquerung, A 7 und Fehmarnbelt!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass - bei allem Verständnis meinerseits - Äußerungen seitens der Regierungsbank nicht zulässig sind. -

Herr Abgeordneter Hay, Sie haben das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es schade, wenn eine Diskussion zum Thema **Fehmarnbelt-Querung**, einem ganz wichtigen Projekt für Schleswig-Holstein, in erster Linie unter Wahlkampfgesichtspunkten betrachtet wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P. - Demonstrativer Beifall von der F.D.P.)

Verehrter Herr Kollege Kayenburg, ich muss nach Ihrem Wortbeitrag - auch wenn Sie zum Schluss gesagt haben ohne Wenn und Aber-

(Martin Kayenburg [CDU]: Auch eingangs!)

die Frage stellen: Stehen Sie überhaupt noch zur Fehmarnbelt-Querung?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stehen Sie überhaupt noch dazu?

(Lachen und Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU]: Aber jetzt sind Sie wirklich albern! - Weitere Zurufe)

Es ist von meiner Fraktion aus mehrfach deutlich gemacht worden, dass wir eine Parallelität, eine **Gleichrangigkeit** von Fehmarnbelt-Querung, **Elbquerung** und **A 20** sehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bei Ihnen wird das alles nichts! - Zuruf der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Und das steht auch in Zukunft so. Und, Herr Kayenburg, wenn Sie schon das Thema Elbquerung ansprechen: Wo ist denn aus Ihrer Sicht die Trasse? Wir haben gesagt: Westlich von Glückstadt!

(Demonstrativer Beifall bei der F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben auch gesagt: Westlich von Glückstadt!)

Ihre Variante ist 50 km breit!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Und wenn Sie schon in Nebensätzen den Bundesverkehrswegeplan ansprechen, dann frage ich: Wer ist denn verantwortlich für die Unterfinanzierung?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das frage ich auch!)

In Ihrer Regierungszeit ist doch allenfalls rhetorischer Beton verbaut worden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Sie wissen genauso gut wie ich, dass mit Spatensti-

(Martin Kayenburg)

chen allein keine Brücken gebaut werden. Dazu bedarf es etwas mehr.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mit dem Spatenstich könnte ja einmal angefangen werden! - Thomas Stritzl [CDU]: Da ist die Not doch schon sehr groß!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fehmarnbelt-Querung ist nicht nur aus der Sicht der skandinavischen Wirtschaft das „missing link“ bei der Anbindung Dänemarks, Schwedens und - ich füge auch hinzu - auch Norwegens an die Märkte an Kontinentaleuropa. Die Anmerkung ist richtig, dass die Ergebnisse des Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit hinsichtlich des zu erwartenden Verkehrsaufkommens nicht so hoch ausgefallen sind, wie es sich die Optimisten erhofft hatten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Nichtsdestotrotz ist das Ergebnis, dass eine solche Querung nicht nur verkehrlich sinnvoll, sondern, wenn auch nicht in jeder Form, auch finanziell machbar ist. Und im Übrigen mussten bisher die meisten Verkehrsprognosen nach oben korrigiert werden. Die Große-Belt-Querung in Dänemark ist dafür ein Beispiel.

(Zurufe von der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Denkt nur an den Transrapid!)

Wir unterstützen deshalb Forderungen, das **Querungswerk** möglichst zukunftsfähig zu dimensionieren. Die **Hinterlandanbindung** von Straße und Schiene können dagegen stufenweise an den sich entwickelnden Bedarf angepasst werden.

Wenn man in Dänemark eine gewisse Zurückhaltung beim Thema Fehmarnbelt-Querung in der Öffentlichkeit feststellen kann, so hat das nach meinen Kenntnissen weniger mit einer fehlenden Wirtschaftlichkeit als vielmehr mit dem Interesse der dänischen Seite an einer schnellen Amortisierung der Investitionen bei der Große-Belt-Querung zu tun. Die dänische Wirtschaft - das müssen wir auch einmal zur Kenntnis nehmen - bekennt sich heute eindeutig zur Brückentrias mit der Beltquerung als Brücke, die Dänemark zusammenknüpft, der Øresund-Querung, die die Region Kopenhagen/Malmø zusammenknüpft, und eben auch der Fehmarnbelt-Querung, die Nord- mit Kontinentaleuropa verbindet.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Lassen Sie mich hier ein Wort unseres Europaministers Gerd Walter aufnehmen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Hat der das Sagen?)

Die **Fehmarnbelt-Querung** ist keine regionale Marotte! Die Fehmarnbelt-Querung ist ein **transnationales Projekt**. Und wer die Diskussion um die Fehmarnbelt-Querung auf die finanzpolitische, ja selbst wer die Diskussion auf die verkehrspolitische Dimension, auf das Verschieben von Tonnage zu PKW-Zahlen reduziert, greift nach meiner Meinung zu kurz.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie beim Transrapid! - Demonstrativer Beifall bei der F.D.P.)

Die feste Querung zwischen Schleswig-Holstein und Skandinavien hat eindeutig auch eine soziale Bedeutung. Sie wäre ein Symbol für das Zusammenwachsen Europas.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der „Nordschleswiger“ schreibt am 30. September:

„Während auf der Insel Fehmarn derzeit vehement gegen eine feste Querung argumentiert wird, herrscht bei den dänischen Nachbarn auf Lolland und im gesamten strukturschwachen Storstrøms Amt nach Veröffentlichung des ökonomischen Gutachtens Aufbruchstimmung und ein einheitlicher Ruf nach einem positiven Beschluss.“

Eine solide **Finanzierung** des Projektes ist eine unabdingbare Voraussetzung. Ich glaube, es besteht kein Zweifel daran, dass dieses Projekt nur finanziert werden kann, wenn privates Kapital hinzukommt. Sonst sehe ich dafür große Schwierigkeiten. Allerdings erbindet es nicht die betroffenen Staaten - dazu will ich auch Schweden zählen -, sich mit entsprechenden Bürgschaften zu beteiligen, da nur dann ein Zinsniveau erreicht werden kann, welches die Rentabilität des Projektes sicherstellt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

In Lübeck habe ich sehr aufmerksam verfolgt - es wären wohl gern mehr Kollegen da gewesen -, was der Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank gesagt hat: Kaum ein anderes Verkehrsprojekt erfüllt die Anforderungen bezüglich einer Förderung im Rahmen der transeuropäischen Netze besser als die Fehmarnbelt-Querung. Es ist ein multinationales und multimodales Verkehrsprojekt, welches das **Zusammenwachsen des europäischen Binnenmarktes** fördert und welches in die bestehenden europäischen Verkehrsnetze integriert werden kann.

(Lothar Hay)

Die Position der Europäischen Zentralbank ist insofern von großer Bedeutung, als sie sich als ein wichtiger Pfeiler der Finanzierung erweisen kann. Bei den Projekten Große-Belt-Querung und Øresund-Querung hat sich die EZB mit 37,3 beziehungsweise 47% an den Baukosten beteiligt. Das macht mich auch für die Zukunft optimistisch.

(Beifall bei der SPD)

Bei aller Euphorie sollte man die kritischen Stimmen ernst nehmen. Dies gilt insbesondere für die Bedenken aus der Region Ostholstein. Obwohl die geforderte kleinräumige Regionalisierung der Arbeitsplatzeffekte noch aussteht, ist heute schon klar, dass sich in der Summe bereits kurzfristig - und nicht allein während der Bauzeit - ein positiver **Beschäftigungseffekt** aus dem Querungsbauwerk ergeben würde. Wir sollten auch die Auswirkungen auf die bestehenden touristischen Strukturen auf Fehmarn und in Ostholstein näher gutachterlich untersuchen, ohne dass es durch weitere Gutachten zu einer Verzögerung im Planungsprozess kommt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sollten Sie bei der A 20 auch mal sagen!)

Ich habe mit großer Aufmerksamkeit gelesen, dass das Gutachten - im Übrigen nach einer Umfrage der IHK - bereits jetzt schon ein erhebliches Entwicklungspotenzial für den **Tourismusbereich** durch Steigerungsraten von 6 bis 8 % sieht.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Bei allen Bedenken, die es im politischen Raum gibt: Die Interessenvertretung der Wirtschaft, die Industrie und Handelskammer zu Lübeck, die gesamten IHKs Schleswig-Holsteins - alle haben sich in der Frage einer festen Fehmarnbelt-Querung eindeutig positiv positioniert. Die SPD Schleswig-Holsteins wird sich ebenfalls dafür einsetzen, dass entsprechend §9 des Vertrags zum Bau der Große-Belt-Querung auch beim Bau einer Fehmarnbelt-Querung die **Regionalbelange** rechtlich verbindlich abgesichert werden. Das ist auch von uns in Ostholstein mehrfach erklärt worden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Auch die **Interessen der schleswig-holsteinischen Hafenvirtschaft** und der Betreiber von Fährlinien werden von uns in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Man sollte hier aber die allzu verständlichen betriebswirtschaftlichen Interessen nicht als volkswirtschaftliche Strategien annehmen. Die Zukunft der Häfen - wie zum Beispiel in Lübeck - liegt aus unserer Sicht in einer verstärkten Allianz mit Hamburg - gerade auch in Konkurrenz zu den ARA-Häfen - und nicht im deutsch-skandinavischen Fährverkehr.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Was die vorgebrachten ökologischen Bedenken betrifft, so empfehle ich, sich mit den jetzt schon sichtbaren Ergebnissen am Großen Belt zu beschäftigen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Nicht nur unter Wasser haben sich die Bedingungen verbessert. Die Seegrasswiesenbestände haben sich - als primäre Glieder der Nahrungskette - deutlich ausgeweitet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Auch die CO₂-Emissionen haben sich durch die Einstellung des Fährverkehrs verringert. Dänemark hat dort eine vorbildliche Funktion.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Bei dem Thema Fehmarnbelt-Querung stehen wir nach wie vor dazu: Eine Querung wird es ohne **Schiene** nicht geben, weil wir nach wie vor die Bemühungen „from road to sea“ aufrecht erhalten.

(Beifall bei der SPD und dem Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Gerade durch das Zusammenwachsen der Metropolregionen Malmø-Kopenhagen und Berlin bekommt der Verkehrsträger Schiene eine immer größere Bedeutung. Deshalb sind wir nach wie vor dafür, dass es eine möglichst schnelle Verbindung zwischen diesen Zentren gibt, und zwar über Lübeck Richtung Berlin.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin in Kopenhagen, Malmø und auch Berlin dafür einsetzen, dass die Fehmarnbelt-Querung ein ganz wichtiges Projekt für die Zukunft unseres Landes ist. Wir haben ein „virulentes“ Interesse an einer direkten Anbindung an Skandinavien.

Die SPD hat im vergangenen Jahrzehnt unter Björn Engholm und Heide Simonis den Blick in den Ostseeraum und nach Skandinavien gerichtet. Ich hoffe, dass es auch die SPD ist, die diese Brücke in den Köpfen zu einer Brücke über die Meere zu einer Verbindung zu den Menschen in Skandinavien werden lässt.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

(Lothar Hay)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den Tagen seit der Vorlage der Ergebnisse des letzten Teils der Studie hat es eine breite öffentliche Diskussion gegeben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gott sei Dank!)

Die heftigen und sehr gegensätzlichen Reaktionen auf meine Pressekonferenz machten deutlich, dass die Diskussion notwendig ist. Ich habe mich in der Diskussion lange zurückgehalten, aber ich glaube, angesichts dessen, was in den letzten Monaten abgelaufen ist, war es notwendig, die kritischen Punkte der Studie sehr deutlich zur Sprache zu bringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Morgen nach meiner Pressekonferenz bekam ich einen Anruf der Industrie- und Handelskammer Rostock, die mir ihre volle Unterstützung zusagte.

(Lachen bei der F.D.P.)

Es sei ein Widersinn, wenn die Bundesregierung Hunderte von Millionen DM in die **Modernisierung** der Fährhäfen in Rostock und Mukran gesteckt hat und dann eine Studie vorlegt, in der geplant ist, diesen Verkehr wieder abzuziehen und nach Schleswig-Holstein zu verlagern. Am Freitag vorletzter Woche legte dann die Scandline eine Untersuchung von der Baltic Marine Consult vor, in der meine Bedenken vollkommen bestätigt wurden. Diese Studie wurde von zahlreichen Verbänden und Unternehmen der maritimen **Wirtschaft** finanziert, darunter die Hafengesellschaften von Kiel und Lübeck, fünf Ostseereedereien und der Verband Deutscher Reeder. Alle sind sicher nicht verdächtig, Tarnorganisationen der Grünen zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts dieser Situation fand ich es blamabel, dass auf der großen Veranstaltung der Industrie- und Handelskammern und des Unternehmerverbandes in Lübeck letzte Woche unter 17 geladenen Diskussionsrednerinnen und -rednern nur ein Vertreter der maritimen Wirtschaft war, nämlich Herr Dietrich vom Bundesverband der Seehafenbetriebe, der aber dann auf die Teilnahme verzichtete, weil die Seehäfen eine kritische Stellungnahme zu dem Projekt gefordert hatten. Damit gab es keinen offiziellen Vertreter der maritimen Wirtschaft in Lübeck, weder einen Vertreter der betroffenen Reedereien noch einen Vertreter

der Häfen, keinen Vertreter der Werften, keinen Vertreter der nautischen Vereine, der Seelotsen und auch keinen Vertreter der Wirtschaft am Nord-Ostsee-Kanal.

(Martin Kayenburg [CDU]: Können Sie das belegen?)

Die betroffene schleswig-holsteinische Wirtschaft bekam einen Maulkorb umgehängt. Dafür durften aber auswärtige Baukonzerne referieren. Ich finde, das ist kein guter Stil.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich betonen: Obwohl ich die Studie anders bewerte als der Minister, gibt es - was das weitere Vorgehen angeht - keinen Dissens zwischen mir und dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es gibt am 7. Dezember eine Kabinettsentscheidung dazu!)

Wir sind uns einig, dass dieses Bauwerk hundertprozentig privat finanziert werden soll. Wir sind uns einig, dass alle Bedenken und Argumente der maritimen Wirtschaft und der Region sauber geprüft werden sollen, und wir sind uns auch einig, dass alle Untersuchungen so schnell wie möglich abgearbeitet werden sollen - das schon allein deswegen, damit Sie, Herr Kayenburg, nicht wieder rumlaufen und erzählen, die bösen Grünen wollen irgendwas verzögern.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist in der Regel auch so!)

Nicht einig dagegen bin ich mit all denen, die sich bereits seit Monaten weit aus dem Fenster hängen und lediglich Wahlkampf betreiben. Wer mit Scheuklappen durch das Land läuft und verkündet, die **Querung** wird gebaut, ohne die **Zahlen** überhaupt zu kennen, der soll doch gleich sagen, dass ihm die Wirklichkeit des Landes, die Arbeitsplätze, die Umwelt und die Finanzen einen Dreck scheren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben das Gutachten nicht gelesen!)

- Herr Kayenburg, mich hat der heutige doppelte Purzelbaum von Ihnen erstaunt.

Erst fordern Sie, ohne die Studien und Zahlen überhaupt zu kennen, die Aufnahme in den **Bundesverkehrswegeplan**, ohne eine Grundlage dafür zu haben, und heute erzählen Sie, das sei alles nicht so gemeint, wir sollten lieber die A 7 bauen, die - wie Sie genau wissen - überhaupt keine Chance hat, in den Bundesverkehrswegeplan zu kommen, weil keine Grundlagen dafür vorliegen. Eine solche Absurdität

dessen, was Sie hier vorgetragen haben, habe ich noch nie erlebt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel, sagen Sie einmal etwas zu Ihrer Position! Soll die Fehmarnbelt-Querung nun gebaut werden oder nicht? - Martin Kayenburg [CDU]: Er hat doch keine Position!)

In dieser Situation hat es mich gefreut, dass allen Hurratrioten in Lübeck dann doch zwei Kübel Wasser über den Kopf gegossen wurden. Der eine kam - damit hätte man rechnen können - vom Bundesverkehrsministerium. Der Vertreter des Bundesverkehrsministeriums wies nämlich darauf hin, dass die **Rentabilität** des Projekts weit schlechter ist als die aller Projekte, für die der Bund jemals Mittel bereitgestellt hat.

Der zweite Eimer Wasser kam aus einer Richtung, mit der niemand gerechnet hatte, auch ich nicht, nämlich aus **Dänemark**. Dort hat sich angesichts der Zahlen Skepsis ausgebreitet. Das ist nicht alles: Immer mehr Dänen leuchtet es nicht ein, dass ihr Land Milliarden bezahlen soll, um zum **Transitland** für schwedische LKW-Kolonnen zu werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist denn nun Ihre Position, Herr Hentschel?)

Die **Analyse** der Untersuchungen lässt mich vermuten, dass die Untersuchungen auf Annahmen basieren, die unrealistisch sind und die so gewählt wurden, dass gerade noch eine **Wirtschaftlichkeit** erreicht wird. So konnte die Wirtschaftlichkeit nur erreicht werden, indem Mautgebühren angesetzt wurden, die nicht ϵ -zielbar sind, weil sie um 35 bis 70 % über den Fahrpreisen liegen. Rechnet man aber realistische Mautgebühren, dann erfordert der Bau der Querung Milliarden-Subventionen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Woher haben Sie das denn? - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

und zwar über die 2 Milliarden bis 3 Milliarden DM hinaus, die der Steuerzahler sowieso für die Hinterlandbindungen bezahlen soll.

Das Gutachten leistet sich zwei weitere **Tricks** bei der volkswirtschaftlichen **Kosten-Nutzen-Rechnung**. So wird bei der Berechnung der Zeit, die ein LKW oder PKW durch die Brücke spart, nicht berücksichtigt, dass die LKW auf dem Weg von Schweden nach Deutschland sowieso 45 Minuten Pause machen müssen und dass auch PKW-Reisende auf der Vogelfluglinie die Fährfahrt als Pause einplanen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist denn nun Ihre Position, Herr Hentschel?)

Es kommt noch schöner. Bei der Berechnung des Nutzens hat man sich nicht mit dem Nutzen für LKW und Geschäftsreisende begnügt, sondern auch für jeden Touristen, egal ob Kind oder Rentner, einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 14 DM pro Stunde berechnet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel, was ist Ihre Position?)

- Herr Kubicki, Sie interessieren die Tatsachen sowieso nicht; deswegen gehe ich auch nicht darauf ein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Niemand von Ihnen wird mir ernsthaft den volkswirtschaftlichen Nutzen erklären können, der darin liegt, dass eine Familie im Urlaub über eine Brücke fährt, anstatt auf der Fähre Kaffee zu trinken.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Als auch diese Rechnung nicht genügte, hat man den Nutzen von 14 auf 18 DM erhöht mit der Begründung, dass Dänemarkurlauber 25 % mehr verdienen als der Bevölkerungsdurchschnitt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie ist denn nun Ihre Position? Wollen Sie die Querung oder nicht?)

- Herr Kubicki, können Sie nicht mal den Schnabel halten? Es geht mir langsam auf den Wecker.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ingrid Franzen [SPD])

Siehe da - man erreichte ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von 2,9. Das ist wenig - darauf hat das Bundesverkehrsministerium hingewiesen-, aber es ist immerhin positiv. Rechnet man aber die genannten Tricks heraus, liegt das Kosten-Nutzen-Verhältnis deutlich unter 1. Ein ähnliches Ergebnis hat übrigens auch die Industrie- und Handelskammer Rostock berechnet.

Das Wichtigste scheint mir aber zu sein, wie viel **Arbeitsplätze** denn nun wirklich geschaffen werden. Es fällt auf, dass die Ergebnisse im Gutachten der dänischen Regierung erheblich von denen abweichen, die die gemeinsame englische Fassung enthält. In

(Karl-Martin Hentschel)

Dänemark kommt man zu einem Plus von lediglich 400 Arbeitsplätzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Dieses Plus kommt durch 650 Arbeitsplätze im Raum Kopenhagen zustande, während im Kreis Storstrøm 250 Arbeitsplätze verloren gehen. Mündliche Anmerkungen der Gutachter lassen vermuten, dass es in Deutschland ähnlich ist, das heißt Arbeitsplatzverluste in Ostholstein, leichte Gewinne in Hamburg.

Aber selbst bei den Zahlen der gemeinsamen internationalen Studie, die auf einem Gutachten beruhen, während in Dänemark mehrere Gutachten herangezogen werden, die zu unterschiedlichen Zahlen und anderen Ergebnissen geführt haben,

(Zuruf der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

selbst bei der internationalen Ausgabe, in der 1.310 Arbeitsplätze für die wirtschaftlichste Variante prognostiziert werden, muss man feststellen, dass das für eine Milliardeninvestition sehr wenig ist. Es wäre billiger, für das Geld VW den kostenlosen Bau einer Fabrik in Schleswig-Holstein zu finanzieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es aber zu einer deutlichen Verlagerung von Feederverkehr aus Schweden vom Nord-Ostsee-Kanal auf den LKW kommt, dann muss der Nord-Ostsee-Kanal geschlossen werden. Dann verlieren wir mindestens 3.000 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Dann verdreifacht sich der LKW-Verkehr, der durch Schleswig-Holstein rollt, und wir ersticken in den LKW-Kolonnen mit all den Folgen für Umwelt und Straßenbau.

Diese Fragen müssen geklärt werden, bevor man eine Entscheidung fällt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir nun zur Gretchenfrage, zur **Finanzierung!** Immer noch wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, dass die Finanzierung privat erfolgen soll. Bei genauerer Betrachtung ist jedoch festzustellen, dass sowohl die Bauindustrie als auch die Banken sehr zurückhaltend sind, was die Beteiligung am Risiko betrifft. An vielen Stellen des Gutachtens schimmert die Empfehlung durch, der Staat solle das Risiko absichern und eine Grundfinanzierung leisten. Herr Kayenburg, ich habe mit Interesse gehört, dass Sie, nachdem Sie zunächst gesagt haben, dass das Gutachten nicht trage

(Martin Kayenburg [CDU]: Das habe ich nie gesagt!)

und dass Sie das Ganze skeptisch sehen, anschließend erzählt haben, Sie forderten, weil es nicht trägt, eine staatliche Finanzierung. Das ist eine komische Logik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Quatsch! Lesen Sie mal, was ich gesagt habe!)

Das größte Risiko trägt aber die Deutsche Bahn AG. Sie soll je nach Variante 1 Milliarde bis 2 Milliarden DM in die Vogelfluglinie investieren, obwohl abschätzbar ist, dass eine Rentabilität dieser Linie nicht zu erreichen sein wird. Ich bin gespannt, was der neue Vorsitzende der Deutschen Bahn AG, der endlich jemand aus der Privatwirtschaft ist und der schon seine Meinung zum Transrapid gesagt hat, zu einem solchen Vorhaben sagt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil ich zum Schluss kommen muss, werde ich mir die Quintessenz für einen Dreiminutenbeitrag aufsparen.

Erfolgreiche Politik muss immer symbolträchtig sein. Sie darf aber nicht in Symbolen stecken bleiben. Was die Fehmarnbelt-Querung angeht, wünsche ich mir eine offene, vorurteilsfreie Diskussion im Interesse der Bürger des Landes, der Umwelt und der Wirtschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich bin optimistisch, dass wir am Schluss zu einer Entscheidung kommen werden, die vom Verstand getragen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was heißt das denn? Mein Gott! Ein Eiertanz ohne Ende!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Hentschel, das Ergebnis Ihrer Ausführungen fasse ich so zusammen: Die Fehmarnbelt-Brücke soll nicht gebaut werden, aber das muss auf alle Fälle privat finanziert werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben schon bessere Witze gemacht, Frau Aschmoneit-Lücke!)

(Karl-Martin Hentschel)

Der Wirtschaftsstaatssekretär kündigte vergangene Woche auf Fehmarn an, dass am 7. Dezember die Entscheidung zugunsten eines Tunnels fallen werde. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen bemüht den Taschenrechner und stellt sämtliche Ergebnisse des vorgelegten Gutachtens infrage.

Die Landesregierung bezeichnete zuletzt in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der F.D.P. zur Lage des Handwerks die Fehmarnbelt-Querung als eines der drei wichtigsten Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein überhaupt und der grüne Koalitionspartner will dieses Projekt um fast jeden Preis verhindern-

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es auch!)

das Projekt, das Wirtschaftsminister Bülck noch am 20. April 1999 als bedeutendstes Verkehrsprojekt für ganz Norddeutschland bezeichnet hat!

(Beifall bei der F.D.P.)

Wie mit weniger bedeutenden Projekten in den vergangenen Jahren verfahren wurde, kann sich jeder, der die zähe Debatte um die Fehmarnbelt-Querung verfolgt hat, gut vorstellen. - Irgendwie kommt mir das alles sehr bekannt vor.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Etwa ein Jahr vor der Landtagswahl 1996 entschieden sich die Sozialdemokraten, den Bau der A20 und einer westlichen Elbquerung nicht mehr abzulehnen. Genau vier Jahre später, also wieder etwa ein Jahr vor der bevorstehenden Landtagswahl, können sie sich auch den Bau einer festen Querung über den Fehmarnbelt vorstellen. Ist das möglicherweise Wahlkampf?

(Martin Kayenburg [CDU]: Nee, lehnt Herr Hay doch ab!)

Die Zeit zwischen den Wahlen wurde dann mit koalitionsinternen Auseinandersetzungen, vor allem aber mit der **Vergabe von Gutachten** gefüllt. Herr Nabel, entschieden oder sogar gebaut wurde bis heute so gut wie gar nichts. Auch jetzt soll zwar angeblich im Dezember eine Entscheidung getroffen werden. Weniger aus Respekt vor Herrn Hentschels Rechenkünsten als umso mehr um des lieben neuen Friedens zwischen Rot-Grün willen wird vermutlich - das haben wir heute wieder gehört - noch ein neues Gutachten zum heute vorgestellten Gutachten in Auftrag gegeben werden. Herr Minister, von „Schnellschuss aus der Hüfte“ kann man da wahrlich nicht reden.

Damit sind dann die Regierungsfractionen zufrieden, muss doch bis zur Landtagswahl keiner sagen, wofür er tatsächlich ist. Die SPD kann weiter behaupten, sie wolle grundsätzlich die feste Querung.

(Konrad Nabel [SPD]: Was will denn die F.D.P., Frau Kollegin?)

Herr Poppendiecker kann vor Ort weiterhin den Part der fraktionsinternen Opposition spielen. Und die Grünen starten eine Coverversion ihres 96-er Wahlschlägers, diesmal mit dem Titel: Wir verhindern die feste Fehmarnbelt-Querung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber was wollen Sie denn?)

- Ich habe das schon mehrfach hier gesagt und sage das gleich noch einmal, Frau Kollegin!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Okay, dann kommen Sie doch sofort zur Sache!)

Die Wirtschaft soll nicht völlig verprellt werden, Fährschiffahrt und Fehmeraner sollen eingelullt und der Rest der Bevölkerung soll an der Nase herumgeführt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mag sein, dass dies so oder ähnlich bei der A 20 funktioniert hat, Herr Hentschel, mit Ihrer ganz speziellen Art, Verkehrspolitik zu machen. Ich vermute, genau dies, nämlich den Absenktunnel, hatte Herr Dr. Röhwer vergangene Woche auf Fehmarn im Auge.

Das Problem von Teilen der Regierungsfractionen besteht doch in den folgenden Ergebnissen:

Erstens. Der Bau einer festen Straßen- und Schienenverbindung ist volkswirtschaftlich begründet.

Zweitens. Sowohl der Bau als auch der Betrieb lassen sich aller Voraussicht nach aus Nutzungsgebühren finanzieren.

Drittens. Das Projekt scheint für private Investoren attraktiv zu sein.

Viertens. Das Projekt hat voraussichtlich eine positive Nettobeschäftigungswirkung, sowohl während der Bau- als auch während der Betriebsphase.

(Beifall bei der F.D.P.)

Unter volks- und finanzwirtschaftlichen Aspekten scheint darüber hinaus alles für einen Absenktunnel mit zwei beziehungsweise drei **Straßenspuren** und einer eingleisigen **Schienenstrecke** zu sprechen. Dabei will ich gar nicht verschweigen, dass mir unter ökologischen Gesichtspunkten ein gebohrter Tunnel lieber wäre. Erstens haben gebohrte Tunnel den mit Abstand geringsten hydrographischen Effekt,

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

und zweitens wäre die Beeinträchtigung der Meeresumwelt während der Bauphase beinahe unbedeutend. Anders sieht das beim Absenktunnel aus, der zwar ebenfalls einen eher geringen hydrographischen Effekt hätte, aber während der Bauphase die Meeresumwelt stark beeinträchtigen würde.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Natürlich kann man sämtliche Untersuchungsergebnisse in Frage stellen, Herr Hentschel! Wenn man allerdings lediglich **Behauptungen** und **Unterstellungen** aufstellt, die ein wenig pseudowissenschaftlich garniert sind, dann muss man sich den Vorwurf gefallen lassen, das Ziel dessen, was untersucht werden soll, bereits von vornherein festgelegt zu haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie, Herr Hentschel, unterstellen, dass die vorliegenden Gutachten schöngerechnet wurden, um einen **volks- und finanzwirtschaftlichen Nutznachweisen** zu können. Das hält Sie jedoch nicht davon ab, an den angeblich so manipulierten Zahlen wiederum so lange herumzudrehen, bis Sie sich Ihr eigenes Ergebnis zurechtgerechnet haben. Sie stellen fest, es gäbe keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, wenn ein Urlauber über eine Brücke fährt, anstelle die Fähre zu benutzen. Wohl wahr! Der volkswirtschaftliche Nutzen tritt allerdings dann ein, wenn derselbe Urlauber zur Hochsaison, statt zwei Stunden Wartezeit im Fährhafen zu verbringen, bereits den Fehmarnbelt per Straße überquert hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Über den voraussichtlichen Nutzen für den **Tourismus** hat Herr Kollege Hay schon seine absolut zutreffenden Ausführungen gemacht.

Was der Wirtschaftsminister als „bedeutendstes Verkehrsprojekt für Norddeutschland“ bezeichnet, ist für den grünen Koalitionspartner nichts anderes als ein symbolträchtiges Politspektakel. Was die Grünen als „Politspektakel“ bezeichnen, dafür hat sich die Wirtschaft in Schleswig-Holstein immerhin seit bereits über einem Jahrzehnt engagiert. Wenn die Grünen hier noch vor wenigen Monaten erklärt haben, sie hätten nach drei Jahren Regierungsverantwortung endlich die Probleme der **Wirtschaft** verstanden, dann stellen sie mit ihrer pauschalen Ablehnung der Fehmarnbelt-Querung einmal mehr unter Beweis, dass sie überhaupt nichts verstanden haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ist es denn falsch, wenn die IHK zu Lübeck die feste Fehmarnbelt-Querung als logische Konsequenz aus der immer engeren **Integration des Ostseeraumes in die EU**, zunehmender Arbeitsteilung und größerer

Mobilität der Menschen beschreibt? Ist es denn falsch, dass mit der Eröffnung der Große-Belt-Querung und der bevorstehenden Fertigstellung der Øresund-Querung erstmals eine feste Verbindung Schweden-Dänemark-Deutschland unter Umgehung der Vogelfluglinie geschaffen wurde? Ich will hier ganz deutlich sagen, dass ich die Sorgen und Ängste der Menschen auf Fehmarn sehr ernst nehme. Gerade deshalb finde ich es unerträglich, wie diese Ängste von einigen grünen Politikern instrumentalisiert werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Hentschel fährt durch die Gegend und erklärt im ganzen Kreis Ostholstein, dass überall neue **Arbeitsplätze** entstünden - in Hamburg, in Dänemark -, nur in Ostholstein und vor allen Dingen auf Fehmarn gingen Arbeitsplätze verloren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Unverantwortlich! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er berichtet über Untersuchungen, Frau Kollegin!)

Ich will hier nicht über den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Zusammenhang großer Infrastrukturprojekte sprechen. Ich will auch gar nicht behaupten, ich wüsste genau, wie viele Arbeitsplätze in Ostholstein oder auf Fehmarn zusätzlich durch den Bau und durch den laufenden Betrieb der Verbindung dauerhaft entstehen werden. Ich will aber zumindest darauf hinweisen, dass die Rechnung, alles bliebe so, wie es ist, wenn wir keine feste Querung bekommen, eine reine Milchmädchenrechnung ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Nichts wird im Kreis Ostholstein bleiben, wie es ist, wenn sich ein Wirtschaftsraum von Südkandinavien bis Hamburg völlig an Schleswig-Holstein vorbei entwickelt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Eine solche Abkopplung von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung würde Arbeitsplätze nicht nur in Ostholstein, sondern insgesamt in Schleswig-Holstein kosten.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist es!)

Die F.D.P. bleibt bei ihrem klaren Votum für den Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung. Die vorgestellten Ergebnisse der ökonomischen Untersuchung sowie die Untersuchung der sozioökonomischen und regionalen Auswirkungen bestätigen unsere Auffassung.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Wenn die Grünen, Frau Kollegin Fröhlich und Herr Kollege Hentschel, weitere Gutachten haben wollen,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir doch nicht, die maritime Wirtschaft!)

dann sollte Herr Hentschel diese Gutachten am besten selbst schreiben, aber nicht den Steuerzahler damit zusätzlich belasten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Landesregierung und auch für die Wirtschaft des Landes ist die **feste Querung über den Fehmarnbelt** das herausragende Infrastrukturprojekt der nächsten Jahre. Ich möchte jetzt keinen Wermutstropfen in diese Jubelbotschaft schütten, aber - auch das muss einmal gesagt werden - es gibt durchaus auch eher nüchterne Bewertungen dieses Projektes. Hätte ich nichts anderes zu tun, dann wäre es ganz witzig, jetzt ein bisschen auf die Meinungsbildung nördlich und südlich der Grenze einzugehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das meine ich aber nicht ernst.

Der SSW hält es mit der Diskussion um eine mögliche Fehmarnbelt-Verbindung mit dem früheren dänischen Verkehrsminister J. K. Hansen, der erst neulich dazu gesagt hat - ich zitiere -:

„Ich bin kein Gegner der Fehmarnbelt-Verbindung. Sie wird bestimmt gebaut. Doch es hat keine Eile mit dem Milliardenprojekt.“

Was er damit meinte, war, dass es aus seiner Sicht als politischer Vertreter Sønderjyllands vorher noch andere wichtige verkehrspolitische Aufgaben in Jylland zu lösen gilt, zum Beispiel im Bereich der Elektrifizierung oder des zweigleisigen Ausbaus von wichtigen Bahnstrecken. Ähnlich sieht es auch der SSW. Die Fehmarnbelt-Querung ist zwar wichtig, der Bau der **A 20** und der **westlichen Elbquerung** sind aber zeitlich vorzuziehen. Die alleinige Ausrichtung auf die Achse Hamburg-Fehmarnbelt-Skandinavien birgt aus unserer Sicht die Gefahr, dass der Landesteil Schleswig und die Westküste verkehrspolitisch abgekoppelt werden. Deshalb fordert der SSW eine schnelle Verwirklichung der westlichen Elbquerung als Straßen- und Schienenverbindung bei Glückstadt - ich wieder-

hole: bei Glückstadt! - mit Anbindung an die Westküste.

Ungeachtet der Prioritätenfrage, wann die feste Fehmarnbelt-Querung nun realisiert werden soll, ist der SSW selbstverständlich bereit, an der prinzipiellen Diskussion über die Etablierung einer solchen festen Querung teilzunehmen. Grundlage der Debatte sind die umfassenden gemeinsamen **Gutachten** der dänischen und deutschen Regierung über die Möglichkeiten und Auswirkungen einer festen Querung über den Fehmarnbelt, die uns jetzt ja vorliegen. Heute diskutieren wir über die Ergebnisse der ökonomischen Untersuchung „Fehmarnbelt-Verbindungen von Küste zu Küste“ - so heißt das Ding ja -, darunter auch über die „Untersuchung der sozioökonomischen und regionalen Auswirkungen einer festen Verbindung über den Fehmarnbelt“.

Wirtschaftsminister Bülow zieht aus den Ergebnissen der Untersuchung über die feste Fehmarnbelt-Querung das Fazit, dass die Verbindung ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis bringt, privat finanzierbar, regionalpolitisch sinnvoll und mit positiven Beschäftigungseffekten für die Region verbunden ist.

Bei allem Respekt vor dem Wirtschaftsminister und auch mit Rücksicht auf die Zielsetzung, dass das Projekt nicht schlechtgeredet werden soll, müssen wir als Parlamentarier dennoch die Ergebnisse der einzelnen Untersuchungen kritisch hinterfragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es handelt sich ja immerhin um **Investitionen** in Milliardenhöhe. Alle realistischen Lösungsmodelle gehen von einer festen Verbindung mit Straßen- und Eisenbahnverkehr und von einer Maut für Benutzer aus. Die drei vorgestellten Vorzugsvarianten erzielen auf den ersten Blick eine annehmbare **Rendite** zwischen 9 und 7 %. Genau wie bei den großen Bauvorhaben in Dänemark - der Große-Belt-Brücke und der Øresund-Brücke - sind die entscheidenden und umstrittenen Fragen, ob das Verkehrsaufkommen und die Höhe der Maut, die den Gutachten zugrunde liegen, realistisch sind.

Dies wird naturgemäß unterschiedlich bewertet. Ein Anhaltspunkt ist die Reaktion einiger wichtiger Akteure, die für den Bau der Fehmarnbelt-Verbindung entscheidend sind. So war die Reaktion des Vertreters aus dem Bundesverkehrsministerium, Herr Dörries, hinsichtlich der Umsetzung der vorgeschlagenen Varianten doch etwas zögerlich und abwartend. Wenn es sich wirklich um ein so rentables Projekt handelt - wie ja gesagt wird -, ist dies ein eher merkwürdiges Verhalten.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Auch in **Dänemark** herrscht noch Skepsis. Aus dänischer Sicht sind Vorteile wie von der Große-Belt-Querung und der Øresund-Verbindung, die das ganze Land beziehungsweise eine wichtige Region zusammenklammern, von einem landfesten Ausbau der Vogelfluglinie nicht zu erwarten. Daher ist sich die öffentliche Meinung in Dänemark noch nicht sicher, ob eine feste Fehmarnbelt-Querung wirklich notwendig ist. Die Metropolen Kopenhagen und Hamburg liegen zu weit auseinander, als dass der zu erwartende Zeitgewinn ihr Zusammenwachsen als Wirtschaftsraum erwarten ließe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der dänische ADAC hat sich zum Beispiel sehr skeptisch dazu geäußert, ob die Autofahrer wirklich bereit sind, die laut Gutachten notwendige Maut für die Benutzung dieser Verbindung zu zahlen. In diesem Zusammenhang muss man dem Kollegen Hentschel Recht geben, dem es zweifelhaft erscheint anzunehmen, dass die Autofahrer bereit seien, eine höhere Maut als für eine Überfahrt mit der Fähre zu zahlen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Entwicklung auf dem Großen Belt zeigt demgegenüber, dass die Maut sogar niedriger angesetzt werden müsste als die ursprünglichen Fährepreise, um die Autofahrer nicht abzuschrecken. Man hat die Autofahrer jedoch nicht abgeschreckt. Das belegen alle Zahlen.

Die Ergebnisse der **sozioökonomischen Regionalstudie**, wonach sowohl Ostholstein auf der deutschen als auch Storstrøms Amt auf der dänischen Seite des Fehmarnbelts von erheblichen wirtschaftlichen Impulsen profitieren werden, die nach dem Bau der Querung von den Wachstumsräumen um den Großraum Hamburg-Kopenhagen ausgehen, sind sicherlich nicht nur Wunschträume.

Denn die bisherigen Erfahrungen im Zusammenhang mit der Große-Belt-Querung zeigen, dass die betroffenen Regionen sehr wohl von einer festen Verbindung profitieren können. Auch bei dem Bau der Große-Belt-Querung hatten die Hafenstädte Korsør und Nyborg erhebliche Befürchtungen, dass die Stilllegung des Fährbetriebes zu vielen Arbeitsplatzverlusten und zu einem wirtschaftlichen Desaster für die Städte führen könnte. Dies ist 13 Jahre nach dem Start des Bauvorhabens auf dem Großen Belt überhaupt nicht der Fall. Allerdings - das ist die wichtigste Lehre für die Fehmarnbelt-Querung - ist die positive Entwicklung in den beiden Städten nicht von selbst gekommen, sondern der dänische Staat bot aktive Hilfen für alternative

Beschäftigungsmöglichkeiten in den genannten Hafenstädten.

Dass in der Bauphase je nach Bauvariante positive **Beschäftigungseffekte** für die Region Ostholstein/Lübeck und Storstrøms Amt entstehen, leuchtet sicherlich ein. Wenn aber im Gutachten für die Zeit nach Beginn der Betriebsphase unter dem Strich positive Arbeitsplatzeffekte für das gesamte Einzugsgebiet auf der Achse Hamburg-Kopenhagen errechnet werden, so ist das natürlich für die Bewohner der Inseln Fehmarn und Falster nicht ausreichend.

Deshalb wird es darauf ankommen, dass die Verantwortlichen in Deutschland und Dänemark vor dem Hintergrund des zu erwartenden Abbaus von Arbeitsplätzen durch die Stilllegung des Fährbetriebes den betroffenen Regionen ganz konkrete und gezielte Hilfen für die Entwicklung von neuen Arbeitsplätzen anbieten können.

Laut dänischen Presseberichten - das möchte ich hinzufügen - hat man das nördlich der Grenze sehr wohl erkannt. Jüngst las ich, dass sogar die Kommune Rødby ihren Widerstand gegen das Bauvorhaben aufgegeben hat.

Bei der konkreten Umsetzung der Fehmarnbelt-Verbindung sollten wir allerdings soviel wie möglich aus den Erfahrungen mit dem Bau der Große-Belt-Brücke und der Øresund-Brücke lernen.

Dies gilt auch für den **Umweltbereich**. Bei den umweltpolitischen Aspekten empfiehlt der SSW, dass man auf die skandinavischen Erfahrungen zurückgreift. So wurden bei beiden großen Verkehrsprojekten umfangreiche Umweltschutzmaßnahmen zur Vorbereitung für den Bau gemacht. Dabei sollten wir den Hinweis des Landesnaturschutzverbandes, dass eine Brücke über den Fehmarnbelt die bedeutendste Vogelzugstraße Europas auf einer Höhe von 100 bis 150 m kreuzen würde, ernst nehmen und in den künftigen Planungen berücksichtigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Es gilt nicht, die tiefen Teller neu zu erfinden, sondern es gilt, voneinander zu lernen. Da gibt es noch einiges abzuarbeiten. Eine ganz interessante Bemerkung las ich in einer dänischen Zeitung, in der der von mir vorhin genannte Herr Dörries aus dem Bundesverkehrsministerium sagte, es sei für den dänischen Staat viel einfacher, eine Staatsgarantie für eine Finanzierung einer festen Fehmarnbelt-Querung zu geben. Für den deutschen Staat sei es laut Haushaltsordnung sehr viel schwieriger, weil das - wenn ich

(Anke Spoorendonk)

das richtig interpretiert habe - als Kredit verbucht werden müsste. Da gibt es also auch noch viel zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich zunächst Herrn Abgeordneten Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das hier ist die Veröffentlichung der Industrie- und Handelskammer Lübeck und einiger anderer Industrie- und Handelskammern.

(Reinhard Sager [CDU]: Und des Ministeriums!)

Da stehen auf Seite 10 die Zahlen, wie viele **Arbeitsplätze** geschaffen werden.

Das hier ist die deutsche Übersetzung der dänischen Fassung der ökonomischen Untersuchungen. Auf Seite 66 wird beschrieben, dass es fünf Studien gab, die die **ökonomischen Auswirkungen** untersucht haben. Davon ist eine die Kock-Studie. Das ist die, die zu den optimistischen Werten kommt und zu positiven Werten in der Region Storstrøm und Ostholstein gelangt, während die anderen Studien zu negativen Ergebnissen kommen.

Es ist eigentümlich, dass diese anderen Studien einfach negiert werden und die einzige Studie, die positiv ausfällt, von der Industrie- und Handelskammer in Deutschland veröffentlicht wird und dass in der gemeinsamen internationalen Fassung einzig diese Zahlen veröffentlicht wurden, während die anderen Zahlen nicht drin stehen. Ich finde das merkwürdig.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke, in vielem gebe ich dir Recht. Ich finde vor allen Dingen erfreulich, dass du an das Thema differenziert herangehst. Ich selber habe nie gesagt, ich sei gegen den Bau der Fehmarnbelt-Querung und würde sie verhindern. Ich habe immer gesagt, ich hielte es für sehr fraglich, dass das ganze Ding privat zu finanzieren sei. Ich sei dagegen, dass der Steuerzahler Milliarden in ein Projekt hineinsteckt, wo wir doch das Geld an anderer Stelle brauchen. Das ist eine andere Aussage. Das nur zu Ihren ständigen Fragen, Herr Kubicki!

Ich glaube, dass jede undifferenzierte Herangehensweise an ein Milliardenprojekt politisch schlicht unverantwortlich ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke, noch einmal zu den **Beschäftigungseffekten**! Es ist richtig, dass der dänische Staat es geschafft hat, die Beschäftigungsverluste in den Fährhäfen auszugleichen. Aber er hat es dadurch geschafft, dass er Behörden dorthin verlagert hat. Das muss man dazu sagen. Das heißt, er hat einen Ausgleich für die verlorenen Arbeitsplätze dadurch herbeigeführt, dass er Beamte dorthin geschickt hat. Das kann man als strukturpolitische Entwicklung der regionalen Wirtschaft bezeichnen. Ich sehe das allerdings eher als Staatsinterventionismus an.

Das Land, die Wirtschaft, die Bürger und die Umwelt, alle haben letztlich ein gemeinsames Interesse, nämlich effiziente, bequeme, schnelle sowie Ressourcen und Energie sparende Verkehrsmittel zu schaffen. Solche bekommen wir nur, wenn wir anfangen, die uns verfügbaren Mittel so intelligent und effizient wie möglich einzusetzen. Für die Kosten der Fehmarnbelt-Querung können sämtliche Straßenbau- und Schienenbauprojekte in Schleswig-Holstein für die kommenden 30 Jahre finanziert werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben über den **Fährverkehr** eine hervorragende Verbindung im **Fehmarnbelt**. Es ist die schnellste Verbindung nach Skandinavien. Die Fähren haben fast beliebig große Kapazitätsreserven und fahren bei jedem Wetter, auch bei Orkan, wenn eine Brücke längst gesperrt werden muss. Ob es Sinn macht, diese hervorragende Verbindung durch eine Brücke zu ersetzen, ist eine fachliche und finanzielle Frage, die ich offen zu diskutieren und zu prüfen bereit bin.

Dazu liegen Gutachten vor, die leider noch eine Reihe von Fragen offen lassen. Ich meine, insbesondere die Fragen betreffend den Nord-Ostsee-Kanal, die regionale Wirtschaft und nach den Auswirkungen auf unsere Häfen müssen gelöst werden, bevor wir zu einer Entscheidung kommen. Jeder, der sagt, die Fragen müssten nicht gelöst werden und wir könnten entscheiden, ohne die Fragen beantwortet zu haben, handelt politisch unverantwortlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin!

(Anke Spoorendonk)

Deswegen ist das Vorgehen, das der Minister vorgeschlagen hat, nämlich beschleunigt und mit der Absicht an dieses Thema heranzugehen, die besten Verkehrsverbindungen und auch sinnvolle Verkehrsverbindungen zu schaffen, aber trotzdem alle Fragen, die auf dem Tisch liegen, kritisch zu prüfen, ein richtiges Vorgehen, das ich hundertprozentig unterstütze.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um noch einmal an die Erfahrungen zu erinnern, die die Landtagsdelegation, die im Mai in **Dänemark** gewesen ist, gesammelt hat. Wir haben uns dort im Mai vor allem mit den großen Verkehrsprojekten beschäftigt, der Große-Belt-Querung und der Øresund-Querung.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Die Gespräche, die wir dort geführt haben, haben gezeigt, welche **Entwicklungsdynamik** Kollege Hay, von solchen **Verkehrsprojekten** ausgeht.

Frau Fröhlich ist bei dieser Reise zumindest körperlich anwesend gewesen. Geistig scheint sie aber nicht präsent gewesen zu sein. So hat sie zum Beispiel nicht aufgenommen, dass uns die Amtsbürgermeisterin von Fünen, Frau Nøhr, schon bei dem ersten Gespräch in Odense auf Fünen mitgeteilt hat, welche positiven Effekte für die Insel Fünen von der Große-Belt-Querung ausgegangen sind. Frau Fröhlich hat vielleicht noch die Information in Erinnerung, dass sich die Zahl der Querungen über den Großen Belt im Vergleich zu früher verdoppelt hat, sodass man nun überlegt, die Mautgebühr stark zu senken; anderenfalls wird eine Amortisierung des Projektes in sehr viel kürzerer Frist erreicht werden können.

Die enorme **wirtschaftliche Dynamik**, die von solchen großen **Infrastrukturvorhaben** ausgeht, ist nach meiner Auffassung das Entscheidende. Sie wird von den Grünen völlig ignoriert. Wenn Sie Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre politische Einflussmöglichkeiten gehabt hätten, Frau Fröhlich, dann wäre auch die Autobahn A 7 von Hamburg über Neumünster nach Flensburg nicht gebaut worden. Wie es dann in diesem Land aussähe, kann sich jeder ausmalen. Solche großen Verkehrsadern sind entscheidend für das ökonomische Potential in einer Region. Deshalb brauchen wir diese Projekte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn der Kollege Hentschel meint, dass das Kabinett am 7. Dezember nicht entscheiden könne, dann soll er uns doch bitte sagen, ob er denn der Auffassung ist, dass Herr Minister Bülick der Öffentlichkeit und der Landesregierung falsche Zahlen vorgelegt hat. Sagen Sie uns doch bitte, was Ihre Auffassung zu der Politik des zuständigen Verkehrsministers ist.

Ich kann zusammenfassend nur sagen: Als die amtierende Landesregierung 1996 begann, war klar: Die SPD musste grüne Kröten schlucken. Jetzt sieht es so aus, dass sie eiertanzende grüne Kröten schlucken muss, die verdammt quer im sozialdemokratischen Magen liegen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch drei weitere Wortmeldungen vor. Ich erlaube mir nur den Hinweis darauf, dass der Antrag den Ausschüssen überwiesen wird.

Als Nächstes erhält der Herr Abgeordnete Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich empfindet es meine Fraktion als sehr wohlthuend - das sage ich in aller Offenheit -, dass die Sozialdemokraten bei diesem Verkehrsprojekt - wie übrigens bei den anderen, für die Entwicklung unseres Landes zentralen Verkehrsprojekten auch - eine eindeutige Haltung eingenommen haben.

(Beifall bei F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Das müssen wir unabhängig von der Frage feststellen, ob es im beginnenden Wahlkampf nicht auch Spaß machen kann, die Kontroversen zwischen Rot und Grün herauszufiltern. Sie sind ohnehin vorhanden; wir müssen sie nicht weiter herausfiltern.

Aber ich habe mich bei dem Beitrag des Kollegen Hentschel des Eindrucks nicht erwehren können, Herr Hentschel, dass Sie Ihre eigenen Argumentationsmuster beliebig wechseln. Wenn es **Gutachten** gibt, die nicht in Ihren politischen Kram passen, dann erklären Sie, das seien Auftragsgutachten und wer das Gutachten bestelle, der zahle im Zweifel auch das Ergebnis. Wenn es Gutachten gibt, die Ihrer Interessenlage entsprechen, dann reden Sie davon, das sei objektiv, wissenschaftlich - oder was auch immer - und würde bei Ihnen neue Fragen auslösen.

(Karl-Martin Hentschel)

Ich will Ihnen, und zwar unabhängig von dieser Frage, einmal eines sagen - das unterscheidet Politik übrigens von Erbsenzählerei -: Ich bin als Volkswirt in die Politik gegangen, weil man Visionen haben kann, die sich zunächst nicht rechnen, die sich aber trotzdem irgendwann realisieren.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten einmal in die Wirtschaft gehen!)

- Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hentschel - um es freundlich zu formulieren -, verdiene ich mein Geld auch in der Wirtschaft.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als Anwalt!)

- Meinen Sie etwa, ein Anwaltsbüro sei kein Wirtschaftsunternehmen? Ich beschäftige aufgrund meiner Arbeitsleistung mehr Mitarbeiter, als Sie es jemals getan haben, Herr Hentschel! Sie waren abhängig Beschäftigter. Das hat mit Wirtschaft vergleichsweise wenig zu tun. Ich muss die investierte Mark bei mir verdienen und nicht Sie.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wir könnten ja einmal gucken, wo die vielen Mitglieder dieses Parlaments blieben, wenn Sie nicht hier säßen.

Das Spannende ist folgendes: Wenn wir genau die gleichen Argumentationsketten an **politische Visionen**, die wir umgesetzt haben, anlegen würden, dann hätte es keine Osterweiterung gegeben; denn sie rechnet sich für unsere Leute nicht. Dann hätte es auch keine Einführung des Euro gegeben; denn sie rechnet sich nicht. Ich kann mich an Diskussionen erinnern, die wir in der Landesbank mit Professor Hirsch geführt haben, der eindringlich davor gewarnt hat, weil es seiner Ansicht nach volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und geldpolitisch schlecht wäre.

Wenn wir so Politik machen, dass wir sagen, zentrale, für das Zusammenwachsen der Völker wichtige Projekte machen wir nicht mehr, weil es sich betriebswirtschaftlich nicht rechnet, dann können wir aufhören, Politik zu machen. Dann können wir, Herr Hentschel, die weiteren politischen Entscheidungen der Wirtschaft überlassen, die das berechnet. Das aber wollen wir gerade nicht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Als Nächstes hat Herr Abgeordneter Sager das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Ohne jemanden provozieren zu wollen, teile ich mit, dass der Fraktionsvorsitzende mitgeteilt hat, dass keine Ausschussüberweisung, sondern Abstimmung in der Sache beantragt wird, weil der Bericht gegeben wurde.

Herr Abgeordneter Sager, Sie haben das Wort.

Reinhard Sager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon bezeichnend, welcher Streit sich innerhalb der Landesregierung an dieser Stelle auf tut. Herr Hentschel hat diesen Streit zur Frage der festen Fehmarnbelt-Querung heute verstärkt. Hier tun sich gewaltige Parallelen zu dem **Verkehrsprojekt Ostseeautobahn** auf.

Viele haben sich 1996 gefragt, was aus der A20 wird, wenn die Grünen in die Landesregierung eintreten. Sie haben mit einem faulen Formelkompromiss einen Koalitionsvertrag abgeschlossen. Da war den Grünen noch das Recht zugesprochen worden, ein bisschen ihre eigene Meinung aufrecht erhalten zu dürfen. Aber es wurde gesagt, dass man als Landesregierung insgesamt schon dafür sei.

Wir stellen heute fest, wie wenig das Projekt Ostseeautobahn in den vergangenen zehn Jahren vorangekommen ist. Seit 1996 ist das noch viel langsamer vorangegangen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich finde es ungeheuerlich, dass Herr Hentschel nicht nur Beliebigkeit hinsichtlich seiner Argumentation an den Tag legt, sondern dass er sich erdreistet, praktisch der Ministerpräsidentin oder Ministern wie Herrn Walter, Herrn Bülck oder auch dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Hay politische Unverantwortlichkeit zu unterstellen. Es ist wirklich ungeheuerlich, Herr Hentschel, wenn Sie diesen Damen und Herren bescheinigen, sie hätten sich zu einem zu frühen Zeitpunkt für die feste **Fehmarnbelt-Querung** entschieden.

Herrn Walter habe ich bei seiner Rede, die er vor zehn Tagen bei der IHK in Lübeck gehalten hat, fast im Blaumann vor mir gesehen. Er hätte fast zu bauen begonnen, so euphorisch hat er sich da zur festen Fehmarnbelt-Querung geäußert.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen Sie hierher, Herr Hentschel, und erklären, es sei politisch unverantwortlich, wenn sich einer

(Wolfgang Kubicki)

vor dem Abschluss der letzten Zahlen bereits für die feste Fehmarnbelt-Querung ausspreche. So geht es nicht.

Deshalb muss hier auch die Frage erlaubt sein: Was ist eigentlich eine Entscheidung der Landesregierung im Dezember wert, Herr Hay? Wer wird denn die Landesregierung im Dezember sein? Welche Einheitlichkeit besteht denn in dieser Frage überhaupt noch zwischen Rot und Grün? - Das ist wirklich eine Parallele zur Ostseeautobahn und hier tut sich für ein ganz wichtiges Verkehrsprojekt Ungutes auf.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte dann noch etwas an die Adresse von Herrn Hentschel sagen. Herr Hentschel, das, was Sie bei Ihren Betrachtungen außer Acht lassen, ist doch Folgendes: Wie viel **Arbeitsplätze** entstehen - und wo entsteht hier überhaupt Arbeit - in **Ostholstein** dann, wenn im Hinblick auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur überhaupt nichts passiert? Was passiert, wenn Ostholstein dauerhaft verkehrspolitische Sackgasse bleibt? Darauf sind Sie bisher jede Antwort schuldig geblieben.

Sie argumentieren ein bisschen mit dem Raum Kopenhagen/Malmø und, wenn es passt, in Richtung Süden ein bisschen mit Hamburg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Rostock!)

- Rostock kommt auch noch hinzu! Aber die Frage, was passiert, wenn wir nichts tun, ist überhaupt nicht beantwortet worden.

Daran sind wir in Ostholstein natürlich überaus interessiert. Deswegen erkennen wir auch an, dass zum Beispiel zum Thema **Tourismus** weitere Untersuchungen angestrengt wurden. Die Zahlen, die hier im Raum stehen, sind per se nicht zu bezweifeln. Man wird auch trotz aller Euphorie erst einmal abzuwarten haben, wie sich die Arbeitsplatzentwicklung, die Gewerbeansiedlung am Ende gestalten werden.

Aber eines will ich Ihnen einmal sagen, Herr Hentschel: Wir haben in Oldenburg in Holstein Gewerbeansiedlungen in großem Ausmaß - zum Beispiel bei modernen Betrieben wie Eppendorf - erst zu einem Zeitpunkt erlebt, als die Autobahn bis Oldenburg vier-spurig ausgebaut worden war.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Reinhard Sager [CDU]:

Ich komme sofort zum Schluss, Frau Vizepräsidentin! - Das ist genau die Erwartungshaltung, die zum Beispiel auf der Insel Fünen durch die dortige Landrätin - Ecki Klug hat sie eben zitiert - geäußert wird. Die Insel Fünen liegt jetzt zentral zwischen Jütland und Seeland und hat die Möglichkeit, sich auch wirtschaftspolitisch in der Ansiedlungspolitik zu entwickeln. Das sind die positiven Erwartungen, die wir mit dieser Fehmarnbelt-Querung haben.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Sager, bitte!

Reinhard Sager [CDU]:

Ja, ich formuliere einen Schlusssatz. - Deshalb sollten wir auf dem vorgezeichneten Weg weiter gehen. Wir brauchen dazu aber auch eine eindeutige Haltung der Landesregierung. Die wird es bei dieser Regierungskonstellation allerdings bis zum Februar nicht geben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Lothar Hay [SPD]: Warten wir es einmal ab!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal das zusammenfassen, was aus Sicht des SSW die ganz entscheidende Frage ist. Der Kollege Sager formulierte es ja schon anders herum. Die Frage ist ja: Wie wollen wir, wenn wir auf der einen Seite solche wichtigen Infrastrukturmaßnahmen haben, mit **Regionalpolitik** umgehen? Regionalpolitik bekommt dann, wenn wir eine solche Fehmarnbelt-Querung bekommen, eine neue Qualität. Das gilt für Ostholstein, das gilt aber auch für den Landesteil Schleswig.

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Es ist überhaupt nicht im Interesse des SSW, dieses Projekt schlechtzureden. Das habe ich in meinem Beitrag auch nicht gemacht. Ich habe nur gesagt: Für uns sind erst einmal die Elbquerung bei Glückstadt, die A20 als Verlängerung der Elbquerung - oder wie man das jetzt formulieren will - wichtig.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

(Reinhard Sager)

Wenn man dann sagt, gut, wir wollen das alles gleichzeitig machen, dann von mir aus gern. Dann machen wir das alles gleichzeitig. Aber wir müssen uns auch überlegen, wie wir uns dann eine künftige Regionalpolitik vorstellen.

Für den Landesteil Schleswig und für Sønderjylland gilt, dass dort auch andere Interessen wahrzunehmen sind. J. K. Hansen - ich zitierte ihn vorhin in meinem Redebeitrag - sprach andere wichtige **regionale Infrastrukturmaßnahmen** an, nämlich den Ausbau des Schienenverkehrs. Auch das ist für uns ein wichtiges Anliegen.

Letzte Bemerkung, um auch das noch einmal zu bestätigen, was der Kollege Klug vorhin ansprach: Arbeitsplätze auf Fünen sind nicht nur im öffentlichen Bereich geschaffen worden. Im Gegenteil, Korsør und Nyborg haben Wachstumsraten, die ganz beachtlich sind und die nicht durch den öffentlichen Bereich gekommen sind.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja bekannt, dass ich aus dem Landesteil Schleswig komme. Ich sehe trotzdem keine negative Entwicklung auf den **Landesteil Schleswig** durch eine **Fehmarnbelt-Querung** zukommen. Die Gespräche, die ich mit politisch Verantwortlichen in Sønderjylland geführt habe, geben keinen Anlass zu der Annahme, dass dort hinsichtlich des Fehmarnbelts etwas Negatives gesagt wird.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Man erkennt, man hat einen Vorsprung von zehn Jahren, um Fakten zu schaffen. Würden diese Fakten bezüglich des Fehmarnbelts nicht geschaffen werden, wissen wir auch, dass Verkehre anders laufen. Auch von Scandlines ist das deutlich gemacht worden, dass dann Verkehre von Südschweden Richtung Rostock oder Richtung Mukran laufen. Dann fließen diese Verkehre an Schleswig-Holstein vorbei. Wenn J. K. Hansen Bedenken hinsichtlich des Fehmarnbelts vorträgt und gleichzeitig über den Ausbau von Esbjerg nachdenkt, weiß ich auch, dass Verkehre an Schleswig-Holstein vorbeifließen. Verkehre, die vorbeifließen, bedeuten auch, dass wirtschaftliche Tätigkeiten

nicht in dem Maße stattfinden könnten wie dann, wenn die Verkehre dort flößen.

Deshalb nicht jammern, sondern handeln, damit Fakten geschaffen werden und wir von einer Fehmarnbelt-Querung auch Vorteile im Augenblick und auch in Zukunft haben.

(Beifall bei SPD und F.D.P. sowie vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Bülck.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich hatte in meiner Rede heute Morgen gesagt, dass ich mich um Sachlichkeit bemühen wolle. Es ist richtig, dass verschiedene Kurzfassungen von **Gutachten** veröffentlicht wurden - von meinem Ministerium, von den Industrie- und Handelskammern, von der dänischen Seite. Nur, die Zahlen, auf die ich mich beziehe, sind aus dem originären Gutachten, das von der PLANCO Consulting und von der COWI Consulting - also von einer deutschen und von einer dänischen Firma - gemeinsam erarbeitet wurde. Ich werde mich auch immer auf diese Zahlen beziehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen Sie Herrn Hentschel sagen!)

- Ich habe es ja nur für die Zukunft gesagt.

Es ist falsch, dass einige Vertreter von **Interessenverbänden**, die nicht unbedingt für den Fehmarnbelt votieren werden, nicht nach Lübeck eingeladen worden waren, sondern einige sind auch nicht gekommen. Ich habe auch ein Problem damit, wenn hier die Preise eines Fährbetriebes, der heute quasi in einer Alleinstellung diese Preise entscheiden kann und sicherlich weiß, wie man sich positioniert, wenn man in diese Diskussion geht, zum Vergleich herangezogen werden. Ich denke, dass es vor zweieinhalb Jahren auf der Strecke noch andere Preise gab.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Ich werde auch noch zu Ihnen kommen! - Ich würde bei der **Preisstrukturanalyse** dann auch gern in die Vergangenheit gucken.

Das, was Sie, Frau Spoorendonk, gesagt haben, habe ich natürlich im Raum Flensburg/Schleswig auch schon gehört. Ich kann das nur begrüßen; denn auch mein Eindruck war, dass man akzeptiert, dass auch im Bereich Ostholstein etwas getan werden muss und wir Wettbewerb bei wirtschaftlichen Entwicklungen nicht

(Anke Spoorendonk)

über die Verhinderung von Verkehrsinfrastruktur in anderen Bereichen machen sollten.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Wir wissen auch, dass Mecklenburg-Vorpommern sicherlich nicht das größte Interesse an diesem Projekt haben wird. Auf der anderen Seite treten wir für Schleswig-Holstein ein und werden natürlich für unser Land das Beste tun. Deswegen müssen wir uns mit den Vertretern aus Mecklenburg-Vorpommern zusammensetzen, aber unsere Interessen vertreten.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Es ist übrigens nicht richtig, dass wir alle **Brücken** - Øresund, Großer Belt, Fehmarnbelt - immer mit derselben Argumentation vergleichen; denn alle drei Brücken haben und hätten eine ganz andere Funktion. Mit der Øresund-Brücke werden zwei Großstädte miteinander verbunden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Deswegen, Herr Kayenburg, kommt man da auf einen **Kosten-Nutzen-Faktor** von 7. Mit der Große-Belt-Brücke wird im Prinzip eine Geschäftsreise, die früher in Dänemark zwei Tage gedauert hat - von Kopenhagen nach Jütland -, auf einen vierstündigen Zeiteinsatz reduziert.

Hier bei der Fehmarnbelt-Brücke ist es so, dass - ich nenne es einmal so - zwei Metropolregionen, nämlich Hamburg und Kopenhagen/Malmø, miteinander verbunden würden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich plädiere dafür, dass man, wenn man über Kosten-Nutzen-Faktoren diskutiert, alle relevanten Kosten-Nutzen-Faktoren bewertet, nicht nur den Großstadtfaktor.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich habe mich nur an Ihr Gutachten gehalten! Da steht das so drin!)

- Es ist nicht vergleichbar!

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach so!)

Da wir gerade bei den **Kosten-Nutzen-Faktoren** sind, möchte ich Folgendes sagen. Der Kosten-Nutzen-Faktor, über den wir beim Bundesverkehrswegeplan diskutieren, der Faktor 3, hat im Prinzip nichts mit gesamtwirtschaftlicher Vorteilhaftigkeit zu tun. Eine gesamtwirtschaftliche Vorteilhaftigkeit ist erreicht, wenn der Kosten-Nutzen-Faktor größer als eins ist. Die drei ist in der Diskussion, weil wir einen unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplan haben und

das praktisch als Ausgleichskriterium, als Messlatte, als Hürde auferlegt ist. Man kann auch sagen: Alles, was zwischen 1,5 und 3 liegt, ist gesamtwirtschaftlich sinnvoll, kann aber aufgrund der leeren Töpfe in einem Bundeshaushalt nicht finanziert werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Deshalb wehre ich mich dagegen, dass wir uns in der Diskussion über das Querungsbauwerk auf Kosten-Nutzen-Verhältnis kaprizieren. Die Kosten-Nutzen-Relation, die zwischen 1,3 und 2 liegt, ist gesamtwirtschaftlich sinnvoll.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Richtig!)

Es hat doch den Charme, dass es nicht im Bundesverkehrswegeplan behandelt werden muss, wenn wir die Möglichkeit finden, es privat zu finanzieren.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluss!

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Weil eben noch immer nicht mit den kompletten Zahlen argumentiert wird, verweise ich auf die Seiten 3 bis 37. Da kann man nachlesen, dass dem Staat durch dieses Projekt neben der **Rentabilität** von 7,3 % in der Vier-plus-zwei-Variante auch noch 2 Milliarden Euro an Steuern und anderen Einnahmen entstehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da steht auch 9,1! Und der Break-even-point ist erst bei elf Jahren!)

- Dazu komme ich auch! Das steht hier auch! Also: Es werden zusätzlich 2 Milliarden Euro Einnahmen in der Bundesrepublik erzielt. Ich frage mich, ob man das nicht auch für eine Hinterlandanbindung einsetzen kann.

Herr Kayenburg, ich frage Sie, ob die Pay-back-Periode, also die Rückzahlungsperiode, von elf Jahren in einigen Industrien, insbesondere denen, die mit großen Abbaugruben zu tun haben wie die Zementindustrie, nicht auch ein gängiger Wert ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein, nein! Nie!
- Heiterkeit - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Minister Horst Günter Bülck)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Bülck, ausdrücklich für die sachliche Argumentation.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Genau darauf kommt es an, nämlich nicht in die eine Richtung „Halleluja“ schreien, sondern sich die Zahlen und Fakten sachlich angucken.

Herr Kubicki, Sie haben durchaus Recht: Es ist manchmal sinnvoll, Dinge zu tun, die sich nicht rechnen. Das will ich gar nicht bestreiten. Ich bin bereit, darüber zu diskutieren. Das sage ich ganz offen. Es ist manchmal so. Die deutsche Einheit ist ein gutes Beispiel dafür. Da haben Sie völlig Recht.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Das darf uns aber nicht daran hindern, zu rechnen, den Kopf zu benutzen und zu überlegen, was für ein angestrebtes Ziel, das wir gemeinsam haben - nämlich eine optimale Verbindung nach Skandinavien-, die optimale und wirtschaftlichste Lösung ist. Das muss doch auch möglich sein im Kopf eines Politikers, der im Privatleben Anwalt ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat Herr Bülck gerade gesagt, was die wirtschaftlichste Lösung ist!)

Ich möchte noch etwas zur **Regionalentwicklung** in Ostholstein sagen. Darüber wird viel geredet. Viele Beispiele gerade von dünn besiedelten Regionen, in denen man Verkehrsinfrastruktur durchgelegt hat, zeigen: Verkehrsinfrastruktur nutzt dort, wo es Knoten, Anknüpfungspunkte, Mittelzentren, Oberzentren gibt, die dadurch entwickelt werden. Auf dem flachen Land nützt die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur leider nichts. Wenn wir eine Verbesserung an der Westküste haben, dann nicht deswegen, weil wir eine Autobahn nach Heide gebaut haben, sondern deswegen, weil es in Dithmarschen eine Fachhochschule gibt, weil es in Dithmarschen eine Außenstelle der Universität gibt, weil es mittlerweile Technologiezentren in Niebüll und Meldorf gibt,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

weil Infrastruktur geschaffen worden ist, weil die kleinen Betriebe unterstützt worden sind,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil Existenzgründungen unterstützt worden sind, weil der Tourismus unterstützt worden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die Dinge, die an der Westküste Arbeitsplätze geschaffen und dafür gesorgt haben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die wären ohne entsprechende Anbindung gar nicht hingekommen!)

dass die Westküste heute im Durchschnitt fast besser da steht als der Rest des Landes. Eine erfolgreiche Strukturpolitik, nicht die Straße nach Heide!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Gleiche gilt auch für Ostholstein. In Ostholstein brauchen wir Folgendes. Das **Technologiezentrum Oldenburg**, das Projekt, das jetzt läuft, halte ich für sinnvoll. Ein Off-shore-Windpark vor Ostholstein, gegen den die CDU Sturm läuft, ist ein Milliardeninvestitionsprojekt.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das wird Arbeitsplätze schaffen. Natürlich! Das wird erwartet werden müssen. Wir werden in Ostholstein die Tourismusinfrastruktur stärken müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ostholstein ist schon heute im Tourismus führend - vor Nordfriesland. Das sind die Dinge, die gestärkt und entwickelt werden müssen. Wenn wir dort Geld hineingeben, haben wir etwas erreicht. Wenn wir das Geld aber in tote Straßen einbauen, auf denen IKWs durch das Land rauschen, niemand anhält, tun wir das nicht. Wir alle wissen: Verkehre, die vorbeifahren - die Schweiz und Österreich sind klassische Beispiele dafür - schaffen keine Arbeitsplätze.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Arbeitsplätze schafft höchsten gebrochener Verkehr, beispielsweise in einem Hafen, in dem umgeladen werden muss, in dem sich dann Firmen ansiedeln.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

In Puttgarden hat sich, obwohl es dort seit vielen Jahren einen Hafen gibt, praktisch keine **Infrastruktur** angesiedelt. Das ist doch nicht deshalb nicht geschehen, weil es ein Hafen war, sondern deswegen, weil einfach keine Beziehungspunkte zur örtlichen Wirtschaft existieren. Das ist doch das Problem.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

(Holger Astrup [SPD]: Schade!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Zum Schluss: Wer es mit der regionalen Wirtschaft ernst meint, muss in die regionale Wirtschaft investieren, Herr Kubicki, und nicht in Straßen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki.

(Helmut Plüschau [SPD]: Um 18:00 Uhr wollen wir Feierabend machen! - Heiterkeit)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Plüschau, das können wir gern tun. Es wäre aber vielleicht sinnvoll, wenn sozialdemokratische Fraktionsmitglieder den grünen Freunden einmal mitteilen, wie was passiert.

(Beifall des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Herr Hentschel, an der **Westküste** ist es genau umgekehrt gewesen, als Sie es beschreiben. Wir hätten die Fachhochschule ohne eine entsprechende infrastrukturelle Anbindung gar nicht nach Heide bekommen können. Es ist schade, dass Sie an bestimmten Veranstaltungen einfach nicht teilnehmen. Wenn es auch Grüne bei der Verabschiedung des Sprechers des Unternehmensverbandes, Asmussen, gegeben hätte, hätten Sie von den Leuten, die aus Itzehoe gekommen sind, die dort das ISiT oder das Gründerzentrum unterhalten und die Siliziumforschung vorantreiben, hören können, dass es die Einrichtung in Itzehoe ohne Anbindung an Hamburg über die Autobahn überhaupt nicht gegeben hätte und dass es im Hinblick auf die Metropolregion Hamburg gar nicht die Möglichkeit gegeben hätte, damit zu werben, dass man sich da niederlassen kann und nicht nach Hamburg hinein muss.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie sich doch einmal erklären, dass **Infrastrukturmaßnahmen** nicht per se dazu führen, dass Ansiedlungserfolge stattfinden. Wenn wir aber keine Infrastrukturanbindungen haben, schließen wir aus, dass entsprechende Anbindungen erfolgen können.

Wenn wir für Schleswig-Holstein etwas tun wollen - darin sind wir wohl einig -, müssen wir doch auf diejenigen hören, die wir ins Land holen wollen oder die hier bleiben sollen, die uns sagen, dass sie die entsprechende Anbindung, die zeitliche Anbindung, die Anbindung an ihre Kunden und an ihre Märkte und an die Metropolen brauchen und dann, wenn sie diese Anbindung nicht haben, ökonomisch gezwungen werden, sich von diesem Land zu verabschieden. Das können wir doch nicht wollen, Herr Hentschel. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir eine funktionierende Infrastruktur brauchen. Oder wir werden wirtschaftlich nicht überleben, mit Ihren **Existenzgründungsprogrammen** schon gar nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Neumünster! Keine Ansiedlung wäre möglich gewesen!)

Ich schließe damit die Beratung. Der Bericht ist gegeben, es ist ausführlich darüber diskutiert worden. Damit ist der Antrag erledigt.

Ich begrüße auf der Besuchertribüne die Gäste des Nordkollegs Rendsburg mit Gästen aus Skandinavien und in der Loge Gäste der Realschule Tellingstedt.

(Beifall)

Ehe ich den Tagesordnungspunkt 14 aufrufe, möchte ich Ihnen Folgendes bekannt geben: Der Tagesordnungspunkt 22, Landesarmutsbericht, wird in Übereinstimmung der Fraktionen ohne Aussprache behandelt. Der Tagesordnungspunkt 23, Klimaschutzbericht

(Zurufe: 24!)

- 24! -, wird heute nicht mehr aufgerufen.

(Zurufe)

- Ein Druckfehler! Gut! Sie wissen, was gemeint ist.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 14 auf:

(Karl-Martin Hentschel)

Unabhängigkeit und Bestand der Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2420

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2466

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit uns sind weit mehr als 10.000 Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft der **Verbraucherberatung** in unserem Land besorgt. Ich denke, Frau Ministerpräsidentin, dies wird Ihnen in Kürze auch durch eine Unterschriftensammlung dokumentiert werden.

Aber um es gleich vorwegzunehmen: Bevor Sie uns vorwerfen, wir würden unseren finanzpolitischen Grundsätzen widersprechen, weil wir Kürzungen im Zuwendungsbereich vorgesehen haben, Herr Hay, möchte ich Sie bitten, doch einmal genau zu lesen, was wir gesagt haben.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

Wir werden um 5 % kürzen, aber nicht nach der Rassenmähmethode da herangehen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie haben aber nicht gesagt, wo Sie kürzen wollen!)

- Das werden Sie früh genug merken, wenn wir im nächsten Jahr einen neuen Haushalt als Nachtrag zu Ihrem Haushalt vorlegen werden, Herr Neugebauer. Heute jedenfalls kann ich mir nur schwer vorstellen, dass hier Kürzungen vorgenommen werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist typisch!)

Aber die Finanzierung ist überhaupt nicht das Kernproblem bei der Verbraucherberatung; es geht auch gar nicht um finanzpolitische Aspekte, sondern es geht es um die Unabhängigkeit der Verbraucherberatung und um deren Existenz in Schleswig-Holstein.

(Günter Neugebauer [SPD]: Heuchelei!)

Herr Buß setzt mit den Plänen, die hier vorgelegt worden sind, wirklich die Axt an die Wurzeln der unabhängigen Verbraucherberatung an.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist Heuchelei, die Sie hier betreiben!)

Sie wollen doch die Verbraucherberatung mit der Landwirtschaftskammer und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung vermischen. Ihre Absichten wer-

den doch in der Presseerklärung Ihres verbraucherpolitischen Sprechers - von dem habe ich zwar sonst nichts gehört -, Dr. von Hielmcrone, deutlich, der nämlich sagt:

„Auch wenn die Schwerpunkte der Beratung bei der Verbraucherzentrale heute weniger bei der Ernährungsberatung als auf anderen Gebieten liegen, dürfte es nicht schwierig sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der anderen Organisationen sich die notwendigen Kenntnisse aneignen.“

Und dann kommt ein völliger Widerspruch:

„Von der Ausbildung her sind die meisten Beraterinnen und Berater ohnehin Ökötrophologen, also Ernährungswissenschaftler.“

Ich denke, dieses Zitat macht deutlich, dass Sie von der wirklichen Arbeit der Verbraucherzentrale überhaupt keine Ahnung haben. Es geht nämlich im Wesentlichen längst nicht mehr um **Ernährungsberatung**. Die Verbraucher haben heute ganz andere Sorgen. Es geht um die europaweiten Angebote von Versicherungen, es geht um die weltweiten Angebote von Dienstleistungen über das Internet, es geht zum Beispiel um Multimedianeutzung - das sind die Hauptprobleme der Verbraucherzentrale, Herr Minister, und nicht etwa überwiegend Ernährungsprobleme. Dafür brauchen Sie auch nicht überwiegend Ernährungsberaterinnen, sondern Techniker, Juristen, Ökonomen, Marketingfachleute und Angehörige anderer Berufssparten. Da bin ich gespannt, woher Sie die nehmen wollen.

Sie haben aber offensichtlich auch nicht erkannt, welcher hohen Stellenwert die Verbraucherzentrale gerade bei den Verbrauchern hier im Lande einnimmt. Mit früheren Sparmaßnahmen haben Sie die Verbraucherzentrale ohnehin schon gezwungen, für ihre Dienstleistung Gebühren zu erheben - nur: tot haben Sie sie nicht gekriegt! Denn die Menschen nehmen die Verbraucherberatung in Anspruch, insgesamt 172.000 Mal im letzten Jahr, Herr Minister!

(Minister Klaus Buß: Das stimmt!)

Das sind an 250 Arbeitstagen täglich 688 Kontakte mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie das wissen, dann sollten Sie aber auch wissen, dass es völlig unsinnig ist, die Verbraucherzentrale bei der Landwirtschaftskammer anzusiedeln.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Das hat doch einen ganz anderen Hintergrund. Das müssen wir einmal deutlich machen. Gerade für Sie als Sozialdemokraten ist das, denke ich -

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn das gesagt, Herr Kayenburg? Sie können doch nicht einfach Dinge erfinden und hier bestreiten, die gar nicht in der Debatte sind!)

- Natürlich ist es in der Debatte, die Verbraucherzentrale bei der Landwirtschaftskammer anzusiedeln. Sie wollen doch damit, dass weitere Kürzungen ins Haus stehen, die Verbraucherzentrale dazu zwingen, ihre eigenen Leute zu entlassen. Warum? Weil Sie die Beamten der Landwirtschaftskammer nicht entlassen können. Das ist für Sozialdemokraten - aber auch grundsätzlich - verdammt noch mal ein fürchterliches unsoziales Verhalten, das Sie hier an den Tag legen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich weiß ja, was Sie gewollt haben. Das ist doch die Verbeugung vor Ihnen bei den **Koalitionsverhandlungen** gewesen. Der Fehler, den Frau Simonis gemacht hat, liegt darin, dass sie die Verbraucherberatung von der Wirtschaft weggenommen hat, vom Wirtschaftsminister, und sie dem Landwirtschaftsminister zugeordnet hat, weil auf der anderen Seite der Umweltminister zu viel aus dem Bereich der Landwirtschaft bekommen hat. Sie als Koalitionspartner tragen für dieses Verhalten eine ganz entscheidende Mitverantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Aber wenn Verbraucherberatung für Sie offenbar nur etwas mit Lebensmitteln zu tun hat, dann können Sie das natürlich so machen. Nur, den weiterführenden Auftrag der Verbraucherberatung machen Sie mit so einer kleinkarierten Entscheidung kaputt. Das ist das Entscheidende an der Maßnahme, die Sie da vorhaben.

Verbraucherberatung hat - ich denke, das sollten auch Sie als Grüne akzeptieren - schon seit Ludwig Erhards Zeiten eine ausgleichende Funktion zwischen Wirtschaft auf der einen Seite und Verbrauchern auf der anderen Seite.

(Günter Neugebauer [SPD]: Deswegen hat ja Ihre alte Bundesregierung die Zuschüsse gekürzt!)

- Wer ist denn für die letzten Haushalte hier verantwortlich? Sie haben doch gekürzt, sodass Entlassungen ausgesprochen werden mussten, Herr Neugebauer!

Staatlich gewollt ist Verbraucherberatung, staatlich gefördert und anerkannt muss sie sein. Sie aber ge-

fährden mit dieser kleinkarierten Politik die Zukunft der Verbraucherberatung hier im Lande.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hay.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herr Hay, die Einleitung muss sein: Wahlkampf!)

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unabhängige Verbraucherberatung ist für Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein ein hohes Gut.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann handeln Sie auch so!)

Wir müssen nicht durch die CDU-Fraktion zum Handeln aufgefordert werden; das Handeln haben wir schon im Mai durch einen Grundsatzbeschluss der Fraktion angekündigt, auf den ich gleich noch eingehen werde.

Ich möchte einmal darstellen, dass ich von den Zahlen wirklich beeindruckt bin: 1998 haben über 170.000 Menschen - das sind mehr als 5% der Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein - die Verbraucherzentralen aufgesucht. Das zeigt, wie dringend notwendig sie sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade die zunehmende Veränderung auf den Märkten - da denke ich nur an das Internet und daran, welche Zuwächse **E-commerce** dort zu verzeichnen hat - machen es notwendig, dass eine unabhängige Organisation Beratung für die Menschen in unserem Lande leistet,

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber keine Ökotrophologen von der Landwirtschaftskammer!)

denn die Chancen, die sich in diesem Bereich bieten, sind genauso oft mit Risiken behaftet. Wenn man sich mit den Vertretern der Verbraucherzentrale unterhält, dann weiß man, dass das im Internet nicht nur ein Wachstumsmarkt ist; auch die Beratung bei den Verbraucherzentralen entpuppt sich als ein Wachstumsmarkt.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

(Martin Kayenburg)

Weitere Themen, bei denen sich die Verbraucherzentralen engagiert haben, sind im Übrigen die Entwicklungen im Bereich des **Telekommunikationsmarktes**, durch die kaum noch jemand hindurchschaut; deshalb ist es wichtig, dass dort eine Beratung stattfindet. Schließlich denke ich nicht zuletzt auch an den Energiemarkt. Das alles sind einzelne Beispiele. Hinzu kommt die künftige Einheitswährung, der Euro.

Das entscheidende Kriterium für die Relevanz und Akzeptanz von Verbraucherschutzorganisationen ist aber aus der Sicht der Sozialdemokraten die Unabhängigkeit.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir alle kennen die Stiftung Warentest. Warum hat die Stiftung Warentest denn einen so großen Erfolg, eine so hohe Akzeptanz? Wegen ihrer Unabhängigkeit und wegen der sehr kritischen Prüfungen; deren Ergebnisse sind Maßstab für unser Kaufverhalten und gleichzeitig für die Produzenten, die sich an diesen Ergebnissen orientieren, um ihre Produkte nachzubessern und zu verbessern, damit ihre Produkte auf dem Markt angenommen werden. Das ist ein weiteres Beispiel für eine gute Geschichte.

Wir halten es also für unabdingbar, dass die öffentliche Hand diese Einrichtungen weiterhin fördert, um Qualität und Unabhängigkeit zu erhalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade vor dem Hintergrund der Unabhängigkeit ist auch die geplante verstärkte Kooperation mit Teilen der Landwirtschaftskammer aus der Sicht meiner Fraktion nicht unkritisch zu sehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr wohl! Das ist wahr!)

Wer über viele Jahre als Lobbyist für ein bestimmtes Produkt geworben hat, kann sich nur schwer von heute auf morgen von seiner Interessenvertretung freimachen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Deshalb: Kooperation ist gut, aber bitte mit der notwendigen Sensibilität!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch Verbraucherzentralen unterliegen wie viele, die von uns öffentlich gefördert werden, dem Gebot der **wirtschaftlichen Effizienz** und dem Diktat der knappen Kassen. Ich will ausdrücklich anerkennen, dass die 19 Beratungsstellen im Lande Schleswig-

Holstein ihre Leistungsfähigkeit auch unter dem Diktat knapper Kassen eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben, denn Schleswig-Holstein liegt - was die persönlichen Kontakte angeht - an vierter Stelle in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich hatte schon angekündigt, dass wir keine Aufforderung zum Handeln brauchen. Wir haben im Mai in der Fraktion einen Grundsatzbeschluss gefasst: Alle Zuwendungsempfänger bekommen - sofern dem keine gesetzlichen oder andere zwingende Gründe entgegenstehen - im Haushaltsjahr 2000 den Ansatz des Jahres 1999. Insofern werden wir zu den Haushaltsberatungen einen entsprechenden Antrag einbringen, der den alten Ansatz wiederherstellt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gut! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, ich habe vernommen, was Sie gesagt haben, Herr Kayenburg. Sie haben jetzt erstmals ein Beispiel genannt, wo es keine Kürzungen gibt. Ich bin gespannt auf die Haushaltsberatungen und möchte gern erfahren, wo die Kürzungen stattfinden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wie wollen Sie die 25 Millionen DM für die Hochschulen zusätzlich finanzieren und wie wollen Sie zusätzlich 50 Millionen DM kommunalen Finanzausgleich finanzieren?

(Holger Astrup [SPD]: Alles Luftbuchungen! Das kennen wir ja!)

Aus alledem, was Sie gesagt haben, Herr Kayenburg, kann ich nur schließen: Die SPD ist für die Zuwendungsempfänger in Schleswig-Holstein nicht nur die bessere, sondern auch die seriösere Alternative.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Punkt eins des CDU-Antrags folgendes: Niemand will die Unabhängigkeit der Verbraucherzentralen in Frage stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

(Lothar Hay)

Die Unabhängigkeit ist geradezu eine Voraussetzung für eine qualifizierte Beratung und für eine Differenzierung zwischen den verschiedenen in der freien Wirtschaft angebotenen Produkten. Sich hier mit Drittmitteln finanzieren zu lassen, wie es beispielsweise in der Forschung von uns allen gewollt wird, ist hier als Modell überhaupt nicht denkbar und tragbar. Wir brauchen also unstreitig die **Unabhängigkeit der Verbraucherzentralen**. Was Sie vielleicht ansprechen könnten, ist, dass man die Unabhängigkeit strukturell über die Finanzausstattung ersticken könnte. Das ist sicherlich ein ernst zu nehmendes Problem in Zeiten knapper Kassen. Deshalb möchte ich auch bei Punkt drei Ihres Antrages noch einmal auf die Finanzen zu sprechen kommen.

Es muss aber doch über manches nachgedacht werden, bei aller Verbundenheit zu den einzelnen Institutionen. Der Verbraucherzentrale bin ich sehr verbunden; hier ist mein Verbraucherpass; den habe ich immer bei mir.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

Ich finde die Arbeit der Verbraucherzentrale klasse und nehme sie auch in Anspruch. Zum Beispiel erhält man da einmal eine vernünftige Zinsübersicht, wenn man bauen will und Ähnliches. Außerdem gibt es zu den in der Landwirtschaftskammer durchgeführten Beratungen wenig **Schnittpunkte**, und das war auch gar nicht in der Debatte, Herr Kayenburg. Deshalb habe ich mich eben auch etwas aufgeregt, dass Sie sozusagen unterstellen, man wollte die Verbraucherzentrale komplett in die Landwirtschaftskammer eingliedern. Ich kenne einen solchen Vorschlag nicht. Der Herr Minister kann sich vielleicht dazu auch einmal äußern; er hat möglicherweise tiefer gehende Kenntnis und einen besseren Überblick.

(Holger Astrup [SPD]: Davon kann man ausgehen!)

Aber hier etwas zu behaupten, was niemand vorschlägt, und das dann in der Luft zu zerfetzen, ist eine verhältnismäßig leichte Übung. Es unterstreicht allerdings nicht die Seriosität Ihres Vortrages.

Es gibt nicht viele Schnittpunkte zwischen der Landwirtschaftskammer und der Verbraucherzentrale. Ich sagte es schon. Die Landwirtschaftskammer hat zum Beispiel mit der Schuldnerberatung nichts zu tun. Sie hat nichts zu tun mit irgendeiner Kaufentscheidung für einen Fernseher oder mit dem Kauf von giftfreien Farben und Tapetenkleistern bis hin zu der Frage, was ein Seat in Spanien zurzeit kostet.

(Holger Astrup [SPD]: Was kostet der denn?)

Alles das sind Dinge, mit denen die Landwirtschaftskammer herzlich wenig zu tun hat.

Die Ernährungsberatung allerdings ist eine Sache, über die man nachdenken muss. Und da sage ich noch einmal: In Zeiten knapper Kassen und auch in Zeiten einer weiteren Liberalisierung der Wirtschaft und der Effizienzsteigerung der Verwaltung müssen wir alle laufend Modelle durchdenken, auch struktureller Art, und ich meine, denken muss erlaubt sein.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist nicht richtig, dass es dann jedesmal bei jedem produktiven Anstoß, den jemand macht, einen Aufstand vonseiten der Opposition sozusagen schon zu Beginn des Prozesses gibt, und bin ich dagegen, dass wir uns von ihnen das Denken verbieten lassen.

Die Ernährungsberatung ist ein Bereich, über den nachzudenken lohnt. Wir finden sie an vielen Stellen in der Gesellschaft. Auch in der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, in deren Beirat ich Mitglied bin, wird auf hohem Niveau Ernährungsberatung betrieben. Das ist auch notwendig im Zeitalter des Fast-food und der Convenience-Produkte. Bei der abnehmenden Kompetenz der Verbraucher durch die Urbanisierung unserer Welt hat die Ernährungsberatung einen sehr hohen Stellenwert. Gleichwohl kann man aber über naheliegende **Synergie- und Verschlinkungskonzepte** nachdenken und wenn man dann darüber nachdenkt, ist es naheliegend, Stellen aus der Landwirtschaftskammer in andere vorhandene Institutionen zu übertragen. Das muss nicht unbedingt die Verbraucherzentrale sein. Aber diesen ganzen Komplex der Ernährungsberatung in einer Gesamtschau völlig neutral einer Gesamtbetrachtung zu unterziehen, liegt nahe, Herr Dall'Asta.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da gibt es unter Umständen auch im Sinne des Verbrauchers Synergieeffekte. Und nichts anderes ist in Ihrem Hause auch angedacht worden, Herr Minister.

Ich komme zum Punkt drei des CDU-Antrages. Es geht hierin darum, die Zuschüsse für die Verbraucherzentrale nicht zu kürzen beziehungsweise die Kürzung aus dem Haushaltsentwurf wieder herauszunehmen. Das ist ein weiteres Mal eine sehr leichte Übung, die die Opposition hier dauernd wiederholt. Es ist zueasy, generell zu behaupten, man müsse sparen. Das machen wir nicht gut genug. Das ist Ihr

(Detlef Matthiessen)

ständiger Vorwurf. Sie fordern ständig, die globalen Sechsertitel zu kürzen. Und jedesmal, wenn es dann bei irgendeinem Verband oder Verein konkret wird, machen Sie einen Aufstand.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und von Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist eine leicht zu durchschauende Übung der Opposition. Ich halte Ihnen, wenn Sie nochmals fordern, die Sechsertitel global zu streichen, die Forderung entgegen: Lösen Sie sie auf beziehungsweise sagen Sie, wo Sie kürzen wollen, und greifen Sie uns nicht ständig an.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Glocke der Präsidentin)

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Herr Abgeordneter Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte, kommen sie zum Schluss.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der Kollege Hay hat es auch schon ausgeführt: Die Überrollung der Mittel für Zuschussempfänger ist generell beschlossen. Das muss auch für die Verbraucherzentrale gelten. Wir gehen davon aus, dass die Fraktionen im Rahmen der Haushaltsberatungen zu diesem Punkt der Zuschüsse für die Verbraucherzentralen nachbessern werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Dann
haben wir alles erreicht, was wir wollten!)

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Produktvielfalt in Deutschland ist groß. Die Entscheidung, welches Produkt für den vom Verbraucher gewünschten Zweck das am besten geeignete ist, ist oftmals nicht ganz einfach. Solchen Entscheidungen bieten die Verbraucherzentralen Entscheidungshilfe. Sie bieten ein umfassendes Beratungsangebot, das von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird.

Meine Herren Vorredner haben sehr treffend und umfangreich die Arbeit der Verbraucherzentralen beschrieben. Ich möchte dies nicht noch einmal vorbeten; denn ich glaube, das Wichtigste ist gesagt worden.

Wir als F.D.P. unterstützen den Antrag der CDU, haben aber einen Änderungswunsch gemacht, den ich Ihnen vorgelegt habe.

Im Bereich der Ernährung gibt es konkurrierende Beratungsangebote - allein im Bereich der Ernährung ist dies der Fall -; hier bieten auch andere Organisationen wie die Deutsche Gesellschaft für Ernährung oder die Landwirtschaftskammern Beratungen an. Beide Einrichtungen haben in den vergangenen Jahren erhebliche **Einsparleistungen** erbracht, insbesondere die Deutsche Gesellschaft für Ernährung. In diesem Falle ist sogar überproportional eingespart worden sowohl vom Bund als auch vom Land. Dies halte ich nicht für gut.

Um eine gewisse Pluralität an Beratungsangeboten herzustellen, ist die Selbstständigkeit der drei Einrichtungen zu erhalten. Wir sehen allerdings Möglichkeiten, bei der Organisation der Beratungsangebote Einsparungen vorzunehmen, die der Beratung zugute kommen sollten.

Mit dem Punkt zwei des Antrages sind wir nicht so ganz einverstanden. Das Land kann der selbstständigen Einrichtung Verbraucherzentrale keine Aufgaben wegnehmen; es kann nur darüber entscheiden, bestimmte Aufgaben nicht mehr zu finanzieren.

Die Tatsache, dass eine Ökotrophologin ursprünglich einmal von der Landwirtschaftskammer eingestellt wurde, kann nicht automatisch bedeuten, dass sie für die Arbeit in der Verbraucherzentrale ungeeignet ist.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dagegen muss ich mich wehren. Das würde ja schließlich bedeuten, dass beide Einrichtungen eine gegensätzliche Beratung durchführten.

(Zuruf der Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn das so wäre, müssten deren Beratungsangebote inhaltlich auf den Prüfstand.

Wir werden heute auch noch über das Gütezeichen sprechen. Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, dass die Verbraucherzentrale Produkte, die mit dem Gütezeichen ausgezeichnet wurden, als minderwertig beurteilt, nur weil die Landwirtschaftskammer das **Gütezeichen** organisiert.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: So ist es! - Beifall bei BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

(Detlef Matthiessen)

Daher meine ich, dass beide Anträge - der Antrag der CDU und mein Änderungsantrag - eine gute Gelegenheit bieten, das Thema Beratungsangebote im Agrarausschuss zu diskutieren. Ich bitte um Überweisung auch an den Agrarausschuss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Verbraucherberatung** erfährt in der heutigen Zeit einen immer größeren Wert. Viele Bereiche im alltäglichen Leben wirken so kompliziert, dass sich ein Normalverbraucher immer schwerer oder gar nicht zurechtfinden kann. Das aktuellste Beispiel hierfür ist die Liberalisierung des Telefon- und des Strommarktes. Das sind Bereiche, über die sich vorher niemand informieren musste. Hinzu kommen neue Möglichkeiten und Gefahren bei Geldanlagen oder Versicherungen. Auch bei Lebensmittelskandalen wie zum Beispiel BSE oder Dioxin in Hühnerprodukten hat sich gezeigt, dass in der Bevölkerung Aufklärungsbedarf besteht. Es ist kein Zufall, dass sich die Europa-Union Schleswig-Holstein in ihrem Lübecker Programm ausdrücklich für eine Stärkung der Verbraucherpolitik auf europäischer Ebene ausspricht. Weiter wissen wir, dass in den Beratungsstellen vor Ort gute Arbeit geleistet wird, die auch von den Rat Suchenden anerkannt wird.

Aus diesen Gründen ist auch der SSW der Meinung, dass es mit den geplanten Kürzungen zu Problemen kommen wird, die nicht nur die Beratungsstellen, sondern erst recht den Hilfe suchenden Teil der Bevölkerung treffen werden. Anders formuliert werden die geplanten Kürzungen wieder einmal insbesondere die Schwächeren in unserer Gesellschaft treffen, die es sich nicht leisten können, an anderer Stelle - zum Beispiel im Internet - Rat zu holen.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Wenn die Landesregierung also vorsieht, Einsparungen in Höhe von über 120.000 DM bei der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein vorzunehmen, wird der Verbraucherschutz in große Schwierigkeiten kommen. Schon durch die Einsparungen in den letzten Jahren ist die flächendeckende Arbeit der Beratungsstellen an den äußersten Rand des Möglichen geraten. Diesen Weg wollen wir nicht fortsetzen. Das sagte ich bereits bei der ersten Lesung des Haushalts.

Ob es letztendlich sinnvoll ist, bestimmte Aufgaben der Verbraucherberatung auf die **Landwirtschaftskammer** zu übertragen, kann ich im Moment nicht überblicken. Das wäre ein Punkt, der im Ausschuss geklärt werden könnte.

Wenn die CDU in ihrem Antrag die Landesregierung auffordert, von einer Kürzung der Mittel für die Verbraucherzentrale im Haushalt 2000 abzusehen, dann stimme ich dem zu. Ich bin jedoch der Auffassung, dass die CDU mit ihrem Antrag der Haushaltsberatung vorgeht. Alle Fraktionen könnten das Parlament jetzt schon mit Anträgen überhäufen. Ich denke, wir sollten uns an die Gepflogenheiten dieses Hauses halten und die **Haushaltsberatungen** im Ausschuss abwarten, bevor wir Anträge zum Haushalt einreichen.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin mit der Ausschussüberweisung sehr einverstanden und werde natürlich auch das unterstützen, was zum Haushalt 2000 gefordert wird.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Buß das Wort.

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die **Verbraucherzentrale** ist eine wichtige und anerkannte Institution für die Verbraucherinnen und Verbraucher in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Mehr als 170.000 - Herr Kayenburg nannte 172.000 - Beratungskontakte im Jahr sind der Beweis. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Die Verbraucherzentralen helfen den Verbraucherinnen und Verbrauchern im Wirrwarr der verschiedenen Produkte und Konditionen und bilden durch ihre Aktivitäten ein marktwirtschaftlich und wettbewerbspolitisch sinnvolles Regulativ zwischen der Anbieter- und der Verbraucherseite.

Ohne die Verbraucherzentrale ist eine effektive Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein kaum möglich. Daher unterstützt die Landesregierung die Verbraucherzentrale auch in Zukunft in erheblichem Umfang.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Rund 53 % des Etats der Verbraucherzentrale sind Landesmittel. Wir haben uns in der Landesregierung nach langer Diskussion zu dem Vorschlag durchgerungen, die Ansätze im **Haushaltsentwurf 2000** um 124.000 DM zu kürzen. Auch die Verbraucherzentrale unterliegt als Zuwendungsempfängerin des Landes den Haushaltserfordernissen. Sie alle kennen die Probleme. Im Einzelplan 08 des MLR musste ein zweistelliger Millionenbetrag eingespart werden. Wir konnten deshalb nicht umhin, in allen Bereichen Einschnitte vorzunehmen. Leider haben wir im Keller keine Esel stehen, die Dukaten machen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie heißt das richtig?)

- Herr Kayenburg, Sie bringen die doch mit! Wenn ich Ihre Zahlen lese, müssen Sie die mitbringen. Anders geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Trotz des starken Drucks ist es gelungen, die mittelfristige Finanzplanung für die Verbraucherzentrale zu halten und nur die dort geplante Kürzung von 124.000 DM zu realisieren. Einsparvorschläge, die eine wirkliche Gefahr für die Unabhängigkeit oder gar den Bestand der Verbraucherzentrale darstellen, gab es nicht und wird es mit dieser Landesregierung auch in Zukunft nicht geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Aufforderung der CDU greift daher ins Leere. Wenn Sie mich fragen, dann hätte es des Antrags der CDU-Fraktion vom 29. September überhaupt nicht bedurft.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, der Abgeordnete Lothar Hay, hat bereits am 22. September - also eine Woche, bevor der Antrag der CDU-Fraktion gestellt wurde - öffentlich erklärt, dass seine Fraktion - der ich ja nicht ganz fern stehe - dem Vorschlag der Landesregierung, die Mittel zu kürzen, nicht folgen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Es ist doch schön, womit man Sie aufwecken kann!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Woche bevor der Antrag der CDU-Fraktion gestellt wurde, erklärte Herr Hay, dass seine Fraktion dem Vorschlag der Landesregierung, die Mittel für die Verbraucherzentrale zu kürzen, nicht folgen wird. Wenn ich heute die Diskussion richtig verfolgt habe,

wird diese Position im Rahmen der Haushaltsberatungen auch bei der CDU breite Zustimmung finden.

Daher bin ich verwundert, dass die CDU-Fraktion die Regierung auffordert, von einer Kürzung abzusehen, obwohl die Regierung doch - wie Sie wissen sollten - selbst nicht mehr Herr des Verfahrens ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat ihren Haushaltsentwurf in den Landtag eingebracht. Jetzt ist es Aufgabe des Parlaments - und nicht der Regierung-, über den Haushalt zu beraten und zu entscheiden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde mich einem entsprechenden Antrag natürlich nicht verschließen. Ich weise aber in aller Bescheidenheit und Vorsicht darauf hin, dass die dafür anderweitig einzusparenden Beträge aus dem Einzelplan 08 nicht erbracht werden können. Sonst hätte ich einen solchen Kürzungsvorschlag gar nicht unterbreitet.

Noch ein Wort zu den notwendigen Straffungen der **Organisationsstruktur** der Verbraucherarbeit! Die Verbraucherarbeit ist in Deutschland und EU-weit in ein kompliziertes Organisationsgeflecht eingebunden. Eine Vielzahl von Organisationen arbeitet teilweise parallel auf dem Gebiet der Verbraucherberatung. Die Abhängigkeit der Verbraucherorganisationen von öffentlichen Mitteln ist sehr hoch. Auf Bundes- und Landesebene hat 1997 eine Reform der Verbraucherarbeit begonnen. Neue Strukturen und Aufgabenteilungen - einschließlich ihrer Finanzierung - werden auf allen Ebenen diskutiert und sie müssen aufgrund der Finanzlage auch diskutiert werden. Dieser Entwicklung dürfen und können wir uns nicht verschließen. So ist auch der Vorschlag meines Hauses für eine engere Kooperation der in der Verbraucherberatung tätigen Organisationen zu verstehen. Mit Ausnahme von Herrn Kayenburg ist sie hier auch richtig interpretiert worden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die auf Initiative und unter Moderation des MLR eingerichtete Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Verbraucherzentrale, der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und der Landwirtschaftskammer, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Warum sollte es uns nicht gelingen, das, was in der **Ernährungsberatung** seit über 20 Jahren gut funkti-

(Minister Klaus Buß)

oniert, auf andere Bereiche der Verbraucherarbeit zu übertragen?

(Beifall bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

- Ich bin gleich fertig!

Wir brauchen eine effektive Verbraucherarbeit für ganz Schleswig-Holstein - auch für die ländlichen Räume. Daher müssen wir über Kooperation nachdenken, denn es ist nicht so, dass alles bleiben muss, wie es ist, um gut zu sein. Nein, wir können auch über bessere Zustände nachdenken. Das tun wir intensiv.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Der Herr Abgeordnete Dr. Dall'Asta erhält das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hay, ich möchte den Fraktionssprechern - und zwar allen - ausdrücklich danken. Herr Minister, ich muss jedoch drei Dinge sagen und das macht vielleicht auch deutlich, Herr Kollege Hay, dass es nicht nur um einen Haushaltsantrag geht. Es geht um viel mehr.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Manchmal ist Sachverstand nicht schädlich. Herr Minister, ich möchte drei Dinge sagen.

Nach den Äußerungen in den Zeitungen habe ich als Chef der Verbraucherzentrale einen Brief bekommen, in dem stand: Es ist ja überrollt worden. Die Kürzung von 124.000 DM ist eine Überrollung. Deshalb sehen wir keine Veranlassung, von unserem Vorschlag abzuweichen.

Es ist toll, dass hier offenbar alle Fraktionen meinen, dass eine Überrollung keine Kürzung von 124.000 DM bedeutet.

(Beifall bei der CDU)

Zwischen der Erklärung und dem Brief des Ministeriums ist etwas gewesen. Ich habe den Brief jetzt nicht hier, ich kann Ihnen den nachher gern geben; ich glaube, er ist von Ihrem Staatssekretär unterschrieben. Das war die offizielle Mitteilung des Staatssekretärs.

Herr Minister, damit wir uns alle richtig verstehen: Die Arbeit der **Verbraucherzentrale** ist bis 1994 zu großen Teilen zusätzlich vom **Bund** institutionell gefördert worden.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es!)

Der Bund hat sich aus der institutionellen Förderung voll verabschiedet.

(Holger Astrup [SPD]: Wann war das?)

- 1994/95 hat sich der Bund voll aus dieser Verpflichtung verabschiedet, wie immer verabredet mit den Ländern, indem bei den Mehrwertsteuerpunkten leichte Veränderungen vorgenommen worden sind.

Fast das einzige Bundesland, in dem kein Pfennig Ausgleich für diese Bundeskürzungen gezahlt worden ist, ist das Land Schleswig-Holstein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört! - Unruhe)

Das heißt, wir liegen - das hat der Minister eben richtig gesagt - mit einem Landeszuschuss von 53% am untersten Ende in der Bundesrepublik Deutschland.

In den letzten Jahren ist bei uns mehrfach gekürzt worden. Das hat zur Folge, dass die Zahl der Planstellen von ursprünglich 24 auf jetzt 18,5 zurückgegangen ist. Herr Minister, das zeigt, dass die unabhängige Verbraucherberatung so gut wie am Ende ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ganz deutlich sagen, dass man natürlich über Kooperation reden kann und dass auch wir uns **Kooperationsmodelle** ausgedacht haben. Ich bin sehr dafür, dass wir auch weiter über Kooperationsmodelle reden. Aber in einem Gespräch mit dem Ministerium wird gesagt: Wir vom Landwirtschaftsministerium haben nun einmal zehn Ökotrophologen der **Landwirtschaftskammer**, die in Zukunft - weil sie die Zeit haben - die Verbraucherberatung übernehmen müssen. Gleichzeitig - jetzt wird es hart - wissen wir im Hinterkopf, dass nach der mittelfristigen Finanzplanung - das haben Sie mir auch erzählt - jedes weitere Jahr 100.000 DM gekürzt werden sollen. Wir wissen, dass wir dann Personal entlassen müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Das bedeutet praktisch, dass die **Unabhängigkeit der Verbraucherzentrale** beseitigt wird und andere Institutionen ihre Aufgabe übernehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: In einer Gemeinde wäre diese Rede nicht möglich gewesen!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Buß.

(Minister Klaus Buß)

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedauere den Redebeitrag von Herrn Professor Dall'Asta sehr.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dall'Asta, ich habe ausdrücklich nicht darauf hingewiesen: Nach den Finanzverhandlungen 1998 stand der Betrag für 1999 fest und auch das, was in der **mittelfristigen Finanzplanung 2000** vorgesehen war, habe ich Ihnen persönlich gesagt, ohne dass Sie in irgendeiner Form reagiert haben.

(Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]: Das ist ja nicht wahr!)

- Selbstverständlich ist das wahr! Das habe ich Ihnen anlässlich einer Landtagssitzung erzählt. Das haben Sie mir gegenüber auch eingeräumt, als wir vor Kurzem darüber miteinander diskutiert haben. Ich hätte das gar nicht gesagt, wenn Sie nicht so getan hätten, als ob Sie die Kürzung völlig überrascht hätte. Das ist schlicht nicht wahr.

Wenn in dem Brief, den ich selbstverständlich kenne, von Überrollung gesprochen wird, dann geht es ganz einfach darum, dass der Betrag, der in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten ist, den ich Ihnen frühzeitig genannt habe, überrollt worden ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber damit wird die Kürzung doch nicht behoben! Die ist doch auf Dauer angelegt!)

Nichts anderes habe ich hier vorgetragen. Insofern ist Ihr Hinweis nicht recht nachzuvollziehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Dall'Asta.

(Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]:

Das ist kein Kurzbeitrag, sondern ich rede nach dem Minister.

Herr Minister, damit wir uns richtig verstehen: Sie haben mir - das ist richtig - gesagt, bevor Sie in die Verhandlungen mit dem Finanzminister gingen, dass Sie für die Lösung, ohne dass gekürzt werde, kämpfen würden, aber Sie hätten Zweifel, ob Sie das durchhalten könnten oder ob die Kürzungen nicht doch eintreten müssten.

Herr Minister, jetzt wird es ein bisschen bitter, aber dann müssen wir das austragen.

(Unruhe)

Im **Vorstand der Verbraucherzentrale** ist in jeder Sitzung der Sachbearbeiter oder die Sachbearbeiterin des Ministeriums dabei. Sie kennen also das Protokoll und wissen, was ich in der Verbraucherzentrale gesagt habe. Dort habe ich das auch mitgeteilt: Diese Kürzung kann passieren.

(Unruhe)

Dann kam gewissermaßen der Zeitpunkt, dass in der Öffentlichkeit stand: Es wird überall überrollt. Sie haben uns anschließend gesagt: Das ist ja auch eine Überrollung. Da ist die Kontroverse entstanden.

Ein weiterer Punkt! Ich bitte, das als vernünftigen, sachlichen Beitrag für die Zukunft der Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein zu werten. Wenn ich davon ausgehe - ich sage das in aller Deutlichkeit; darauf haben auch Sie wieder hingewiesen-, dass der Zuschuss jedes Jahr um 100.000DM gekürzt werden soll, dann ist das das Ende der unabhängigen Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Ich kann nur hoffen, dass die Kollegen aus allen Fraktionen das, was Sie heute hier gesagt haben, so ernst nehmen, dass wir in einer sachlichen, vernünftigen, guten Anhörung zu dem Ergebnis kommen, dass diese weitere mittelfristige Finanzplanung des Ministeriums nicht akzeptabel ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das war ein Redebeitrag nach § 58 Abs. 2. Ebenfalls nach § 58 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung erhält Frau Abgeordnete Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dall'Asta, wenn wir die **Haushaltsverhandlungen** - Ihr Antrag bezieht sich ja auf den Haushalt 2000 - immer so führen würden, dass die Vorsitzenden von Vereinen und Verbänden hier im Dialog mit dem Minister austragen, was im Verfahren, im Streit um Kürzungen, im Versuch der Verständigung für das nächste Jahr gelaufen ist, hätten wir hier Haushaltsverhandlungen von fünf Wochen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich habe nichts dagegen, dass Sie im Interesse der Verbraucherzentrale sprechen. Es kann aber nicht sein, dass Sie hier den Schriftverkehr zwischen Ministerium und Ihnen, der zu jeder Haushaltsverhandlung dazugehört, zitieren.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Das würde dazu führen, dass auch wir damit ankommen. Auch ich bin Vorsitzende eines Vereins. Aber ich stelle mich doch nicht hier hin und mache für den eine Extrapolitik!

(Martin Kayenburg [CDU]: Bei Ihnen gibt es sogar einen Verein, der gegen die eigene Landesregierung klagt! - Unruhe)

Ich wünsche mir von der CDU, dass sie an anderen Stellen sehr viel deutlicher für die Betroffenen spricht. Ich möchte nicht aufzählen, was damit gemeint ist.

Ich glaube, dass wir alle die Problematik verstanden haben. Es ist Ihr gutes Recht, hier mit einem Antrag zu kommen, auch unabhängig vom Haushalt. Das können Sie durchaus machen. Ich habe aber Probleme damit, wenn sich die Opposition weigert zu verstehen, dass es auch Veränderungen geben muss. Ich formuliere das einmal sehr vorsichtig.

Herr Kayenburg, wenn Sie sagen, dass dadurch, dass die **Verbraucherzentrale** jetzt **Gebühren** einnehmen muss, versucht worden sei, sie tot zu machen - das haben Sie gesagt, das können wir gern nachlesen-, ist das schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich freue mich über den Beitrag der Abgeordneten Happach-Kasan, die deutlich gemacht hat, dass es möglich sein muss, auch über vorhandene, gewachsene Strukturen nachzudenken,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

sich zu überlegen, was das Land an welcher Stelle finanziert, und darüber nachzudenken - auch Konservative können sich einmal für neue Strukturen öffnen -, ob der Mitteleinsatz durch **Kooperationsmodelle** oder neue Strukturen nicht effizienter sein kann, als er jetzt ist. Darum geht es. Ich wünsche mir von der CDU außer den Scheuklappen auch einmal ein Stück Offenheit für Neues.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Agrarausschuss zu überweisen. Gibt es weitere Anträge zur Mitberatung? - Das ist nicht der Fall. Wer so verfahren will, wie ich vorgeschlagen habe, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß auf:

Investitionsprogramm 1999 bis 2002 des Bundesverkehrsministeriums

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2469

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? - Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch!

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion legt Ihnen diesen Dringlichkeitsantrag vor, nachdem wir einer Veröffentlichung der SPD-Fraktion von gestern

(Lothar Hay [SPD]: Sehr lesenswert!)

entnommen haben, dass es offensichtlich Vorschläge aus dem Bundesverkehrsministerium für ein Investitionsprogramm 1999/2000 gibt, aus dem neuer Unbill für wichtige Verkehrsprojekte hier im Lande erwachsen könnte. Offensichtlich ist nicht nur der Ausbau der B 404 gefährdet, sondern auch die Fortführung der A 20 im Raum Segeberg. Gleiches gilt für ein Projekt aus dem Bereich des Schienenverkehrs, die Beseitigung des Engpasses Elmshorn-Pinneberg - ein Projekt, bei dem sich alle Fraktionen immer einig waren, dass es vorrangig vorangetrieben werden muss.

(Lothar Hay [SPD]: Was ist denn mit der Osttangente? - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, bitte nur zur Dringlichkeit!

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Ich komme jetzt zur Begründung der Dringlichkeit, Herr Präsident. Wir gehen davon aus, dass diese Informationen nicht nur der SPD-Fraktion, sondern auch der Landesregierung vorliegen, und fordern deshalb die Landesregierung auf, in dieser Tagung - das heißt also, noch heute - einen Bericht darüber zu geben, welche Projekte in Schleswig-Holstein verän-

(Monika Heinold)

dert werden und wie der Unterschied in der Planung im Einzelnen aussieht, damit wir möglichst schnell über Entschließungen des Landtages tätig werden können, bevor in Berlin alles festgezurr ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weiter hat das Wort zur Dringlichkeit Herr Abgeordneter Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die von Ihnen, Frau Kollegin Schmitz-Hübsch, erwähnte Pressemitteilung der SPD-Fraktion beruhte auf einer Zeitungsmeldung, auf die reagiert worden ist. Insofern ist die in Ihrem Antrag erwähnte Konstruktion nicht richtig. Wir freuen uns natürlich trotzdem, dass Sie unsere Pressemitteilungen vernünftig ausgewertet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Verfahren, über das wir hier zu reden haben und das dem Dringlichkeitsantrag zugrunde liegt, will ich kurz beschreiben, um Ihnen deutlich zu machen, warum wir die Dringlichkeit ablehnen. Das Verfahren sieht folgendermaßen aus: Anfang/Mitte November wird sich der Haushaltsausschuss des Bundestages Gedanken machen über eine dann bereinigte Fassung des Bundesverkehrswegeplanes. Ende November wird sich der Bundestag mit diesem Komplex - wie mit vielen anderen auch - beschäftigen, und Anfang Dezember - am 7. Dezember, glaube ich - tagt dann der Bundesrat, unter anderem ebenfalls zu diesem Gesamtkomplex. Deshalb haben wir - das heißt die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - in der Langfristplanung für die Novembertagung einen regulären Antrag zu diesem Gesamtkomplex in Vorbereitung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

- Es mag ja sein, dass Sie nicht planen, und es mag auch sein, dass Ihnen das nicht gefällt, nur, dem Dringlichkeitsantrag muss auch eine vernünftige Basis der Beratung zugrunde liegen. Dies ist erst zwischen Anfang November und Ende November der Fall. Erstaunlicherweise tagt dieses Plenum Mitte November. Genau diesen Zeitpunkt halten wir für geeignet.

Wir lehnen die Dringlichkeit ab.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit komme ich zur Abstimmung. Ich will auf § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung verweisen, nach der für die Annahme der Dringlichkeit eine Zweidrittelmehrheit gegeben sein muss. Wer der Dringlichkeit des Antrages der CDU zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Dringlichkeit nicht bejaht worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 12:

Alkoholmissbrauch in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2085

Antwort der Landesregierung

Drucksache 14/2308

(Unruhe)

- Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte nicht das Wort zum allgemeinen Palaver erteilt. Man kann ja sein eigenes Wort nicht verstehen.

Das Wort zur Begründung der Großen Anfrage wird nicht gewünscht. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich der Ministerin für Soziales, Arbeit und Gesundheit, Frau Moser, das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland liegt hinsichtlich des **Alkoholkonsums** bezogen auf Europa nach wie vor in der Spitzengruppe. Im Westen unseres Landes trinken 15%, im Osten sogar 30 % der Bevölkerung täglich Alkohol. Die Anzahl der Menschen mit missbräuchlichem oder riskantem Konsumverhalten wird auf 7,6 Millionen, die der Alkoholabhängigen auf 1,7 Millionen geschätzt. Addiert sind das 9,3 Millionen Menschen, übertragen auf Schleswig-Holstein knapp 300.000 Menschen mit einem zumindest risikoreichen Alkoholkonsum. Das ist sicherlich alarmierend.

Kinder und Jugendliche sind in besonderem Maße gefährdet. Die landesspezifischen Daten aus unserer Untersuchung „Epidemiologie des Drogenkonsums schleswig-holsteinischer Jugendlicher“ belegen einen durchschnittlichen Erstkontakt mit Alkohol zwischen dem 12. und dem 13. Lebensjahr. 12,8 % der befragten Schülerinnen und Schüler schätzen ihren Konsum selbst als regelmäßig ein. In einem anderen Item sagten nur 6,8 % der Befragten: Alkohol würde ich in keinem Fall nehmen.

(Brita Schmitz-Hübsch)

Diese Befunde alarmieren vor allem deshalb, weil ein früher Konsumbeginn im **Jugendalter** regelmäßig mit verfestigten Konsummustern, mit erlerntem regelmäßigem Alkoholkonsum, verbunden ist.

Alkoholmissbrauch und Alkohol insgesamt verstärkt in die Diskussion gebracht zu haben, das ist auch ein Verdienst unseres ganzheitlichen Präventionsansatzes in der schleswig-holsteinischen **Drogenpolitik**. Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt eine Fülle von Aktivitäten im Land auf, die, alle zusammen genommen, den Zugang zu einer - wie ich finde - gemeinsamen verantwortungsbewussten und konsequenten Drogenpolitik ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir einen Hinweis: Die Cannabis-Diskussion hat zumindest zum Ergebnis gehabt, dass in diesem Lande - damit meine ich jetzt nicht nur Schleswig-Holstein, sondern die Bundesrepublik insgesamt - noch nie so viel über das Thema Alkohol diskutiert wurde wie zu diesem Zeitpunkt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hatte durchaus Hoffnung in die Verabschiedung des so genannten „**Aktionsplans Alkohol**“ durch die Gesundheitsministerkonferenz im November 1997 gesetzt. Es waren übrigens die CDU-Kollegen, die damals erhebliche Abstriche an dem Beschluss aushandelten. Vielleicht sollten Sie, Frau Tengler, bei diesen Kolleginnen und Kollegen auch dann einmal missionieren, wenn es um das Thema Alkohol geht.

Die lautstarken, wenn auch folgenlosen Ankündigungen von Minister Seehofer in Sachen Alkohol sind im Laufe der Zeit versandet. Deshalb haben wir in Schleswig-Holstein einen neuen, eigenen Anlauf gestartet. Zurzeit befindet sich eine schleswig-holsteinische **Präventionskampagne**, der „Aktionsplan Alkohol“, in der Abstimmung mit allen Beteiligten. Ich möchte gern einen breiten gesellschaftlichen Konsens, einen „Aktionsverbund Verantwortung“, der eine Vielfalt konstruktiver und aktiver Partner in die Umsetzung einbezieht. Ich weiß, dass die Sache langwierig ist - für meinen Geschmack viel zu langwierig. Das liegt an den Schwierigkeiten, die Alkohol- und die Werbeindustrie einzubinden. Auch hier wäre ich für die Unterstützung des gesamten Hauses und aller Fraktionen dankbar. Denn es wäre schon wichtig, bei der Prävention auch die Alkoholindustrie im Boot zu haben. Ein letzter Versuch, dies zu schaffen, wird im Oktober stattfinden. Alle anderen Partner des Aktionsverbundes stehen in den Startlöchern.

Meine Damen und Herren, es geht um die Schärfung des Problembewusstseins insgesamt. Es geht um die Entwicklung von **Konsumnormen** zur Minderung von Risiken für die Konsumenten und die Gesellschaft insgesamt. Es geht um die Verringerung des schädlichen Alkoholkonsums und der ständigen Verfügbarkeit von Alkohol. Und es geht generell um eine bewusste, verantwortliche Reduzierung des Alkoholkonsums und die Schaffung eines entsprechenden gesellschaftlichen Klimas.

Die CDU als Fragestellerin bleibt eingeladen, nicht nur Fragen zu stellen, sondern die Antworten zu nutzen, um sich zum Beispiel für Werbebeschränkungen einzusetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie reden darüber immer nur. Ich habe noch keinen ernsthaften Einsatz Ihrerseits in dieser Richtung vernommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Tengler das Wort.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal frage ich mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wir das starke Abwandern der Parlamentarier bei diesem Tagesordnungspunkt bewerten.

(Holger Astrup [SPD]: Alles Betroffene!)

Angst, persönliche Betroffenheit oder Desinteresse?

Ziel unserer Großen Anfrage war es, Informationen über Anzahl und Situation alkoholabhängiger und gefährdeter Jugendlicher und Erwachsener in Schleswig-Holstein zu erhalten. Ziel war es auch zu erfahren, wie die Landesregierung mit der Gefährdung unserer Jugend umgeht, welche Maßnahmen sie ergreift, um unsere Jugend zu schützen und auf ein möglicherweise gefährdetes Leben kompetent hinzuweisen.

Die negativen sozialen Folgen des Alkoholmissbrauchs, die durch Alkohol im Straßenverkehr oder in Gewaltsituationen entstehen und die Lebenssituation von Familien beeinflussen, sind erschreckend. Allein in Schleswig-Holstein sind im Jahr 1997 1.680 Unfälle unter Alkoholeinfluss passiert. Der Anteil der

(Ministerin Heide Moser)

Alkoholdelikte bei fahrlässiger Tötung liegt heute im Schnitt bei 15 %.

Auch bei der alltäglichen Gewalt in Familien, von der nur ein relativ kleiner Teil nach außen bekannt wird, spielt Alkoholmissbrauch eine erhebliche Rolle. Das Leid der Familienangehörigen, speziell der Kinder von Alkoholabhängigen, lässt sich nur erahnen.

Unsere Fragen sind weitgehend unbeantwortet geblieben. Keine konkreten Zahlen für Schleswig-Holstein!

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

Die Antwort auf die Große Anfrage der CDU zum Alkoholmissbrauch in Schleswig-Holstein referiert ausschließlich bundesdeutsche Zahlen der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren. Wir lesen Hochrechnungen aus dem Bundesgebiet, die auf Schleswig-Holstein heruntergebrochen werden, wobei Nordrhein-Westfalen, Frankfurt und Berlin wohl kaum mit Schleswig-Holstein zu vergleichen sind. Das ist kein seriöser Umgang mit der Situation.

Keine konkreten Maßnahmen seitens der Landesregierung! Dafür runde Tische, Projekte, Empfehlungen und Seminare nach dem Motto: Schön, dass wir darüber geredet haben. Es wird über Tausende Abhängige gejammert. Die Ministerin ist laut Presse vom 3. September 1999 erschrocken, aber die Mittel, die für Prävention und Therapie bereitgestellt werden, sind nicht nur unzureichend, sie stehen in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir warten auf Ihre Haushaltsvorschläge und Vorschläge zur Deckung!)

- ja, Frau Fröhlich -, wie wir von Fachkliniken und Beratungsstellen wissen.

Der Staat hat eine gesetzliche Fürsorgepflicht der Jugend gegenüber, festgeschrieben im KJHG. Die Vielzahl unserer Gesetze ist ausreichend; sie müssten nur konsequent angewandt werden, um die Jugendlichen zu schützen, wenn die Landesregierung ihre Bemühungen ernst nimmt.

Zur Umsetzung der im „Aktionsplan Alkohol“ der Gesundheitsministerkonferenz von 1997 - Frau Ministerin, Sie haben ihn auch erwähnt - vereinbarten Punkte wird in der Großen Anfrage nur wenig ausgesagt. Es geht es darum, wie ihn Schleswig-Holstein umsetzt.

Wir fordern gesetzliche Maßnahmen zur Reduzierung des Angebots von Alkohol. Alkohol gehört weder in Büros noch in Schulen. Da gibt es überhaupt keine zwei Meinungen. Es reicht nicht, eine Veränderung der Einstellung zu Alkohol am Arbeitsplatz durch

Vorträge und Seminare herbeiführen zu wollen. Alkohol muss am Arbeitsplatz tabu sein.

Nicht ausreichend ist aus unserer Sicht, dass bei der Polizei der Umgang mit dem Thema Sucht in den Dienststellen ermöglicht werden soll. Bei Abhängigkeit besteht aus unserer Sicht nur die Notwendigkeit der prompten Behandlung.

Erst auf unsere Initiative hin ist nun endlich der Ecstasy-Bericht erstellt worden. Er enthält die ersten konkreten Zahlen über **Drogenmissbrauch** in Schleswig-Holstein. Dafür sind wir sehr dankbar. Er zeigt auf - auch das haben Sie erwähnt -, wie leicht immer jüngere Jugendliche immer leichter an Drogen herankommen. Die Landesregierung sagt uns aber nicht, welche konkreten Schlüsse sie daraus zieht.

Im Juni 1999 ist dann schließlich ein „Aktionsbündnis Alkohol“ eingerichtet worden. Ergebnisse dieses runden Tisches sind nicht bekannt. Bündnisse scheinen im Trend zu liegen, bleiben aber den Beweis für Umsetzungsstärke und Ergebnisfülle schuldig.

Das Plakat auf den Straßen „Mit Alkohol verlierst du alles“ ist eine Kampagne des Wirtschaftsministeriums, nicht des Sozialministeriums.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch trotzdem die Landesregierung!)

- Es geht hier um den Bereich der Gesundheitsministerin!

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch die Landesregierung! Das ist doch gut!)

- Ja, wir sind begeistert, Frau Heinold!

Wir fordern daher zum bestehenden Erlass Suchtprävention und seiner Umsetzung in Schulen von 1992 - ein richtiger Schritt - einen jährlich erscheinenden Informationsbericht: Was bringt dieser Erlass?

(Beifall bei der CDU)

Weiter erwarten wir von oben - wie es so schön heißt - ein generelles Alkoholverbot in Betriebskantinen, Büros und Schulen.

Wir fordern eine feste Stelle bei der Landesstelle gegen die Suchtgefahren für das Projekt KOSS, die „Kordinierungsstelle schulische Suchtgefahren“ und das Projekt „Gläserne Schule“. Die Landesstelle gegen die Suchtgefahren in Schleswig-Holstein, die eine vorzügliche Arbeit leistet, hat für die Datenerfassung von suchtgefährdeten Jugendlichen lediglich abgeordnete Lehrer für einen Zeitraum von zwei Jahren

(Frauke Tengler)

mit einmaliger Verlängerung zur Verfügung. Dann gehen sie zurück in die Schulen. Das ist Verschwendung von Ressourcen und Kompetenzen gehen verloren. Die **KOSS** braucht feste Stellen.

Weiter fordern wir verbindliche Stundenkontingente in Sachen Prävention in Kindergärten und Schulen.

Wir fordern spezifische Therapieangebote in der allgemeinen Kinder- und Jugendpsychiatrie für alkoholabhängige und -gefährdete Jugendliche.

Wir halten es für notwendig, jugendpsychiatrische Drogensprechstunden einzurichten und die Nutzung und Vernetzung der Bereitschaft von niedergelassenen Ärzten, Gesundheitsämtern und der Jugendhilfe für niedrigschwellige Angebote zu fördern.

(Beifall der Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] und Thomas Stritzl [CDU])

Das Thema Alkoholmissbrauch ist heute hochaktuell. Das bestätigte die Weltgesundheitsorganisation WHO in der „Welt am Sonntag“ vom 10. September 1999. 200 Milliarden DM beträgt der volkswirtschaftliche Schaden, der in Deutschland im Jahr durch Alkoholmissbrauch angerichtet wird. 40% aller erwerbsfähigen Deutschen - das ist eine erschreckende Zahl - leiden laut WHO bereits an den Folgen von Alkoholmissbrauch.

Sehr geehrte Frau Ministerin, am 9. September dieses Jahres sprachen Sie in der Presse vom „Aktionsplan Alkohol“ für Schleswig-Holstein. Wo ist er?

(Glocke des Präsidenten)

Auf Bitten und Nachfrage ist er uns leider nicht zugänglich gemacht worden.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Tengler, Sie müssen zum Schluss kommen.

Frauke Tengler [CDU]:

Wie lange bleibt er noch in Ihren Händen? Wir haben ihn nicht bekommen.

Als Letztes möchte ich betonen - damit komme ich zum Schluss -, Frau Ministerin, die CDU-Fraktion hält es für außerordentlich wichtig, dass die von Ihnen initiierten Maßnahmen - seien es Aktionstage, runde Tische oder Fachtagungen - endlich einmal daraufhin untersucht werden, wie sie wirken und was sie erreichen. Ich beantrage Ausschussüberweisung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Müllerwiebus das Wort.

Roswitha Müllerwiebus [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich bei der CDU bedanken, nicht für Ihre Vorwürfe, Frau Tengler, sondern für Ihre Große Anfrage, auch nicht für Ihre Fragen - die ich nicht für besonders sinnvoll halte -, sondern dafür, dass Sie uns damit heute Gelegenheit geben, das Problem der Alkoholsucht öffentlich zu diskutieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alkoholmissbrauch ist ein schwieriges Thema, insbesondere in vielen Familien. Zusätzlich zu den Zahlen, die Frau Ministerin Moser genannt hat, möchte ich das einmal in Prozenten ausdrücken: 4% der erwachsenen Bevölkerung gelten als alkoholkrank, das sind etwa drei Mal so viele wie alkoholgefährdete Menschen. 7,6% aller Schülerinnen und Schüler trinken regelmäßig Alkohol. Das ist allgemein bekannt. Wir wissen aber auch, dass es keine einheitliche Statistik gibt. Aber alle Untersuchungen geben beim Alkoholkonsum ein hohes Niveau an.

Statt aber um Prozentpunkte zu streiten oder konkrete Zahlen einzufordern, Frau Tengler, müssen wir uns mehr damit beschäftigen, Kinder und Jugendliche gegen Drogen, legale wie illegale, zu stärken.

Vor allem sagt die Antwort der Landesregierung einiges über die hohe Qualität der Präventionsarbeit und weitere Maßnahmen in Schleswig-Holstein aus. Bei den politisch und fachlich verantwortlichen Organisationen und Institutionen im Bereich von Drogen und Abhängigkeit besteht gesundheitspolitischer Konsens über die Priorität der Prävention vor Suchtmittelkonsum und Suchtmittelabhängigkeit.

Bei der Primärprävention vor Sucht werden daher das Konzept der Gesundheitsförderung allgemein und insbesondere der Ansatz der Lebenskompetenzförderung favorisiert. Das methodische Vorgehen in der Prävention setzt dabei auf Konzepte zur Befähigung und Stärkung von Eigenverantwortlichkeit, sozialer Kompetenz und Konfliktfähigkeit. Dabei werden Alternativen durch neue und andere Erlebnisse, zum Beispiel sportliche Aktivitäten, als Gegenentwürfe zum Drogenkonsum angeboten.

Prävention heißt, Lebensbedingungen zu schaffen, die dem schädlichen Gebrauch von Psychodrogenen

(Frauke Tengler)

stanzen begegnen und den Einstieg in die Abhängigkeit und Sucht verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind sehr froh darüber, dass nun auch die CDU Alkohol als Droge ernst nimmt und sich nicht mehr darauf beschränkt, die so genannten harten, mithin illegalen Drogen zu verdammen. Ganz richtig: Ob eine Droge gefährlich ist oder nicht, richtet sich nach ihrer Wirkung und nicht danach, ob ihr Konsum legal oder illegal ist.

Daher sagen Fachleute schon lange, dass im Bereich der **Primärprävention**, also vor dem ersten Konsum, die Trennung zwischen illegalen und legalen Substanzen unsinnig ist. Prävention soll sich generell auf den Umgang mit Suchtstoffen richten. Immer noch sind Alkohol und Tabak die Einstiegsdroge Nummer eins. Konsumentinnen und Konsumenten harter Drogen bringen zusätzlich ein Alkoholproblem mit. Wichtig ist daher, dass eine umfassende Prävention bei Kindern und Jugendlichen bereits vor dem ersten Konsum von Tabak und Alkohol einsetzt.

Aber auch für Erwachsene, die bereits alkoholkrank sind, brauchen wir Hilfen, damit sie wieder in der Lage sind, ihr Leben selbst bestimmt und nicht vom Alkohol bestimmt in die Hand zu nehmen.

Der Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung 1998 stellte fest, dass die Zahl der Alkoholabhängigen, die in ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen betreut werden, von 1996 bis 1997 um fast 8% gestiegen ist. Drei von vier Klienten in **Suchtbehandlung** haben primär ein Alkoholproblem. Der Anstieg der Problemfälle mit legalen Stoffen scheint noch zuzunehmen.

Um die gesellschaftlichen, persönlichen, gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Folgen des Alkoholmissbrauchs auf Dauer zu reduzieren, sind immense gemeinsame Anstrengungen der gesamten Gesellschaft notwendig.

Erstens: Primärprävention für Kinder und Jugendliche, die noch nie Alkohol oder andere Drogen probiert haben. Hier gibt es für Schleswig-Holstein vorbildliche Programme für Kindergärten und Schulen, wie sie Frau Ministerin Moser vorgestellt hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens: Sekundärprävention, die bei jugendlichen Konsumentinnen und Konsumenten auf künftigen Verzicht hinwirkt. Der Vorstellung, dass der Konsum von Alkohol und anderen Drogen zum Erwachsenwerden gehört wie eine Berufsausbildung oder die erste Liebe,

muss deutlich widersprochen werden. An dieser Stelle sollte Prävention ansetzen.

Drittens: Tertiärprävention, die Suchtkranke bei der Vermeidung zusätzlicher Gesundheitsschäden unterstützt! Medizinische Hilfe bei Begleiterscheinungen, niederschwellige Hilfeprogramme, anonyme Beratungen und unkomplizierte Angebote können den Einstieg in den Ausstieg erleichtern.

Viertens: Hinwirken auf freiwillige Werbebeschränkungen! Entsprechende Gespräche hat Frau Ministerin Moser mit der Alkoholindustrie und Werbefachleuten immer wieder geführt.

(Beifall bei der SPD)

Solche Beschränkungen können beispielsweise auf eine Verbindung von Alkohol und Natur, Alkohol und sexueller Attraktivität, Alkohol und Fitness verzichten. Hierzu ist zu sagen - das macht auch der Bericht der Ministerin deutlich -, dass es die Alkoholwirtschaft war, die sich auf Bundesebene aus dem Dialog über den „Aktionsplan Alkohol“ zurückgezogen hat.

Fünftens: Drastische Einschränkung der Werbung für Drogen insgesamt!

Sechstens: Europaeinheitliche Vorschrift, um Warnhinweise auf den Produkten anzubringen!

Siebtens: Einschränkung der Verfügbarkeit.

Achtens: Gesellschaftliche Hilfe zur Reintegration, zur Bewältigung von Konflikten, zur Wohnungs- und Arbeitsvermittlung, zur Schuldenregulierung, zum Aufbau neuer Beziehungen und zur Stabilisierung einer neuen sozialen Situation!

Neuntens: Erleichterter Zugang zu Reha-Maßnahmen! Die Eingangsschwellen für stationäre Reha-Maßnahmen sind in den letzten Jahren unter der damaligen CDU-Bundesregierung erheblich erhöht worden. Gerade für rückfällige Alkoholranke ist die Behandlung schwerer geworden.

Zehntens: Warum können nicht Politikerinnen und Politiker bei öffentlichen Terminen auf Alkoholkonsum verzichten und damit zeigen: „Auch ohne bin ich kompetent für Schleswig-Holstein“?

Widerstände gegen wirkungsvolle Drogenprävention gibt es viele.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie müssen jetzt bitte zum Schluss kommen.

(Roswitha Müllerwiebus)**Roswitha Müllerwiebus [SPD]:**

Ja! - Da sind natürlich Industrie und Handel; denn bei Alkohol sind Umsatz und Gewinn enorm.

Zum Schluss möchte ich mich meinem Fraktionskollegen Konni Nabel anschließen, der bereits im März zu Ihrem Berichtsantrag sagte: Wir fordern die Anerkennung der Sucht als behandlungsbedürftige Krankheit durch alle Sozialleistungsträger. Ich fordere die CDU auf, mit uns zusammen für eine drastische Einschränkung der Werbung für Alkohol und Tabak zu kämpfen und durch Aufklärung gegen die Verharmlosung der Droge Alkohol einen wichtigen Schritt in Richtung Prävention zu tun. Statistiken bringen uns nicht weiter. Viel wichtiger sind zum Beispiel Streetworker-Programme, wobei Schleswig-Holstein hier zusammen mit Bremen bundesweit an der Spitze steht.

(Beifall bei SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich schließe mich dem Antrag auf Ausschussüberweisung an.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Tengler, Ihr Beitrag hat mich etwas entsetzt. Wenn das Niveau so ist - ich sage es einmal sehr deutlich-, dass Sie zwar feststellen, die Landesregierung habe ein gutes Plakat gemacht, aber sich darüber beklagen, dass das falsche Ministerium dieses in Auftrag gibt, dann weiß ich eigentlich nicht mehr, auf welcher Ebene wir eigentlich miteinander diskutieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie dann noch sagen, erst durch die Große Anfrage der CDU habe es Zahlen gegeben, aber leider noch nicht einmal für Schleswig-Holstein

(Frauke Tengler [CDU]: Falsch, Sie haben nicht zugehört!)

- so ist das bei mir angekommen; dann stellen Sie es richtig -, dann frage ich Sie: Wo waren Sie denn? Ich habe einmal einen Bericht mitgebracht. Es gibt eine gute Öffentlichkeitsarbeit in Schleswig-Holstein im Bereich Sucht, Suchthilfe.

(Holger Astrup [SPD]: Lesen muss man selbst!)

- Man muss sie lesen; das ist richtig. - Die Landesregierung hat - das ist heute schon deutlich geworden - eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, durch die sie versucht, bei diesem sehr schwierigen Thema Öffentlichkeit herzustellen. - Das vorweg.

Nach Ihrem Beitrag, Frau Tengler, erwarte ich natürlich, dass Sie nach der Beratung im Ausschuss einen Antrag vorlegen, der all die Maßnahmen enthält, die Sie eingefordert haben. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Formulierungen. Bezüglich der Forderung etwa, Alkohol am Arbeitsplatz müsse tabu sein, bin ich gespannt darauf, in welchem Gesetz Sie das verankern wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich warte auch gespannt auf Ihren Antrag zu der Förderung, Jugendschutzmaßnahmen zu verbessern und dort für mehr Stellen zu sorgen. Solche Stellen gibt es beim Kreis in Form der Jugendschutzbeauftragten.

Gespannt bin ich auch auf Ihren Antrag zu der Förderung, mehr Stellen zu schaffen. Zunächst war von einer Stelle die Rede, dann aber sprachen Sie von „mehr Stellen“. Es müsste der Opposition möglich sein, das in einen Antrag zu gießen. Dann werden wir uns damit beschäftigen. Ohne Antrag - das sage ich Ihnen auch - kommen Sie nach diesem Redebeitrag hier nicht durch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Alkoholmissbrauch ist eines der größten drogenpolitischen Probleme in unserer Gesellschaft. Die Tatsache, dass Alkohol eine frei verkäufliche, gesellschaftlich tolerierte, wenn nicht gar geförderte Droge ist, verwischt den Problemcharakter, auch wenn Alkoholismus inzwischen klar als Krankheit erkannt ist.

Durch den schleichenden Weg vom „Gläschen in Ehren“ zum Alkoholiker oder zur Alkoholikerin wird das Problem noch immer verharmlost und unterschätzt. Das gemütliche Bierchen beim Grillen, das Gläschen Wein zu einem guten Essen, das Gläschen Sekt als Wertschätzung eines besonderen Anlasses - wir alle kennen es und es ist positiv besetzt.

Wer nicht mit trinkt, muss sich meist dafür rechtfertigen. Oftmals wird versucht, den Enthaltenden doch noch zu überreden. Wer kennt diese Situation nicht? Als Autofahrerin habe ich dann immer noch - so sage ich einmal - eine ganz gute Möglichkeit zu sagen, okay, ich muss fahren. Das ist so mit das einzige Ar-

gument, bei dem dann auch akzeptiert wird, dass man in diesem Moment nicht mit trinkt.

Den Gebrauch von Suchtstoffen gab es in allen Kulturen. Es wäre illusorisch zu glauben, man könne dieses menschliche Bedürfnis durch Verbots- oder Strafsysteme völlig unterbinden. Es kann also nicht um Verbote gehen - weder beim Alkohol noch beim Hirschisch; hier hat die CDU ja eine eigenartige andere Argumentation -, sondern es muss um Prävention gehen. Nicht der Suchtstoff, sondern das **Suchtverhalten** sowie die gesellschaftlichen und individuellen Begleitumstände müssen bei der Präventionsarbeit im Vordergrund stehen.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Deshalb ist es nur bedingt sinnvoll, zwischen harten und weichen, zwischen legalen und illegalen, zwischen guten und schlechten Drogen zu trennen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Die Zielrichtung der CDU-Anfrage, verlässliche Daten und Fakten, aber auch Aussagen über bereits durchgeführte Präventionsmaßnahmen und Erfolge in Schleswig-Holstein zu erhalten, ist richtig. Die vorgelegten Zahlen sind erschreckend hoch. Ich zumindest habe sie in der Antwort der Landesregierung gefunden. Sie anscheinend nicht.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Holger Astrup [SPD] - Widerspruch der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

150.000 Alkoholmissbrauchgefährdete, 50.000 Alkoholranke, 6.000 Jugendliche, die regelmäßig Alkohol konsumieren, 340 Alkoholranke allein in Schleswig-Holstein in ambulanter oder stationärer Behandlung! Nimmt man hinzu, dass 10 bis 15 % der männlichen und 3 bis 5 % der weiblichen Erwerbstätigen alkoholmissbrauchgefährdet sind, so wird das Ausmaß auch des volkswirtschaftlichen Schadens durch Alkoholkonsum - neben den individuellen Tragödien - deutlich. Die Stadt Dortmund beziffert die Kosten, die durch einen alkoholkranken Mitarbeiter entstehen, auf 21.650 DM jährlich.

Schleswig-Holstein hat diese Situation bereits vor Jahren erkannt und versucht, mit vielfältigen Ansatzpunkten gegenzusteuern. 1990 wurde ein Rahmenkonzept zur Suchtkrankenhilfe in der Polizei eingeführt, 1992 die Leitstelle „Suchtgefahren am Arbeitsplatz“ eingerichtet, 1994 wurde die Koordinierungsstelle „Schulische Suchtvorbeugung“ eingerichtet, 1995 eine Personalvereinbarung im Landesdienst getroffen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

1999 werden vom Land 98 regionale Sucht- und Drogenberatungsstellen gefördert. Sucht- und Drogenprävention ist ein Schwerpunkt im Stoffplan für die Grund- und Sekundarstufen an den allgemeinbildenden Schulen und ein zentraler Arbeitsbereich in der Kinder- und Jugendhilfe.

Durch eine Vielzahl von Seminaren, Schulungen, Projekten, Konzepten und Veranstaltungen der oben genannten Stellen sowie vom IPTS und von der Landeszentrale gegen Suchtgefahren ist in Schleswig-Holstein ein effektives Netz für Drogen- und Suchtpräventionsarbeit vorhanden. Wenn Sie dies erweitern wollen, stellen Sie einen Antrag!

Der „Aktionsplan Alkohol“ soll auf Bundes- und Landesebene umgesetzt werden. Die Sozialministerin hat einen Verantwortungsverbund und ein Aktionskonzept gegen Alkoholmissbrauch angekündigt, an dem auch und gerade - damit unterstützen wir die Ministerin sehr - die Alkoholindustrie beteiligt werden muss, da deren wirtschaftliche Interessen mit zur heute diskutierten Problematik beitragen. Das dürfen wir nicht verschweigen; das müssen wir immer sehr deutlich machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Für die Grünen liegt auch künftig der Schwerpunkt in der Präventionsarbeit, wobei stärker als bisher jüngere Altersgruppen angesprochen werden müssen. Das Einstiegsalter für Alkoholkonsum liegt aktuell bei 12,7 Jahren. Meine eigenen Kinder, 11 und 13

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluss, Herr Präsident-, berichten mir immer wieder, dass Zigaretten, dass Alkohol, dass alles dies schon jetzt in ihrem Alter in ihren Klassen eine Rolle spielt. Das ist für mich erschreckend. Insofern ist die Präventionsarbeit absolut nötig. Wir unterstützen sie. Die Landesregierung ist auf einem guten Weg. Dass wir gern mehr Geld in diesen Bereich stecken würden, das können Sie mir glauben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

(Monika Heinold)

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als negative Konsequenzen des missbräuchlichen Alkoholkonsums sind insbesondere hervorzuheben:

1. Jährlich sterben rund 30.000 bis 40.000 Menschen an den Folgen übermäßigen Alkoholkonsums.
2. Alkoholabhängige weisen eine drei- bis vierfache Mortalitätsrate gegenüber der Normalbevölkerung auf.
3. Die volkswirtschaftlichen Folgekosten werden auf einen zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt, der zwischen 30 Milliarden und 80 Milliarden DM liegt.

Vor allem aber: Alkoholmissbrauch zerstört die eigene Existenz, er zerstört die Familien, er führt über kurz oder lang in die soziale Isolation.

Vor diesem Hintergrund möchte ich ausdrücklich betonen, dass sich aus unserer Sicht weder das Thema an sich noch die Antworten auf die Große Anfrage für eine Generalabrechnung mit der Drogenpolitik der Landesregierung eignen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Maßnahmen zur Reduzierung von Alkoholmissbrauch konzentrieren sich bei jeweils unterschiedlicher Ausgestaltung der jeweiligen Programme auf Hilfeangebote für Suchtkranke beziehungsweise Suchtgefährdete sowie präventive Maßnahmen. Hierbei zeigt sich immer wieder, dass die traditionelle Suchtkrankenhilfe folgende Schwachstellen aufweist: Eine große Anzahl von suchtkrankgefährdeten und suchtkranken Personen wird nicht erreicht; die Behandlung von Suchtkranken setzt oftmals ein hohes Maß an Behandlungsbereitschaft und Motivation voraus; zum Teil unzureichende Orientierung am Prinzip der Gemeindenähe, Kooperations- und Koordinationsdefizite verschiedener an der Versorgung Abhängigkeitskranker beteiligter Einrichtungen und Dienste.

Mir haben die Antworten auf die Große Anfrage vor allem gezeigt, dass Wirksamkeit, aber auch Wirtschaftlichkeit der Hilfe entscheidend von der institutionellen Vernetzung der einzelnen Angebote abhängen. Ich bin aber auch der Auffassung, dass der Vernetzungsprozess nicht nur über Gremienarbeit und gegebenenfalls daraus resultierende Kooperationsverträge intensiviert und gesteuert werden kann.

Oftmals dürfte es einfacher sein, wenn sich die beteiligten Einrichtungen oder Dienste zunächst auf den Kooperationsbedarf im Einzelfall konzentrieren und fallbezogene Formen der Zusammenarbeit entwickeln.

Das Werben für die so genannte Punktnüchternheit im Straßenverkehr, bei Schwangerschaft oder am Arbeitsplatz ist unbestritten nötig. Angesichts der Tatsache, dass das Projekt „Gläserne Schule“ den Anteil der 14- bis 21-jährigen Schülerinnen und Schüler, die regelmäßig Alkohol trinken, mit 7,6% aufweist, macht aber deutlich, wo mit der Prävention begonnen werden muss - im Elternhaus. Die Vorbildfunktion der Eltern kann in diesem Fall gar nicht oft genug betont werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Ursula Röper [CDU])

Strategien beziehungsweise Maßnahmen zur Verminderung von Alkoholmissbrauch bereits in jungen Jahren müssen sich daher bei jeweils unterschiedlicher Konzeptionierung sowohl an Eltern als auch an Kinder beziehungsweise Jugendliche richten.

Einige von uns sollten sich auch fragen, ob der erhobene Zeigefinger tatsächlich die richtige Methode ist, Jugendlichen den Umgang mit Alkohol näher zu bringen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Wir dürfen uns doch nichts vormachen, auch wenn wir es gern so hätten: Eine Gesellschaft, die weder trinkt noch raucht oder illegale Drogen konsumiert, wird es nicht geben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Konrad Nabel [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Unser Augenmerk muss sich gerade im Bereich gesellschaftlich akzeptierter Suchtmittel wie Alkohol oder Nikotin auf den missbräuchlichen Umgang konzentrieren.

Ich habe mir bei der Vorbereitung auf die heutige Debatte immer wieder vorgestellt, wir würden diese Debatte im Landtag von Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz behandeln.

(Heiterkeit)

Ich will damit auch deutlich machen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es nicht um das Glas Wein, Sekt oder Bier geht und nach unserer Auffassung auch nicht gehen darf. Mir geht es genauso gegen den Strich, dass diejenigen, die es männlich, spaßig oder auch einfach ganz normal finden, sich auf dem Mün-

chener Oktoberfest bis zur Besinnungslosigkeit zu betrinken, am nächsten Tag gegen diejenigen wettern, die ab und zu einen Joint rauchen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Anke Spoorendonk [SSW])

Das Maß zählt, nicht die Maß.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Ich sage das deshalb, weil ich im Hinblick auf eine Einschränkung der Alkoholwerbung eher skeptisch bin.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig!)

„Rauchen verursacht Herz- und Gefäßkrankheiten. Rauchen verursacht Krebs.“ - Diese und ähnliche Warnhinweise finden wir seit Jahren auf jeder Zigarettenspackung. Trotzdem hat der Tabakkonsum in den vergangenen Jahren nicht signifikant abgenommen und in letzter Zeit steigt er in manchen Bevölkerungsgruppen sogar wieder.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ich teile Ihre Auffassung, Frau Ministerin, dass das positive, sportliche Image so mancher Alkoholwerbung präventiven Maßnahmen nicht eben förderlich ist. Aber ich bin keineswegs sicher, dass diese dadurch leichter würde, wenn statt kerniger Typen, die Whiskey trinken, das Leben zu genießen scheinen, in Zukunft Schnapsleichen auf der Intensivstation für „Jonny Walker“ werben.

(Ministerin Heide Moser: Nein!)

Wesentlich mehr verspreche ich mir davon, wenn endlich in jeder Diskothek beziehungsweise an allen Orten, an denen junge Menschen verkehren beziehungsweise einkehren, Cola und Limonade billiger angeboten werden als Bier.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut! - Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Weder Prohibition noch Phantasiepreise für Alkohol konnten irgendwann an irgendeinem Ort der Welt das Problem Alkoholmissbrauch lösen. Eine Gesellschaft, in der das Glas Rotwein als gesundheitsfördernd akzeptiert wird, hat die Pflicht, Kinder und Jugendliche über die Gefahren des Alkoholkonsums aufzuklären. Zugleich darf der verantwortliche Umgang mit Alkohol auch im Umgang mit präventiven Maßnahmen nicht außer Acht gelassen werden. Sonst machen wir

uns unglaublich. Warum sollten sich junge Menschen nach jemandem richten, dem sie nicht glauben können?

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine reine Frauendebatte! Hat das bei diesem Thema etwas Besonderes?)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei der Kollegin Aschmoneit-Lücke für ihren Beitrag bedanken. Ich fand, es war eine sehr gute und differenzierte Rede.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Alkohol ist ja das am meisten verbreitete Suchtmittel mit Rauschwirkung in unserer Gesellschaft. Man muss den Bereich Sucht natürlich breit angehen. Fast alles kann ja bekanntlich zum Suchtmittel werden. Das Besondere am Alkohol ist jedoch, dass es als eine Art Kulturgut gilt, dass man Alkohol fast überall und jederzeit bekommen kann und dass Alkohol eine große Rolle im öffentlichen und privaten Leben spielt: Vom Sektempfang in der Firma über den Kollegen, der einen ausgibt, bis zur Entspannung nach Feierabend gilt der Konsum von Alkohol als Normalität. Die Grenzen des maßvollen Gebrauchs von Alkohol zum Alkoholmissbrauch sind nicht scharf und können ganz schnell überschritten werden.

Von daher begrüße ich, dass die CDU ganz allgemein nach Alkoholmissbrauch gefragt hat und nicht nur nach Alkoholabhängigkeit beziehungsweise Alkoholismus. Es wäre aber wünschenswert gewesen, wenn die Anfrage der CDU auch darauf eingegangen wäre, dass Alkoholmissbrauch als Massenphänomen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern noch immer nicht genügend bekannt ist. Damit meine ich vor allem die versteckten Formen des Alkoholismus bei Menschen, über die man später oft hört: „Bei dem hätte ich das nie gedacht!“

Theoretisches Wissen über Alkoholismus ist oft vorhanden, aber es fehlt an der Fähigkeit, dieses Wissen im konkreten Fall umzusetzen. Fast jeder Alkoholranke wird versuchen, seine Sucht so lange wie möglich zu verbergen. Die Tarnungsstrategien, die

(Christel Aschmoneit-Lücke)

dabei angewandt werden, sind oft sehr ausgeklügelt, werden aber von Fachleuten und besonders von trunkenen Alkoholikern sofort durchschaut.

Der Einsatz von trockenen Alkoholikern in der Prävention sollte daher verstärkt gefördert werden. Erst wenn alle Tarnung des Alkoholkranken zusammenbricht, besteht eine Chance, dass beim ihm Krankheitsansicht, Behandlungsbereitschaft und Verhaltensänderungen einsetzen.

Verheerend ist die Einstellung vieler Menschen nach dem Motto, „das ist sein Problem - das geht mich ja nichts an“, wenn ein Verwandter, Freund oder Kollege ganz offensichtlich massive Probleme mit Alkohol hat, sich aber noch immer so weit im Griff hat, dass der letzte Anschein der Normalität gewahrt bleibt. Der Bericht verdeutlicht, dass sich im ersten Quartal dieses Jahres 212 Menschen zum Alkoholzug in stationärer Behandlung befanden, aber nur 125 in ambulanter Behandlung. Man muss sich überlegen, ob es möglich ist, diese Zahlen zu ändern. Ambulante Behandlung sollte auch in diesem Bereich vor stationärer Behandlung kommen.

Mit Programmen, die die gesellschaftliche Akzeptanz „Punktnüchternheit“ fördern sollen, ist sicher schon ein Schritt in die richtige Richtung getan. Großen Nachholbedarf sehe ich jedoch in der Einrichtung von spezifischen Therapieangeboten für Jugendliche, erst recht für Jugendliche im ländlichen Raum. Aufklärungskampagnen sind ebenfalls notwendig. Aber sie bringen nur dann etwas, wenn sie auch zielgerichtet sind.

Zum Bereich Werbung ist zu sagen, dass es bedenklich stimmt, wenn eine ganze Gesellschaft mit dem Alkohol lebt, viele Händler und Firmen vom Alkohol leben, aber nicht wenige Menschen am Alkohol sterben. Ich halte Werbung für Alkohol nicht generell für verwerflich, aber es muss auch hier Beschränkungen geben

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und die Dinge müssen beim Namen genannt werden. Also, der „knackige Spaß im Glas“ aus der Werbung ist eben in Wirklichkeit Alkohol, der betrunken macht und kein Jugendelixier mit Schönwettergarantie.

Auch meinerseits ein Dankeschön an die Ministerin, die sich immer wieder den Gesprächen mit der Wirtschaft stellt.

Dass der Bericht den Bereich der Polizei so ausführlich beschreibt, macht mich bedenklich. Stress und Frustration sind als Auslöser von Alkoholproblemen bekannt. Bei der Polizei kommt aber sicherlich noch hinzu, dass die Beamtinnen und Beamten oft Dinge

erleben und sehen müssen, die schwer zu verarbeiten sind. Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, dass es gerade für die Bereiche Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst ganz wichtig ist, dass psychologische Beratung nicht nur in Krisen, sondern allgemein zur Verfügung steht. Ich denke, das ist der richtige Weg. Der Griff zur Flasche wird vor allem dann zur Routine, wenn man über Dinge nicht reden kann. Auch darüber sollten wir uns in Zukunft verstärkt unterhalten.

Insgesamt gilt aber, dass in Schleswig-Holstein sehr viele Initiativen laufen. Die Ausschussberatung sollte sich auch damit befassen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass es sich um ein Wahrnehmungsproblem handelt zu sehen, was im Grunde genommen läuft. Wir sollten uns immer wieder mit der Frage beschäftigen, ob es Verbesserungsmöglichkeiten gibt, ob das, was wir anbieten, zielgerichtet ist. Wir sollten uns im Ausschuss noch einmal mit diesen Fragen befassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Tengler.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie können sofort zum Mittagessen gehen. Ich muss nur zwei Dinge klarstellen.

Frau Heinold, lesen Sie es bitte im Protokoll nach, wenn Sie meiner Rede nicht richtig zugehört haben. Ich habe den Ecstasy-Bericht - ich habe es vermieden, diesen schwierigen Titel auszusprechen - ausdrücklich gelobt. Er ist auf unsere Initiative hin entstanden.

(Holger Astrup [SPD]: Was? Das wüsste ich aber!)

Er ist der Bericht, der die ersten Zahlen aus Schleswig-Holstein liefert.

Frau Heinold, die Zahlen zum Alkoholmissbrauch in Schleswig-Holstein sind von der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren und heruntergerechnet auf Schleswig-Holstein. Dies habe ich gesagt.

Ansonsten bitte ich Sie, es uns zu überlassen, wann wir unsere Anträge stellen.

(Anke Spoorendonk)

Ich muss Ihnen und Frau Müllerwiebus das Vorurteil klauen, dass wir von der CDU Nikotin und Alkohol kleinredeten, nicht anerkannten. Wir haben Nikotin und Alkohol seit Jahren als Suchtmittel erkannt und anerkannt. Es tut mir leid.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was tut Ihnen leid? Das ist doch schön!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin Moser!

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Nach den Beiträgen von Frau Aschmoneit-Lücke, Frau Heinold und Frau Spoorendonk brauche ich nichts mehr zu sagen! Danke!

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das nehmen wir befriedigt zur Kenntnis. Dann unterbreche ich die Sitzung und werde sie um 15:00 Uhr wieder eröffnen.

(Unterbrechung: 13:10 bis 15:00 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor wir wieder in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich die Sitzung neu eröffnen.

Zu Beginn möchte ich gern Gäste auf der Tribüne begrüßen, und zwar Mitglieder der Seniorenpassaktion der Gemeinden Molfsee und Altenholz. Sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Weiter möchte ich darauf hinweisen - das ist Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit ja auch nicht entgegen -, dass wir den Tagesordnungspunkt 12 noch nicht zu Ende behandelt haben. Ich hatte festgestellt, dass die Beratung abgeschlossen ist, aber die Überweisung an den entsprechenden Fachausschuss haben wir bisher formal noch nicht vollzogen. Wer also der beantragten Überweisung an den zuständigen Fachausschuss zustimmen will, den bitte ich um das Handzächen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 23:

Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1998

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2304

Ich erteile zunächst dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Bülck, das Wort.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen heute den Bericht der Landesregierung zur Tätigkeit der **Technologiestiftung** im Jahre 1998 erstatten. Der Bericht zeigt nach meinem Empfinden, dass wir im Jahre 1998 im Bereich der Technologiepolitik ein gutes Stück vorangekommen sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Technologieunternehmen haben sich in unserem Land angesiedelt, haben sich positiv entwickelt und ich glaube, dass man den Eindruck gewinnen kann, dass das, was hier im Bereich der Technologie abläuft, zunehmend auch außerhalb unserer Landesgrenzen zur Kenntnis genommen wird.

Zum Sachbericht! Der schriftliche und der als Anlage beigefügte Jahresbericht der Stiftung liegen Ihnen vor. Danach betrug das Stiftungsvermögen im Jahre 1998 75 Millionen DM. Die Einnahmen beliefen sich auf etwas mehr als 6,5 Millionen DM, die Ausgaben auf 4,6 Millionen DM. Der Überschuss in Höhe von 1,9 Millionen DM beruht auf nicht abgerufenen beziehungsweise nicht ausgeschöpften Projektmitteln und Einsparungen im Verwaltungshaushalt. Diese überschüssigen Mittel wurden wie in den Vorjahren in den Haushalt des kommenden Jahres - also dieses Jahres, 1999 - eingestellt.

1998 wurden 21 Projekte mit rund 2,3 Millionen DM gefördert und drei Aufträge mit einem Gesamtvolumen von rund 99.000 DM vergeben.

Inhaltliche Schwerpunkte der Projektförderung waren die drei Technologiefelder Medizin, Biotechnologie und Sensorik mit nahezu gleicher Gewichtung.

Zur Bewertung der Tätigkeit der Stiftung 1998! Die Stiftung hat ihre Schwerpunkte in der Projektförderung aus meiner Sicht richtig gesetzt. Die drei Technologiebereiche Medizin, Biotechnologie und Sensorik sind von erheblicher wirtschaftlicher Relevanz und haben beträchtliche Entwicklungschancen. Die Konzentration auf diese drei Technologiefelder, für die rund 65% aller Mittel ausgegeben wurden, begrüße ich sehr.

(Frauke Tengler)

Erfreulich ist ebenfalls, dass Multimedia- und Informations- und Kommunikationstechnologien innerhalb der Projektförderung im Jahre 1998 einen sehr hohen Stellenwert genossen haben. Bemerkenswert ist weiter, dass ein deutlicher Rückgang der Förderquote um rund 12 Prozentpunkte auf 52 % stattgefunden hat. Dies dokumentiert, dass uns die verstärkte Kooperationsbereitschaft zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in die Lage versetzt, die Förderquoten leicht zurückzunehmen und damit noch mehr Initialzündungen zu liefern.

(Beifall bei der SPD)

Das Projekt „**Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein**“ konnte 1998 erfolgreich abgeschlossen werden. Das Ziel einer breiteren Aktivierung und der Entwicklung eines strategischen Aktionsplans wurde erreicht. In der Landesinitiative „Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein“ wurden die Aktivitäten 1999 fortgeführt. Bei der Technologiestiftung ist das Servicebüro der Initiative angesiedelt worden.

Wie vom Landtag in seiner Sitzung am 21. Dezember 1998 gefordert, soll die Zusammenarbeit von Technologiestiftung, Energiestiftung, Technologie-Transfer-Zentrale und Investitionsbank noch besser abgestimmt und verstärkt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies war auch ein Ergebnis der Evaluierung des Technologietransfernetzes, die im Februar 1998 abgeschlossen wurde, nachdem die Empfehlung, durch Zusammenschluss von TSH und Technologie-Transfer-Zentrale die Koordination in diesem Bereich zu stärken, nach ausführlicher Diskussion verworfen worden war. Unter aktiver Moderation des Wirtschaftsministeriums werden zurzeit die Gespräche über die engere Zusammenarbeit fortgeführt. Ich bin zuversichtlich, dass wir in wenigen Wochen zu einem befriedigenden Ergebnis kommen werden.

Die Rückführung der 15 Millionen DM aus dem **Stiftungskapital** in den Landeshaushalt wurde Anfang 1999 umgesetzt. Durch die gleichzeitige rechtsverbindliche Zusage der TSH, die Mittel im Rahmen des Programms „Arbeit, Bildung und Innovation“ in zwei Raten in den Jahren 2000 und 2001 wieder zuzuführen, ist der bisherige finanzielle Rahmen der Stiftung auch in der Zukunft gesichert.

Ich begrüße, dass die Stiftung ihr Arbeitsprogramm als „Arbeitsprogramm 1999/2000“ aktualisiert und fortgeschrieben hat. Insbesondere halte ich es für richtig, dass die Aktivierung der Dienstleistungscompetenz der Hochschulen für die Wirtschaft dabei einen sehr hohen Stellenwert erhalten hat.

(Beifall bei der SPD)

Gewonnen hat nach meiner Ansicht auch die Darstellung der Technologiestiftungsaktivitäten. Der Jahresbericht 1998 stellt die geförderten Projekte im Einzelnen dar und bietet eine gute Gesamtübersicht über die Projektförderungsaktivitäten.

In Schleswig-Holstein vollzieht sich zurzeit - und das wird zukünftig noch stärker werden - ein enormer technologischer Wandel. Die neuen Chancen der Informations- und Kommunikationstechnik, der Software-Entwicklung und der Medizintechnik werden von Forschern und Unternehmen im Lande offensiv genutzt. Nachdem diese Erfolgsgeschichten in und aus Schleswig-Holstein immer häufiger auch überregional in den Medien auftauchen, müsste jedem klar sein, dass diese neuen Technologien nicht nur in der Propaganda des Wirtschaftsministers vorhanden sind, sondern dass diese Technologien im Land real vorangetrieben werden und sich neue Unternehmen ansiedeln und Beschäftigung schaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass nicht nur ich es bin, der diesen Wandel über das ganze Land hinweg intensiv wahrnimmt. Deshalb weiß ich, dass das, was uns immer intern und extern vorgeworfen wird - also die Sprüche von Knicks, Kögen, Meiereien und Werften als Technobiegeneratoren in diesem Lande-, sicherlich nicht mehr der Realität entspricht und in einigen Jahren auch überwunden sein wird.

In bestimmten stets technologieintensiven Bereichen der Wirtschaft brummt es, hauptsächlich in den größeren Städten - ich nenne einmal den Speckgürtel von Hamburg, aber auch Lübeck, Kiel und Flensburg-, und das Entwicklungstempo einiger Firmen ist atemberaubend. Es ist manchmal so atemberaubend, dass man sich genötigt sieht, jeden Morgen die Kurve des Neuen Marktes zu verfolgen. Frau Schmitz-Hübsch, Unternehmen, die ihr Umsatzwachstum in Shareholder Capital ausdrücken, sind natürlich diejenigen Unternehmen, die wir uns in Zukunft noch mehr wünschen. Dass man damit auch mal 30 bis 40 % in den Keller gehen kann, ist ein individuelles Risiko. Ich kann nur sagen, das hängt vom Timing ab.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Es gibt aus schleswig-holsteinischer Sicht überhaupt keinen Grund für Minderwertigkeitskomplexe. Was den Standard unserer technologischen Produkte angeht, sollten wir diesen auch in Zukunft nach außen hin gemeinsam loben, das Thema marketingtechnisch aktiv behandeln und damit dazu beitragen, dass allen bekannt wird, dass Schleswig-Holstein der beste An-

(Minister Horst Günter Bülck)

siedlungsstandort für Technologie ist und es auch in Zukunft zunehmend werden wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gerade hier hat die Technologiestiftung als Katalysator dieses Strukturwandels ihre wichtige Aufgabe. Sie betreibt aktiv den Technologietransfer, sie betreibt aktiv den Wissenstransfer aus der Universität in die Wirtschaft, sie treibt uns voran, alle nötigen Schritte in Bezug auf Informations- und Kommunikationsdienstleistungen zu tun, und sie treibt uns auch voran, die neuen Strukturen, die einer Dienstleistungsgesellschaft anstehen, aktiv zu fördern.

Man kann immer sagen, dass man diese ganzen Strukturen verbessern muss. Wir sind dabei. Natürlich müssen wir auch die Kommunikation zwischen Universität und Wirtschaft permanent neu fördern und neu stimulieren, denn dies ist kein zweckfreies Unterfangen. Vielmehr soll **Technologiepolitik** Wirtschaftsförderung mit Weitblick sein. Deshalb werden wir diese innovativen Prozesse weiterhin mit dem Ziel vorantreiben, in Schleswig-Holstein noch mehr Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Technologiefeldern zu erhalten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, ich danke Ihnen für diesen Bericht und eröffne jetzt die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema scheint unheimlich interessant zu sein, denn die ganze Regierung ist nicht dabei. Ich meine, das zeugt nicht dafür, dass Technologie hier in Schleswig-Holstein der wichtige Punkt sein soll.

(Beifall bei der CDU)

Die **Technologiestiftung** hat sich zu dem unkonventionellen Förderinstrument unseres Landes entwickelt, das für eine schnelllebige Wirtschaft notwendig ist. Herr Minister, das muss man feststellen. Das liegt an dem Team, das diese Technologiestiftung betreibt. Herzlichen Dank!

(Beifall im ganzen Haus)

Die CDU-Fraktion unterstützt ohne Wenn und Aber die Aktivitäten der Technologiestiftung. Wir sind damit zufrieden. Diejenigen, die an dem zweiten Weltkongress, der von Herrn Friebe gerade in Lübeck or-

ganisiert wurde, teilgenommen haben, haben gemerkt, welche Bedeutung sich gerade im Zusammenhang mit der Technologiestiftung auch im weltweiten Zusammenhang für unser Land ergeben hat. Herzlichen Dank auch dafür. Herr Friebe, es ist schade, dass dies Ihre Abschiedsveranstaltung war.

(Beifall im ganzen Haus)

Erstmals wurde im Förderprogramm der neue Schwerpunkt Sensorik aufgenommen und ausgewählt. Damit wurde ein Bereich besonders gefördert, der weltweit hohe Wachstumschancen bietet. Das unterstreicht, wie nahe die Technologiestiftung den weltweiten Entwicklungen steht, um die richtigen Akzente zu suchen und um auch für die Zukunft Arbeitsplätze für Schleswig-Holstein zu schaffen.

Ein weiterer Aspekt - Herr Minister Bülck hat dies genannt - ist die weitere Förderung der Medizintechnik und der Biotechnologie. Gerade die Verknüpfung von universitären Forschungsfeldern mit den praktischen Formen der Umsetzung in Marktfähigkeit ist das Entscheidende, das wir brauchen. All dies ist der Technologiestiftung wunderbar gelungen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leistungsfähige Ausbildungsstätten und moderne innovative Industrien müssen in unserem Land ideobegreifende Rahmenbedingungen vorfinden und - wie durch die Technologiestiftung - eine pragmatische Unterstützung erfahren, denn nur damit lässt sich der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein ertüchtigen und es können zukunftssträchtige Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Dies hat die Landesregierung - im Vergleich zu den süddeutschen Ländern - leider sehr spät erkannt. Gerade in der letzten Zeit haben die Bayern ganz erhebliche Milliardenbeträge aus den Verkäufen von Beteiligungen in diesen Bereich gesteckt und das nicht ohne Sinn. Umso unverständlicher bleibt der Sündenfall der Koalition, 1999 aus Haushaltsgründen Mittel aus dem Stiftungskapital abzuziehen. Da erkennt man die Ernsthaftigkeit, die hinter diesem Programm steht.

Jetzt beantragen SPD und Grüne sogar noch eine Ausweitung der Förderbereiche. Man setzt die Sprühdüse auf, statt sich auf die Dinge zu konzentrieren, mit denen die Technologiestiftung gerade ein Beispiel gesetzt hat.

Noch weniger kann uns erfreuen, was die Landesregierung mit den abgezweigten Mitteln - zum Beispiel aus dem Programm „Arbeit, Bildung, Innovation“ -

(Minister Horst Günter Bülck)

geschaffen hat. Schauen Sie in den Haushalt! Der größte Posten ist die Stadtteilsanierung. Da fragt man sich, was hier die dauerhaften innovativen Arbeitsplätze sind. Das sind ganz normale, durch die Steuer zu finanzierende Landesaufgaben. Da gehören sie eigentlich auch hin. Was hat das der Stiftung entzogene Geld mit der Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze, mit Arbeit oder Innovation zu tun? Stadtteile sind ein anderes Problem. Ich habe den Verdacht, dass man mit diesem Stiftungsgeld Investitionen gefördert hat, um die verfassungsgemäße Investitionsquote im Haushalt ein wenig aufzupusten. Das ist traurig.

Herr Minister Bülck, im vergangenen Jahr haben wir Ihnen - so stand es im Protokoll - „Beifall im ganzen Haus“ gezollt für Ihre Ideen, wie man in Schleswig-Holstein innovativ Forschung, Stiftung und alle anderen Institutionen verknüpfen kann, damit die Wirtschaft die notwendigen Impulse bekommt. Wenn Sie ganz ehrlich sind und darauf zurückblicken, was sich im letzten Jahr getan hat, dann müssen Sie doch feststellen, dass das relativ wenig ist. Selbst das, was wir im letzten Jahr beschlossen haben, ist noch nicht einmal umgesetzt. Vielmehr diskutiert man noch. Das ist ein großes Problem.

Wir brauchen eine stärkere Bündelung aller Aktivitäten. Das ist ganz wichtig, aber bis heute hat sich noch nichts getan. Ich habe extra an Existenzgründerseminaren teilgenommen. Die Verwirrtheit ist bei denjenigen, die tatsächlich Existenzgründungen vornehmen wollen, sehr groß. Ein Hinführen zu dem Notwendigen ist nicht gegeben. Dazu kommt natürlich noch der EU-Wirrwarr. Das macht die Probleme groß.

Gerade in diesem Bereich der Wirtschaftspolitik und der Verbindung mit dem, was in Universitäten und Forschungsinstituten geschaffen wird, um es zur Marktfähigkeit zu bringen, gibt es noch viele Dinge, die wir anpacken müssen. Das müssen wir gemeinsam tun. Das ist eine große Aufgabe und wir dürfen uns nicht zur Ruhe setzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Müller.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Vertreter der Mehrheitsfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Jahresbericht der Technologiestiftung in diesem Hause zu sprechen, ist eine dankbare Aufgabe. Die Technologiepolitik dieser Landesregierung - also die Zukunftspolitik unseres Landes - ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der SPD)

Wesentlicher Bestandteil und Motor unseres erfolgreichen Technologietransfersystems ist die **Technologiestiftung** des Landes Schleswig-Holstein. Die Möglichkeit, zielgenau Hochschulkapazitäten für die Wirtschaft nutzbar zu machen, ist umso wichtiger, als unsere schleswig-holsteinische Wirtschaft ganz überwiegend aus kleinen und mittleren Betrieben besteht, die allzu oft über keine eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen verfügen. Die Leistungsbilanz der Technologiestiftung Schleswig-Holstein kann sich sehen lassen. In den vergangenen Jahren wurden in den Technologiebereichen Biotechnologie, Medizin, Sensorik und Messtechnik, Ionik und Dünnschichttechnologie und im Bereich IuK Schwerpunkte gesetzt.

Um Ihnen in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit die Effektivität der Stiftung deutlich zu machen, lassen Sie mich beispielhaft Erfolgskriterien benennen.

Mit zirka 2,6 Millionen DM Fördergeldern der Technologiestiftung konnten in den letzten drei Jahren allein im Bereich der Biotechnologie elf Firmenneugründungen als so genannte Spin-offs - also als Resultate aus Forschungsprojekten - angeschoben werden. Es gibt heute in Schleswig-Holstein 70 Bioforschungseinrichtungen und 210 biotechnologische Unternehmen. Firmenneugründungen sind ein wesentlicher Effekt der Stiftungsarbeit.

Ein weiterer Erfolg ist die Mobilisierung von Drittmitteln durch Stiftungsanreize. So konnten zum Beispiel im Projekt „Schulen ans Netz“ mit 500.000DM der Stiftung 1,5 Millionen DM Geld- und 2,5 Millionen DM Sachspenden aus der Wirtschaft akquiriert werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit nur 125.000 DM Fördermitteln konnte die EU dazu bewegt werden, im Rahmen des Projekts „Virtuelle Hochschule“ 42 Millionen DM nach Lübeck zu geben.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Vor allem aber sichern und schaffen die Initiativen der Technologiestiftung **Hightech-Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein. Die mutige Vorreiterrolle, die die TSH im Bereich der Ionik, also der Grundtechnologie für neue Energiespeicherformen gespielt hat, zahlt sich jetzt aus. Die Betriebsgründung im ISiT in

(Uwe Eichelberg)

Itzehoe wird allein zirka 150 Arbeitsplätze neu schaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder nehmen Sie das Beispiel der Firma Basler Vision Technologie in Ahrensburg, die auch verschiedene, diverse Angebote des Landes genutzt hat. 1988 mit zwei Mitarbeitern in Lübeck gegründet, bietet das Unternehmen heute zirka 250 Arbeitsplätze.

Wir wissen sicher, dass in den letzten fünf Jahren im Hightech-Bereich durch Fördermaßnahmen direkt 3.055 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden. Wir wissen, dass 1.447 Arbeitsplätze in den Technologiezentren des Landes neu geschaffen wurden. Die Technologiestiftung rechnet mit zirka 9.000 vorhandenen Arbeitsplätzen, die durch Förder- und Entwicklungsmaßnahmen gesichert werden konnten. Eine wahrlich stolze Bilanz!

(Beifall bei der SPD)

Über das Absenken der Förderquote hat sich der Wirtschaftsminister hier schon geäußert. Auch das ein beachtlicher Tatbestand!

Vor dem Hintergrund dieser überzeugenden Bilanz hat unserer besonderer Dank einem Mann zu gelten, der in diesem Jahr letztmalig den Bericht der Technologiestiftung zu verantworten hat. Ich spreche vom Direktor der Technologiestiftung, Herrn Klaus Peter Friebe.

(Beifall)

Er leitet die Stiftung seit ihrer Gründung vor bald neun Jahren und geht im kommenden Jahr in den „Ruhestand“ - ein Begriff, der gerade zu ihm gar nicht passen will. Mir fallen andere Begriffe ein, die für ihn charakteristischer sind: Kompetenz, Kommunikator, Querdenker und kreativer Unruhestifter. Wer weiß, wie schwer es dem Stiftungsrat fällt, einen geeigneten Nachfolger zu finden, weiß, wen wir verlieren. Vielen Dank, lieber Klaus Peter Friebe, für neun Jahre erfolgreiche Arbeit!

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Vor dem Hintergrund dieser Erfolge wundert es nicht, wenn der Herausgeber der Fachzeitschrift „Elektronik-Praxis“, Herr Wiesböck, in der September-Ausgabe seiner Publikation im Editorial schreibt:

„Der Norden Deutschlands und allen voran Schleswig-Holstein entwickelt sich mit viel Elan und ganz gezielten Fördermaßnahmen zu einem potenten Hightech-Standort, der sowohl die traditionellen Unternehmen als auch junge Elektronikfirmen rapide wachsen läßt.“

Der in unserem Lande hoch angesehene Unternehmer Theo Dräger fasst die Situation am 27. September 1999 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ sehr treffend zusammen:

„Unternehmerische Eigeninitiative, ein systematisches Wissensmanagement und die Etablierung eines effektiven Netzwerkes, das den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, den Universitäten, Instituten und Fachhochschulen im Lande fördert, stellt eine Basis für den Standorterfolg des Nordens dar.“

Eindeutige Worte. Meine Damen und Herren von der CDU-Opposition, lassen Sie mich dem abschließend zwei Zitate Ihres Spitzenkandidaten gegenüberstellen. Herr Rühle sagt:

„Die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung sind sauschlecht in Schleswig-Holstein.“

(Claus Ehlers [CDU]: Da hat er Recht!)

„Das Land ist technologisch auf dem Weg auf das technologische Abstellgleis.“

Lieber Claus Ehlers, ist es Ihnen nicht peinlich, wenn Ihr Spitzenkandidat unser Land wider besseres Wissen schlechtredet?

(Glocke des Präsidenten)

Oder weiß er es womöglich nicht besser?

(Zurufe von der CDU)

Kommt das dabei heraus, wenn man auswärtige Politiker, die Land und Leute nicht kennen und vielleicht auch gar nicht richtig kennen lernen wollen, auf ihrer Karriereleiter in unserem Land zwischenparken will?

(Zurufe von der CDU)

Lieber Herr Kayenburg, Sie haben es heute schon zitiert: Ein Schuft, wer Schlechtes dabei denkt!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Immer wenn man im Lande Schleswig-

(Klaus-Dieter Müller)

Holstein innovative Einrichtungen besucht oder mit Hochschulen über ihre Vorzeigeprojekte redet, passiert das Gleiche: Nach einiger Zeit fällt der Name von Klaus Friebe und der Technologiestiftung und man erfährt, dass sie wesentlichen Anteil daran haben, dass es das Projekt gibt.

Das war auch der Grund dafür, dass ich mich im letzten Jahr zusammen mit dem Kollegen Müller von der SPD-Fraktion vehement gegen eine Auszehrung der **Technologiestiftung** gestellt habe. Das ist der Grund dafür, dass sich die Grünen gegen die Verringerung des **Stiftungskapitals** um 15 Millionen DM gewandt und schließlich erreicht haben, dass der Betrag der Stiftung im Rahmen des Programms „Arbeit, Bildung, Innovation“ in zwei Raten wieder zugeführt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Das ist gut so und wir freuen uns, dass die erste Rate im nächsten Haushalt steht.

Auch für das Jahr 1998 bleibt festzustellen: Die Technologiestiftung ist eine flexible und effektive Institution zur Stärkung der wirtschaftsnahen Forschung und der Innovationskraft der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Mit einem kleinen Stab gelingt es der TSH immer wieder, neue Projekte auf wichtigen Innovationsfeldern auf den Weg zu bringen. Weil meine Vordredner bereits darauf eingegangen sind, verzichte ich darauf, auf den Bericht im einzelnen einzugehen. Ich hoffe, dass ihn alle gelesen haben.

Wir stehen einer Zusammenführung der Technologiestiftung mit der Energiestiftung offen gegenüber, für die aus grüner Sicht durchaus einiges spricht. Hier warten wir auf Aussagen der Landesregierung auf die von uns gestellten Fragen. Ich würde mir übrigens wünschen, dass auch wir so viel Geld hätten und eine Viag verkaufen könnten wie Bayern. Das fände ich klasse; das würde ich sofort reinstopfen. Das haben wir aber leider nicht. Wir müssen uns mit dem begnügen, was wir als Land haben, und damit ist eine ganze Menge gemacht worden.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers
[CDU])

Eine Zwischenbemerkung: Es ist natürlich falsch, dass das größte Projekt im ABI die Stadtsanierung ist. 1% von ABI geht in die Stadtsanierung. Es gibt wesentlich größere Projekte, gerade im Bereich der innovativen Technologien. Das können wir im Einzelnen erläutern. Wenn Bedarf besteht, rede ich dazu gern in einem Dreiminutenbeitrag.

Zum Schluss möchte ich auf ein Projekt eingehen, das mir als Mitglied des Lenkungsausschusses naturgemäß

besonders am Herzen liegt, die Arbeit in dem EU-Projekt RISI - Regional Information Society Initiative - und der daraus erwachsenen Initiative **„Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein“**. Schleswig-Holstein ist eine der ausgewählten Modellregionen der Europäischen Union für den Weg in die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Bernd Schröder
[SPD])

In neun Handlungsfeldern wurden über 200 Projektideen erarbeitet und ein einmaliger Kommunikationsprozess organisiert. Von den Landfrauen über die Kirchen, von den Kommunalverwaltungen bis hin zu den Umweltverbänden, von den Museen bis hin zu den Industrie- und Handelskammern fand ein Brainstorming-Prozess quer durch das ganze Land statt. Eine der Veranstaltungen hieß zum Beispiel - das fand ich besonders nett -: Gott im Internet.

Auf Basis dieser Vorschläge ist nun die Initiative **„Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein“** gestartet worden. Sie dient dazu, dass die vielen Projekte nicht in der Schublade bleiben, sondern nun umgesetzt werden können. Da geht es um Projekte wie „Kommunalverwaltung online“, also das Rathaus für den Bürger übers Netz präsent und nutzbar zu machen. Da geht es natürlich um das Thema „Schulen ans Netz“, aber auch darum, kleine und mittlere Unternehmen ans Netz zu bringen, eine Initiative für kleine Betriebe. Vor zwei Wochen erzählte mir ein Unternehmer über Aufträge im Internet, die er plötzlich aus Japan bekommen habe. Es geht um einen landesweiten Kulturserver ebenso wie um ein Informationssystem für Bürger und Fachleute zum ökologischen, Ressourcen sparenden Bauen. Es geht um ein Krankenhauspatientensystem ebenso wie um die „Virtuelle Fachhochschule“- um nur eine kleine Auswahl dessen zu nennen, was zurzeit in Arbeit ist.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass Schleswig-Holstein mit dieser Initiative ganz vorn ist. Wer die Entwicklung der **Informations- und Kommunikationstechnologien** in Schleswig-Holstein auch nur bereit ist wahrzunehmen, der muss zugeben, dass hier Erstaunliches geschaffen wird. Wenn wir heute in Schleswig-Holstein bereits 5.000 Firmen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien haben, dann zeigt das deutlich, welcher Strukturwandel stattfindet. Wenn nun ein Hamburger Bundestagsabgeordneter nach Schleswig-Holstein kommt und erzählt, er wolle auch mal etwas in die

(Karl-Martin Hentschel)

sem Bereich tun, dann stelle ich fest, dass der Mann gar nicht weiß, wo er ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der hat doch schon die technische Entwicklung bei der Bundeswehr verschlafen mit unsinnigen Milliardeninvestitionen in Großgeräte, die seit Ende des Kalten Krieges schon längst keinen Sinn mehr ergeben!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ingrid Franzen [SPD])

Und nun kommt er und will uns etwas über Computer erzählen! Nanü, nana. Ist der auch schon aufgewacht? - Nein danke. Wir Grüne haben hier schon lange bewiesen, dass wir technisch auf dem modernsten Stand sind.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lachen bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Lieber Herr Kayenburg, grüne Wählerinnen und Wähler sind dreimal so viel im Internet wie CDU-Wähler.

Schleswig-Holstein hat unter Rot-Grün einen Modernisierungsschub erfahren. Da brauchen wir keine schwarze Bremse.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss. - Auch ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders bei Klaus Friebe und seinem Team für die phantastische Arbeit bedanken, auch bei Staatssekretär Bernd Rohwer, der diesen Prozess damals als Abteilungsleiter in der Staatskanzlei unermüdlich vorangetrieben und koordiniert hat. Ohne sie wären wir heute nicht so weit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alle Jahre wieder - keine Angst, ich werde keine Weihnachtslieder singen - kommt der Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Technologiestiftung und alle Jahre wieder kommt bei mir Ärger hoch. Ich habe mir

wirklich ernsthaft überlegt, ob ich hier nicht noch einmal genau dieselbe Rede halten soll wie im letzten Jahr. Ich bin sicher, Sie hätten es nicht gemerkt, wenn ich die Beispiele einfach weggelassen hätte.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das liegt auch daran, dass Sie nicht gemerkt haben, was in diesem Jahr passiert ist!)

- Herr Kollege Hentschel, lassen Sie mich doch bitte einmal ausreden! Sie haben vielleicht noch nicht gemerkt, dass es sich um den **Bericht der Landesregierung zur Technologiestiftung** über deren Tätigkeit handelt, nicht etwa um den Bericht der Technologiestiftung selbst. Was ich hier vermisste - dies habe ich schon in den letzten Jahren immer vermisst-, ist, dass die Landesregierung diesen wunderbaren Bericht der Technologiestiftung, den wir alle ja gemeinschaftlich ganz hervorragend finden, nicht einfach vorlegt, sondern dass die Landesregierung Auskunft darüber erteilt, was aus den Projekten geworden ist und wie die Tätigkeit der Technologiestiftung aussieht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Denn schließlich handelt es sich bei den Geldern, die dort ausgegeben werden, immer noch um das Geld des Landes.

Herr Minister, dass Sie sich hier heute hingestellt und gesagt haben, Sie begrüßten die Aktivitäten und fänden das alles ganz toll, reicht mir schlicht und einfach nicht aus, wenn Sie nicht gleichzeitig sagen, welcher Erfolg damit verbunden ist. Der Herr Kollege Müller hat das Gott sei Dank nachgeholt. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das getan haben. Sie haben in der Tat Zahlen genannt und konkrete Erfolge der Technologiestiftung beziehungsweise deren Tätigkeit aufgezeigt. Ich finde das in Ordnung. Das allerdings hätte ich mir von dem Minister für Wirtschaft und Technologie erhofft.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich kann auch die Technologiestiftung, die allseits gelobt wird - ich komme gleich auch auf den Direktor der Technologiestiftung zu sprechen -, nicht eine hundertprozentige Trefferquote der **Projekte** garantieren. Das erwartet auch niemand. Aber ich erwarte Auskunft darüber, wo **Erfolge** erzielt wurden und wo möglicherweise **Miss-erfolge** zu verzeichnen sind.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Technologiestiftung im abgelaufenen Jahr war das Projekt RISI. Der

(Karl-Martin Hentschel)

Evaluationsbericht ist genau so, wie er eigentlich nicht sein sollte.

Der Gutachter mit dem sehr wohlklingenden Namen Nicolas-H. Gangas, ein ausgesprochen netter Herr, der sich hier in Schleswig-Holstein wirklich eingesetzt hat - ich hatte das Vergnügen, ihn persönlich kennenzulernen -, Emeritus im Fach Physik, ist der Schöpfer solcher wunderbarer Sätze wie - das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten; ich darf zitieren -:

„Zu guter Letzt sollte auch angemerkt werden, dass der ausgearbeitete strategische Algorithmus das Ergebnis angestrebten Nachdenkens über den Entwurf eines Strategie- und Aktionsplans zur Beschleunigung des Entwicklungstempos der Region Schleswig-Holstein in Richtung Informationsgesellschaft darstellt.“

(Heiterkeit)

Wer bekommt schon von einem Gutachter bescheinigt, dass das Arbeitsergebnis nicht etwa im lockeren Diskurs entwickelt wurde? Nein, hier ist es das Ergebnis „angestrebten Nachdenkens“. In allem Ernst, meine Damen und Herren: Die Wortmächtigkeit von Herrn Professor Gangas in Ehren, aber eine Nummer kleiner hätte es auch getan.

Auch ohne Sprachgebirge sind die Ergebnisse vorzeigbar. Ein Blick hinter die Sprachfassade von Strategie- und Aktionsplänen, Bottom-up-Ansatz oder Dialogprojekt offenbart ganz handfeste Ergebnisse. Zum Beispiel bestand die **Aktivierungsstrategie** - wie man unschwer den im Anhang abgelegten Zeitungsartikeln entnehmen kann - zu einem Teil in Internet-Schnupperkursen für Senioren. Das Augenmerk liegt zurzeit auf der Frage, wie der heranwachsenden Generation der Umgang mit den neuen Medien näher gebracht werden kann. Dass auch ältere Menschen auf diese Entwicklung vorbereitet werden müssen - ich zum Beispiel -, ist den meisten entgangen. Ich danke der Technologiestiftung, dass sie auch diesen Bereich der Bevölkerung noch anspricht.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Ich kann eben deshalb nicht verstehen, aus welchem Grunde diese Erfolge hinter hochtrabenden, pseudophoretisierenden Beschreibungen versteckt werden. Gleiches gilt für die Feststellung, dass ein Ergebnis des Projekts darin bestand, einen Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Akteuren zu organisieren. Es würde schon ausreichen, wenn einfach akzeptiert würde, dass die Politik manches nur begleiten, moderieren, die Entwicklung hemmen oder fördern kann. So hat sich Schleswig-Holstein ganz ohne Aktionsplan schon längst auf den Weg in die **Informationsgesellschaft**

gemacht. Aufbruch, eine Kultur des Wandels, Risikobereitschaft sind nicht zu verordnen, weder durch EU-Projekte noch durch Berichte der Landesregierung. Das Internet ist das beste Beispiel. Es hat sich ganz ohne die Politik als dezentrales, anarchisches und trotzdem funktionierendes Netz entwickelt. Vorangetrieben hat diese Entwicklung eine Kraft, die in der Politik Souverän heißt und in der Wirtschaft Kunde - die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Herr Präsident, lassen Sie mich zum Abschluss auch von meiner Seite noch einmal Herrn Direktor Friebe herzlich für seine Tätigkeit danken. Ich hoffe, dass die Technologiestiftung einen Nachfolger finden wird, der ähnlich chaotisch-kreativ ist wie der derzeitige Direktor.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Technologiestiftung Schleswig-Holstein erfüllt weiterhin eine wichtige Rolle, insbesondere als Einrichtung, die die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Wirtschaft durch Technologietransfer fördert und voranbringt. Um neue Märkte zu erschließen oder sich auf alten zu behaupten, müssen die Unternehmen ständig neue und immer hochwertigere Produkte herstellen. Deshalb kommt der Vermittlung von neuem Wissen in allen Bereichen große Bedeutung zu. **Technologietransfer von der Wissenschaft zur Wirtschaft** wird insbesondere auch für kleinere und mittlere Unternehmen immer wichtiger werden. Dazu gehört, dass der Austausch zwischen Forschung und Technologieentwicklung auf der einen und der mittelständischen Wirtschaft auf der anderen Seite gefördert wird. Dazu ist es wichtig, dass vom Land her gezielt Projekte unterstützt werden, um in wichtigen Schwerpunktbereichen neue Erkenntnisse zu gewinnen und zu vermitteln. In diesem Kontext hat die Technologiestiftung zusammen mit der Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein und den vielen Technologiezentren in allen Regionen des Landes ihren Beitrag erbracht.

Es war natürlich bedauerlich, dass Anfang 1999 das **Stiftungskapital** der Stiftung um 15 Millionen DM reduziert wurde. Der SSW unterstützt daher in diesem Zusammenhang, dass der Stiftung verbindlich zugesagt wurde, diesen Betrag im Rahmen des Programms

(Christel Aschmoneit-Lücke)

„Arbeit, Bildung und Innovation“ in zwei Raten schnellstmöglich wieder zuzuführen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich freue mich darüber, dass im Haushaltsentwurf 2000 jetzt die erste Rate eingestellt ist. Denn für eine funktionsfähige Stiftung, zur Erfüllung des Stiftungszwecks und zur Finanzierung möglichst vieler zukunftsweisender Projekte ist langfristig ein Stiftungskapital von 75 Millionen DM unabdingbar.

Aus dem Jahresbericht geht hervor, dass 1998 von der Stiftung über 20 Projekte gefördert worden sind, die zu einem unmittelbaren Technologietransfer in dem bearbeiteten Bereich geführt und somit auch direkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt haben. Gefördert wurden vor allem Projekte in den zukunftssträchtigen Bereichen Medizin, Biotechnologie und Sensorik. Dabei ist es wirklich zu begrüßen, dass die Förderquote der Projekte erneut zurückgegangen ist.

Auch bei der **Gestaltung der Informationsgesellschaft** ist sie initiativ geworden und hat im Rahmen der Initiative „Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein“ dazu beigetragen, dass ein landesweit erarbeiteter Strategie- und Aktionsplan verabschiedet worden ist. Wenn man bedenkt, wie wichtig die Dynamik und Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologie für die Entwicklung unseres Landes ist und welchen Einfluss dieser Bereich auf unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit hat, ist es nur natürlich, dass die Stiftung auch in diesem Bereich tätig wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ein von der Stiftung in Auftrag gegebenes Gutachten über die - ich habe mir auch die Sprache dieses Gutachtens zu Gemüte geführt - „Evaluierung des Technologietransfernetzes Schleswig-Holstein“ wurde im Februar 1999 abgeschlossen. Die Gutachter hatten unter anderem die Notwendigkeit einer stärkeren **Koordination und Vernetzung der Aktivitäten** gefordert. Dies ist nun - wie ich denke - vielleicht etwas voreilig verworfen worden. Aus Sicht des SSW sollten wir uns aber überlegen, ob nicht doch verstärkt Modelle der direkten Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich des Technologietransfers möglich sein könnten.

Nördlich der Grenze - ich komme einmal wieder mit dem Beispiel - hat man sehr gute Erfahrungen mit den so genannten Forscherparks gemacht, die es in jeder größeren Universitätsstadt gibt. Diese Forscherparks sind so organisiert, dass es eine sehr enge Verzahnung zwischen Hochschulleitung, Studierenden und Wirtschaft gibt - auch rein physisch, denn die Unternehmen sind oft direkt auf dem Gelände der Universitäten angesiedelt. Die vielen in den Forscherparks entstandenen Unternehmen und deren Ergebnisse sprechen für sich.

In Schleswig-Holstein gibt es Beispiele ähnlicher Kooperationsmodelle - nicht zuletzt in Kiel-, dennoch ist noch vieles verbesserungswürdig. Letztlich geht es aber oft auch um Berührungsängste zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft. Hier würde ich mir wünschen, dass man von beiden Seiten offener miteinander umgehen würde, um ohne Vorurteile zum Wohle unserer Gesellschaft zusammenzuarbeiten.

Eine letzte Bemerkung - nicht als Ritual gedacht, sondern ich meine es wirklich -: auch meinerseits ein großes Dankeschön an Herrn Direktor Friebe! Was er für den Technologiestandort Schleswig-Holstein geleistet hat, kann sich nicht nur sehen lassen, sondern war auch immer so unbequem, dass er wirklich etwas bewegt hat. Vielen Dank an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Damit haben wir die Rednerliste abgearbeitet. Ich schließe die Beratung. Ein Antrag ist nicht gestellt worden - das ist richtig. - Dann ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“

(Unruhe)

- Herr Abgeordneter!

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung. Wir haben eben gerade vereinbart, mit der Beratung des Landeswasserschutzgesetzes wäterszumachen!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Es wäre gut gewesen, wenn mir das rechtzeitig mitgeteilt worden wäre.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

(Anke Spoorendonk)

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2437

Das Wort zur Begründung erteile ich dem Herrn Minister für Umwelt, Natur und Forsten.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf zeigt, dass es möglich ist, Genehmigungspflichten zurückzuführen, dass es möglich ist, Genehmigungspflichten zu streichen, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, ohne - das betone ich - dass es zur Senkung von Umweltstandards kommt.

Gleichzeitig kann durch diesen Gesetzentwurf eine Landesverordnung - nämlich die Indirekteinleiter-Verordnung - aufgehoben werden. Damit wird den Modernisierungszielen der Landesregierung entsprochen. Ich begrüße es ganz nachdrücklich, dass die Vorstellung der Kommunen durch die enge Beteiligung der kommunalen Landesverbände in Fragen der Funktionalreform in weiten Teilen in den Entwurf eingearbeitet werden konnten.

Beispielsweise ermöglicht es die Novelle den Gemeinden, künftig selbst zu entscheiden, ob statt einer zentralen Entsorgung mit kommunalen Einrichtungen eine **Niederschlagswasserbeseitigung** durch Versickerung möglich ist. Entsprechende Regelungen können hierzu in der Abwassersatzung getroffen werden. Das Land kann im Rahmen einer Verordnung Anforderungen an die Herkunft und die Beschaffenheit des Niederschlagswassers und der dazugehörigen Anlagen regeln. Auch die wasserrechtlichen Zulassungsverfahren für Abwasseranlagen werden zurückgefahren.

Eine Planfeststellungspflicht besteht in Zukunft nur noch für größere Kläranlagen, die übrigen unterliegen nur noch einer Genehmigungspflicht. Andere Abwasseranlagen wie Kanalnetze, Vorbehandlungsanlagen oder Sammler sind künftig genehmigungsfrei.

Die so genannten **Indirekteinleiter** - also diejenigen, die ihre Abwässer nicht in Gewässer, sondern in Kanalnetze einleiten - sollen künftig von den Gemeinden und nicht mehr von den Kreiswasserbehörden genehmigt und überwacht werden. Die Anforderungen des kommunalen Satzungsrechtes des staatlichen Wasserrechtes können dann von einer einzigen Behörde umgesetzt werden. Damit wird gerade in diesem wichtigen Bereich ein entscheidender Beitrag zum Abbau

von Bürokratie und zur Beschleunigung von Verwaltungsverfahren geleistet.

Der Landesverband der Wasser- und Bodenverbände und auch der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag haben in der Vorbereitung dieses Gesetzentwurfs vorgeschlagen, den Gemeinden die Möglichkeit zu eröffnen, die **Aufgaben der Abwasserbeseitigung auf die Wasser- und Bodenverbände** übertragen können mit der Folge, dass dann diese Verbände zuständig sind. Anstelle der Gemeinden sollen die Verbände die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Verantwortung in vollem Umfang, das heißt einschließlich der gesamten Satzungs- und Beitragshoheit übernehmen.

Daher sieht der Entwurf neben einer Änderung des Landeswassergesetzes auch eine Änderung des Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz vor. Dieses zusammengenommen ist eine deutliche Form der Deregulierung, die in der Substanz greift und nicht nur oberflächlich und den Wasser- und Bodenverbänden eine neue Aktionsmöglichkeit gibt.

Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der diese Modernisierungsaspekte - den Abbau von Bürokratie und einzelnen Verordnungen - real ermöglicht.

Der Entwurf des Landeswassergesetzes ist damit ein ganz wichtiger Beitrag zur **Modernisierung der Umweltgesetzgebung**. Er ist eine gelungene Synthese hinsichtlich der notwendigen Anforderungen an einen wirksamen Umweltschutz. Diese Qualität wollen wir nicht reduzieren, sondern wir wollen eine effiziente und kundenorientierte Verwaltung, die möglichst schlank ist. Dieser Gesetzentwurf leistet gerade in dieser Richtung eine ganze Menge. Ich bitte daher um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf nach Abschluss der Ausschussberatungen.

Eine Anmerkung gestatten Sie mir bitte noch: Wegen der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, ist der ganze Bereich des Hochwasserschutzes, der in diesem Gesetz auch geregelt wird, hier nicht intensiv zu diskutieren. Da freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss über diesen Punkt. Ich hoffe, dass wir sachlich darüber diskutieren werden. Insgesamt ist es nach meiner Meinung eine gelungene Leistung von Verwaltungsmodernisierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Storjohann das Wort.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Gero Storzjohann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Novellierung des Landeswassergesetzes erfolgt aus zwingenden Notwendigkeiten zur Anpassung, die durch Bundesgesetzgebung und EU-Recht bedingt sind. Zugleich wird versucht - und das ist gut so -, Vereinfachungen vorzunehmen und den Kommunen mehr Kompetenz zu geben. Im Prinzip begrüßt die CDU-Fraktion Ihr Bemühen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Donnerwetter!)

Aber bei genauerer Betrachtung, liebe Frau Kollegin, kommen wir natürlich durchaus zu kritischen Stellungnahmen, die es zu vertiefen gilt. Wir können hier nicht alle ansprechen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Schade!)

Da aber immer mehr Gemeinden nach Alternativen zur Erfüllung der Aufgabe der **Pflicht zur Abwasserbeseitigung** in eigener Trägerschaft suchen, wird in §31 die Möglichkeit eröffnet, diese Aufgabe auch auf **Wasser- und Bodenverbände** zu übertragen. Das ist ein Anfang, den wir begrüßen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Aber das ist aus unserer Sicht nur ein Trippelschritt. Ich wünsche mir nämlich wesentlich mehr Freiheit für die Kommunen, die sagen könnten: Ja, wir wollen diese Aufgabe auch auf private Dritte übertragen dürfen. Das wäre dann zum Beispiel eine GmbH in hundertprozentigem Eigentum einer Stadt. Warum eigentlich nicht? Warum nicht die große Lösung?

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Es kann ja nicht die befürchtete mangelnde Qualität der Rohrleitungen sein. Wir wissen doch alle, wie defekt einige Rohrleitungen in kommunaler Trägerschaft in den letzten Jahren gewesen sind und dass wir sehr viel Nachholbedarf haben. Die Art der Betriebsform garantiert noch lange keine Umweltstandards. Deshalb unsere Forderung: Die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf Dritte muss möglich sein.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Bisher war für die Trinkwasserversorgungsunternehmen eine Untersuchung der Beschaffenheit des zur Trinkwasserversorgung gewonnenen **Wassers**, des so genannten Rohwassers, vorgeschrieben. Auch für die Abwasserentsorgungsunternehmen ist es selbstverständlich, dass sie am Anlagenauslauf die Ablaufwerte zu messen und deren Einhaltung anhand der vorgeschriebenen Werte zu kontrollieren haben.

Mit dem neuen § 85 a hingegen werden eine Messung und Überwachung der Auswirkungen auf die Gewässer und ihre Umwelt gefordert. Die neue Verpflichtung zur Selbstüberwachung umfasst aber weitere Bereiche, nämlich das benutzte Gewässer, die Menge und Beschaffenheit des benutzten Wassers sowie des entnommenen Rohwassers einschließlich des Wassers im Einzugsgebiet. Wasser im Einzugsgebiet ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der sehr weit gefasst ist. Da haben wir enormen Nachfragebedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit der Ausdehnung des Überwachungsumfangs werden nach unserer Auffassung die Pflichten, die jeder Gewässerbenutzer zu erfüllen hat, weit überschritten. So ist es fraglich, ob beispielsweise eine Deponie in der Nähe einer Wasserentnahmestelle vom Wasserversorgungsunternehmen statt vom Deponiebetreiber überwacht werden muss. Das gilt insbesondere dann, wenn es sich um eine Altdeponie handelt, bei der ein Deponiebetreiber gar nicht mehr existiert. Es hat also den Anschein, dass das Land staatliche Überwachungsaufgaben und die damit verbundenen Kosten auf die Wasserbenutzer, also die Allgemeinheit und den Gebührenzahler, abwälzen will. Das wollen wir so nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU)

Durch die beabsichtigte Änderung der §§ 57 bis 59 werden die Vorländer seewärts der Landesschutzdeiche **Überschwemmungsgebiete**. Dies hätte unter Berücksichtigung der Verbotsregelung in § 58 erhebliche Konsequenzen. Der Minister konnte darauf aus Zeitgründen nicht eingehen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Wollte er nicht!)

Auf diese Konsequenzen weist der Marschenverband eindringlich hin. Zum Beispiel dürfte dann der Abgrenzungsraben zwischen Nationalpark und 150-m-Streifen nicht mehr unterhalten werden, zumal es auch verboten wäre, in Überschwemmungsgebieten die Erdoberfläche zu erhöhen oder zu vertiefen. Dies würde entsprechend für sämtliche für unbedingt erforderlich gehaltene Entwässerungseinrichtungen im Deichvorland gelten. Im Zusammenhang mit der Beratung des Nationalparkgesetzes wurde immer wieder der Vorrang des Küstenschutzes hervorgehoben. Um dies eindeutig und für alle erkennbar zu dokumentieren, sollten wir das auch in das Gesetz hineinschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Das waren einige wenige Bemerkungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetz-

zes. Wir werden ihn im Ausschuss noch intensiv beraten.

(Beifall bei der CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jacobs das Wort.

Helmut Jacobs [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Datum vom 30. September wurde der Regierungsentwurf zur Änderung des Landeswassergesetzes veröffentlicht. Heute erfolgt die erste Lesung dieses Entwurfs.

Die positiven Seiten des Gesetzentwurfs hat der Minister bereits hervorgehoben. Herr Storjohann hingegen ist mehr auf die Seite eingegangen, die negativ zu sein scheint. Ich werde hierauf noch eingehen.

Die meisten der im Entwurf vorgesehenen Änderungen führen zu erheblichen Verbesserungen. Durch die Änderung in § 10 beispielsweise treten bei einer Gewässerbenutzung **Verfahrensvereinfachungen** dadurch ein, dass zwischen einfachen und gehobenen Erlaubnissen unterschieden wird. Durch die vorgesehene Regelung in § 31 a wird den Gemeinden künftig die Möglichkeit gegeben, in der Abwassersatzung vorzuschreiben, dass das Niederschlagswasser auf dem Grundstück, auf dem es anfällt, zu versickern hat. Durch die Neuregelung in § 33 wird den Gemeinden die Genehmigungspflicht für Einleitungen in öffentliche Abwasseranlagen übertragen. Die Gemeinde soll darüber hinaus für die Überwachung zuständig sein.

Eine entscheidende Änderung tritt durch die Neuregelung des § 35 ein. Es wird dereguliert, indem insbesondere Genehmigungs- und Anzeigepflichten gestrichen oder reduziert werden. So soll zum Beispiel die Erlaubnispflicht für das Einleiten von Niederschlagswasser unter bestimmten Voraussetzungen entfallen. Außerdem wurde die Schwelle für die Planfeststellungspflicht von Kläranlagen erheblich angehoben.

Die Genehmigungspflicht für Kanalnetze und für Abwasserbehandlungsanlagen soll sogar ganz entfallen.

Die vorgesehenen Änderungen werden von den Verbänden, mit denen ich bisher gesprochen habe, sehr begrüßt. Vermutlich haben wir mit den gleichen Verbänden gesprochen; denn die Kritikpunkte, die die Verbände zu einzelnen Punkten angeführt haben, haben Sie bereits genannt.

Ich begrüße es, dass die Landesregierung aufgrund der Anhörung der Verbände zum Referentenentwurf bereits Korrekturen vorgenommen hat. Herr Storjohann, Sie sind auf die §§ 57 bis 59 eingegangen, in denen

bestimmte Verbote und Beschränkungen in **Überschwemmungsgebieten** geregelt werden. Der Marschenverband, von dem Sie gesprochen haben, befürchtet, dass es Probleme mit den Vorländern seawärts der Landesschutzdeiche geben könnte, weil dort keine baulichen Maßnahmen vorgenommen werden dürften. Andererseits sagt der Marschenverband, die Ausnahmeklausel sei nicht ausreichend, und fordert, in das Gesetz zumindest hineinzuschreiben, dass eine Ausnahme dann erfolgen solle, wenn es im öffentlichen Interesse liege.

(Martin Kayenburg [CDU]: Recht hat er!)

Diese Forderung ist in den Regierungsentwurf aufgenommen worden. Lesen Sie den Entwurf einmal genau durch. Das steht drin, was ich toll finde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herausragendes Ergebnis der Anhörung der Verbände zum Referentenentwurf ist, dass der Gesetzentwurf nunmehr die Möglichkeit vorsieht - das ist bereits angesprochen worden-, die bisher ausschließlich von den Gemeinden wahrgenommene **Aufgabe der Abwasserbeseitigung auf Wasser- und Bodenverbände** zu übertragen. Dies ist eine seit langem erhobene Forderung des Gemeindetages.

Diese Möglichkeit, die ich als herausragend ansehe, geht einigen Verbänden jedoch nicht weit genug. Sie streben - auch das haben Sie gesagt, Herr Storjohann - eine Übertragung auf private Dritte an. Mit diesem Begehren werden wir uns im weiteren Verlauf der Gesetzesberatung noch beschäftigen müssen. Ich meine, wir sollten darüber diskutieren und uns nicht heute schon einseitig festlegen, was die CDU aufgrund des Applauses meiner Ansicht nach schon getan hat.

Durch die im Gesetzentwurf vorgesehene Öffnung werden den Wasser- und Bodenverbänden neue Betätigungsfelder und neue Einnahmemöglichkeiten eröffnet. Die Geräte und das Personal können effektiver eingesetzt werden, wodurch die Abwasserbeseitigung sicherlich preiswerter wird. Ich halte den Gesetzentwurf für bürger-, kommunal- und umweltfreundlich. Durch ihn wird insbesondere die kommunale Ebene gestärkt.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das ist auch im Sinne der Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsunternehmen.

(Gero Storjohann)

Ich bitte um Überweisung des Gesetzentwurfs an die zu beteiligenden Ausschüsse unter Federführung des Umweltausschusses.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswassergesetzes wird nicht nur der Anpassungsnotwendigkeit aufgrund von Bundes und EU-Recht gefolgt, sondern es wird in der Tat ein nicht geringer **Beitrag zur Funktionalreform und zur Reduzierung der Regelungsdichte** geleistet.

Unsere Fraktion hat zu diesem Gesetzesvorhaben inzwischen eine Reihe von Stellungnahmen und Änderungsvorschlägen erhalten, die selbstverständlich in die Beratung einfließen werden. Ich habe mir noch nicht zu allen Punkten eine abschließende Meinung gebildet. Ich hoffe, die CDU hat dies auch noch nicht getan. Insofern freue ich mich auf die tiefer gehenden Beratungen im Ausschuss.

Bei der Analyse des Gesetzentwurfs der Landesregierung fällt eine ganze Reihe kleinerer, aber auch - der Minister führte das aus - sehr großer Erleichterungen für die Verwaltung und die Bürger auf, was zu einer deutlichen Entschlackung führt. Zu nennen sind die durch die Änderungen in § 10 geschaffenen Erleichterungen hinsichtlich der Erlaubnis. Dieser Paragraph bezieht sich im Wesentlichen auf § 7 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes. Wenn man § 7 des Wasserhaushaltsgesetzes liest, dann sträuben sich einem die Haare. Auch da könnte man zumindest verbal erheblich entschlacken. Man ist als Volksvertreter zum Teil ganz schön überfordert, zum Beispiel wenn es da heißt - Herr Präsident, ich zitiere -:

„Die Erlaubnis kann für ein Vorhaben, das nach § 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt, nur in einem Verfahren erteilt werden, das den Anforderungen des genannten Gesetzes entspricht.“

(Thomas Stritzl [CDU]: Typisch Trittin!)

Donnerwetter, ich bin tief beeindruckt!

(Thomas Stritzl [CDU]: Typisch für Sie!)

Man könnte also auch im Bundesrecht ein bisschen rumholzen.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Umso befriedigender ist es, dass wir uns mit der ansehenden Novellierung anschicken, jedenfalls unser Gesetz, das sich in unserem Zugriff befindet, einfacher, verständlicher und schlanker zu formulieren.

In § 14 Abs. 3 bedarf es in Zukunft nicht mehr einer revierbezogenen Verwaltungsvorschrift für kleine Fahrzeuge ohne Motorkraft. In § 29 entfällt die Anzeigepflicht für die Wasserversorgung nach dem hier vorliegenden Landeswassergesetz, da die Entnahme entsprechend in der Trinkwasserverordnung geregelt wird, die in den Fachbereich der MAGS fällt - die im Moment nicht so aufmerksam lauscht. Insofern ist die Wasserentnahme weiterhin ordnungsgemäß geregelt. Wir brauchen schließlich nicht mehrere Gesetze zur Regelung ein und desselben Sachverhalts.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU] - Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

In § 35 wird die Größe von Anlagen, die ein **Planfeststellungsverfahren** erforderlich machen, deutlich erhöht. Diese Regelung ist nicht unumstritten. Das wissen wir alle. Wir werden im Ausschuss sorgfältig darüber diskutieren. Ich sage nur so viel: Wir haben einen hohen Erfüllungsgrad. In praxi wird die eine oder andere Regelung wenig Auswirkung haben. Wir haben es bei Großanlagen eher mit Nachbesserungen zu tun, wenn dort Änderungen anliegen. Ob man die immer einem Planfeststellungsverfahren unterziehen muss, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Insofern schließe ich mich mit den Regelungen, die getroffen werden sollen, in der Intention dieses Gesetzes voll an. Wir werden das im Ausschuss intensiv beraten. Die Verbände, die sich kritisch geäußert haben, werden noch einmal Gehör finden.

In § 33, in dem es um indirekte Einleitungen geht, gibt es erhebliche Erleichterungen. Das ist gut so. Ob die generelle Verlagerung der Genehmigung auf die Gemeinde in jedem Fall sinnvoll ist oder ob man nicht besser zu einer differenzierten Lösung kommen muss, möchte ich im Ausschuss mit den Fachleuten diskutieren. Wenn ein Prüfzeichen für Anlagen vorhanden ist, kann das auf die Gemeinde verlagert werden. Das ist die große Masse der Fälle. Ist eine ingenieurmäßige Beurteilung der Fälle erforderlich, sollte man das vielleicht doch im Verband bei der unteren Wasserbehörde belassen, die in der Regel über das qualifiziertere Fachpersonal verfügt. Auf Gemeinde-

(Helmut Jacobs)

ebene gehört zum Personal in der Regel nicht unbedingt ein Wasserbauingenieur.

Die Finanzpolitiker kennen die Berichte des Landesrechnungshofs mit der Problematik der Regenrückhaltebecken. Das ging in der Presse rauf und runter. Ich möchte an dieser Stelle nicht darauf eingehen. In § 21 geht es um die Frage der Erlaubnisfreiheit, die sicherlich unschädlich ist, wenn die Regeln der Technik eingehalten werden. Aber: Anlagen, die behandeln, reinigen, versickern oder einleiten, sind in der Regel nicht normiert und eine Anzeige im Nachhinein ist erforderlich; so schreibt es das Gesetz ja vor. Da stellt sich die Frage, ob eine Genehmigung im Vorhinein nicht doch die bessere Lösung ist. Ich will im Ausschuss die Frage beantwortet haben, was ist, wenn doch Mängel diagnostiziert werden. Sind Auflagen zur Nachbesserung überhaupt möglich? Sind an dieser Stelle nicht Konflikte zwischen Einleitern und Wasserbehörden programmiert?

Dem Ansinnen der **Wasser- und Bodenverbände**, sich auf dem Gebiet der Abwasserbehandlung betätigen zu können, wurde durch eine Änderung des Ausführungsgesetzes zum Wasser- und Bodenverbände-gesetz entsprochen. Herr Storjohann, das finden wir - wie Sie - gut. Wir wollen in diesem Bereich auch gern offen Möglichkeiten der Privatisierung diskutieren. Das sind einige Punkte, die wir sorgfältig erörtern sollten.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! - Für die Mehrheit der Kollegen hier im hohen Haus ist das Thema Wasser, wie wir es im Rahmen dieser Gesetzesnovelle zu diskutieren haben, sicherlich ein trockener Stoff. Daher komme ich zum Ende. Ich freue mich auf die Befassung im Ausschuss mit den Fachleuten der Fraktionen. Insgesamt begrüßen wir diese Novelle, die in vielen Punkten bei sachgerechter Regelung eine erhebliche Reduzierung des Regelungsgehalts verspricht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der sachkompetenteste Beitrag! - Minister Rainer Steenblock: Na, na, na!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte dem Kollegen Matthiessen eindeutig widersprechen. Ich kann nicht sehen, dass ein Gesetz zur

Änderung des Landeswassergesetzes eine trockene Angelegenheit sein soll; es handelt sich um einen absolut nassen Gesichtspunkt. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Heiterkeit - Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ich möchte Ihnen in einem anderen Punkt widersprechen. Sie sagen, dass das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes schwer formuliert sei. Ich halte den Satz, den Sie vorgelesen haben, für durchaus einleuchtend. Wenn Sie diese Formulierung mit der vergleichen, mit der Sie gestern das Nationalparkgesetz noch befrachtet haben, kann man feststellen: Sie war um einiges schwieriger formuliert. Das als kleine Anmerkung!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Minister, in einem kann ich Ihnen zustimmen: Ich freue mich ebenfalls auf die Beratungen. Ansonsten teile ich einen großen Teil der Bedenken, die Herr Storjohann hier vorgetragen hat.

(Beifall bei der CDU)

Deregulierung, Streichung oder Rückführung von Genehmigungspflichten, Vereinfachungen und Beschleunigungen von Verwaltungsverfahren, Stärkung der Aufgabenkompetenz auf der kommunalen Ebene, das sind Stichpunkte, die man durchaus mit Teilen des Gesetzentwurfs verbinden kann und denen wir zustimmen. Das ist ein guter Ansatz. Ich frage mich nur, warum er erst jetzt erfolgt. Einiges hätte schon längst geregelt werden können. Wasserverbände haben seit langem darauf aufmerksam gemacht, dass die alten Regelungen schwierig geworden sind. Heute sollen wir den großen Wurf in Sachen Landeswassergesetz feiern. Für meine Begriffe ist das ein bisschen spät.

(Zuruf von der SPD: Es ist nie zu spät!)

- Herr Jacobs, für Sie mag es nie zu spät sein! Andere sind etwas ungeduldiger und nicht ganz so lammfromm, wie Sie das sind.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Finden Sie, dass das MUNF zu wenig Gesetze produziert?)

- Manche produziert das MUNF zur falschen Zeit! Es ist immer eine Frage des Zeitpunktes. Das von gestern brauchten wir nicht, das von heute hätten wir drei Jahre früher gebraucht. So einfach ist das.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Thomas Stritzl [CDU]: Wie sie es machen, sie machen es falsch!)

(Detlef Matthiessen)

Der Entwurf setzt im Wesentlichen Bundesrecht und Europarecht um. Dies ist zum Teil seit geraumer Zeit vorgegeben. Die Sechste Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes datiert bereits vom November 1996. Die europarechtlichen Vorgaben sind nicht weniger alt. Der Anpassungsbedarf besteht, er wird von uns anerkannt, und wir müssen diese Gesetzesänderung jetzt durchführen.

Im Grundsatz befürworten wir wichtige beabsichtigte Änderungen im Landeswassergesetz wie im Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz. Im Einzelnen werden wir uns über verschiedene Änderungsvorschläge unterhalten müssen. Wir begrüßen die Möglichkeiten zur **Privatisierung**. Wir sind in wesentlichen Punkten nicht festgelegt.

Es gibt zwei Aspekte, die noch nicht genannt worden sind, auf die ich eingehen möchte. Das ist die Frage der Umlage des Unterhaltungsaufwands. Mir - wie sicherlich auch Ihnen - liegt eine ganze Reihe von Stellungnahmen vor, in denen beklagt wird, dass trotz der Novellierung des Landeswassergesetzes keine Regelung vorgesehen ist, die eine gerechte Umlegung der Unterhaltskosten im Rahmen der Unterhaltungspflicht von Gewässern gewährleistet. Ich beziehe mich dabei auf die nach der letzten Novellierung des Landeswassergesetzes eingeführte Einstufung und Handhabung der öffentlichen Entwässerungsanlagen, die zu sehr stark unterschiedlichen finanziellen Flächenbelastungen innerhalb der Wasser- und Bodenverbände geführt haben. Ich meine, zu Recht beklagen die Verbände sich daraus ergebende Ungerechtigkeiten.

Bei Ihnen allen ist sicherlich der Tauchsportverband vorstellig geworden.

(Zurufe der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Wir sollten darüber beraten und fragen, ob 2.500 Taucher im Land darauf angewiesen sind, jedes Mal extra Genehmigungen zu beantragen.

(Konrad Nabel [SPD]: Machen wir gern!)

Ich glaube, dass man da zu einer Deregulierung kommen kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Regelungen zur Beseitigung von Niederschlagswasser werden von der F.D.P. grundsätzlich begrüßt. Es ist ein fälliger Schritt, die Beseitigung von **Niederschlagswasser** nicht stets zwingend in kommunalen Entsorgungseinrichtungen durchführen zu müssen, sondern eben auch eine Versickerung des Nieder-

schlagswassers auf dem Grundstück zuzulassen, sofern dies möglich ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da geht es nur um die Genehmigung, nicht um den Träger!)

- Richtig! Ich fasse zusammen: Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da das Landeswassergesetz zum letzten Mal 1991 geändert wurde und es mittlerweile zu Änderungen im entsprechenden Bundes- und EU-Recht gekommen ist, besteht jetzt auch beim Landeswassergesetz die Notwendigkeit einer Anpassung. Hinzu kommt, dass das Landeswassergesetz mittlerweile durch weitere Änderungen eine Fassung erhalten hat, sodass es auch aus Deregulierungs- und Verfahrensgründen vernünftig scheint, hier zu einer Novellierung zu kommen.

Aufgrund der Tatsache, dass immer mehr Gemeinden nach anderen **Organisationsformen zur Abwasserbeseitigung** streben, ist es begrüßenswert, dass die Landesregierung die Anregungen von Gemeinden und Wasserverbänden aufgegriffen hat und sowohl das Landeswassergesetz als auch das Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz dahin gehend ändern will, dass künftig Alternativen bei der Abwasserbeseitigung in den Gemeinden möglich sein sollen.

Das zeigt wieder einmal, wie wichtig die im Vorfeld durchgeführten Anhörungen bei einer Gesetzesänderung sind. Daher begrüßt der SSW auch die vorgesehene Änderung.

Vorhin wurde gesagt, die Materie sei doch ein bisschen trocken. Ich möchte anmerken, dass wir dann ja auch eine andere Art von Stellungnahme bekommen haben. Genau wie die Kollegin Happach-Kasan habe ich mir vorgenommen, auch noch einmal kurz auf das Anliegen des Landesverbandes der Tauchsportler einzugehen. Das ist ja keine exotische Angelegenheit. Für die Menschen, die diesem Sport nachgehen, ist es schon eine ganz wichtige Geschichte.

Aus der Stellungnahme geht hervor, dass das Sporttauchen an eine Ausübung in Oberflächengewässern gebunden ist, jedoch sieht die derzeitige Rechtslage das Sporttauchen nicht als Gemeingebrauch vor, weil

(Dr. Christel Happach-Kasan)

das Sporttauchen nicht als Unterfall des Badens zählt.
- So steht es hier wirklich.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Typisch deutsch!)

Das hört sich recht technisch an. Damit ist genau das gemeint, was die Kollegin Happach-Kasan ansprach. Ich hoffe, dass wir im Ausschuss darüber Einigkeit erzielen werden, dass für die Sporttaucher jetzt auch eine Änderung ansteht.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Gero Storzjohann [CDU])

Den Sporttauchern entstehen ja dadurch Nachteile gegenüber anderen sportlichen Betätigungen, die im Rahmen des Gemeindegebrauchs gestattet sind. Da es sich bei der Aufzählung der unter **Gemeindegebrauch** aufgezählten Tätigkeiten im Wesentlichen um ganz traditionelle Betätigungen handelt, die auf das preußische Wassergesetz zurückzuführen sind - so heißt es in der Stellungnahme -, halte ich - wie gesagt - eine Auffrischung dieses Paragraphen für angebracht.

Die durch die Novellierung vorgesehene Vereinfachung und Beschleunigung der wasserrechtlichen Genehmigungs- und Erlaubnisverfahren für Gewässerbenutzungen sowie bei Zulassung von Abwasseranlagen halten wir ebenfalls für begrüßenswert.

Ebenso begrüßt der SSW, dass die wahrgenommenen Aufgaben der Wasserbehörden der Kreise und der kreisfreien Städte künftig auf die Kommunen übertragen werden sollen, um somit die Aufgabenkompetenz der Kommunen zu stärken.

Für uns alle stellt dies ein Stück Verwaltungsmodernisierung dar, die wir im Sinne der Bürgerinnen und Bürger nur befürworten können.

Also mehr dazu im Ausschuss!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Umweltausschuss zu überweisen. - Soll der Gesetzentwurf allein dem Umweltausschuss überwiesen werden?

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Mitberatend Agrarausschuss! - Helmut Jacobs [SPD]: Sowie Innen- und Rechtsausschuss und Wirtschaftsausschuss!)

- Mitberatend dem Agrarausschuss, Innen- und Rechtsausschuss, Wirtschaftsausschuss und federführend Umweltausschuss?

(Zurufe)

- Das ist mir zunächst einmal so vorgetragen worden.

(Konrad Nabel [SPD]: Federführend dem Umweltausschuss, mitberatend auf jeden Fall dem Innen- und Rechtsausschuss, weil es um kommunale Fragen geht!)

- Okay, den Innen- und Rechtsausschuss hatte ich ja schon genannt. Noch einmal die Frage: Soll der Gesetzentwurf auch an den Agrarausschuss überwiesen werden?

(Zurufe: Ja! Ja!)

- Wenn ich es jetzt richtig sehe, ist beantragt worden, den Gesetzentwurf federführend dem Umweltausschuss, mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss sowie dem Agrarausschuss zu überweisen.

(Helmut Jacobs [SPD]: Und dem Wirtschaftsausschuss!)

- Und auch dem Wirtschaftsausschuss. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 16 und 33 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Bericht über die Tätigkeit von Sekten**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2431

b) Tätigkeit von Sekten in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2441

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann erteile ich zum Bericht der Landesregierung der Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute den dritten Sektenbericht für Schleswig-Holstein vor. Damit setzen wir die Reihe der alle zwei Jahre erscheinenden **Sektenberichte** fort. Im April, bei der Berufung des neuen Sektenbeauftragten, hatte ich Ihnen angekündigt, dass der diesjährige Bericht erst im Herbst erscheinen werde. Fairerweise mussten wir dem neuen Amtsin-

(Anke Spoorendonk)

haber einige Monate Zeit geben, um sich in die Materie einarbeiten zu können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Sie haben damals sehr viel Verständnis dafür gehabt. Dass die Frau Abgeordnete Röper Ende September den längst überfälligen Bericht angemahnt hat, hat uns natürlich dazu gebracht, uns damit sofort im Kabinett zu beschäftigen und Ihnen heute den Bericht vorzutragen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Punktgenau! - Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

- Ja, wir tun immer das, was das Parlament sagt!

Im Mittelpunkt steht eine Übersicht über die Tätigkeit von Sekten in den Jahren 1997 bis 1999. Während dieses Zeitraums ist die Anzahl der in Schleswig-Holstein auffälligen Gruppierungen zurückgegangen. Ihre Aktivitäten in Schleswig-Holstein sind entweder erlahmt oder überschaubar. Verbindungen zu anderen Ländern sind gut dokumentiert. Der Bericht fällt deshalb in diesem Jahr schlanker aus als seine beiden Vorgänger.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei stellen sich wichtige Entwicklungen auf dem Gebiet der Sekten und Psychogruppen dar und setzen sie in Zusammenhang mit den bisherigen bundesweiten Aktivitäten. Für die **Scientology-Organisation** wird noch einmal auf den Kabinettsbeschluss vom 2. Februar dieses Jahres verwiesen. Damals wie heute hält Schleswig-Holstein eine Beobachtung von Scientology durch den Verfassungsschutz für nicht nötig. Diese Auffassung wird im Übrigen auch vom schädenden Leiter des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen, Dr. Baumann, geteilt, der bis jetzt ein eifriger Verfechter der Beobachtung gewesen war, und zwar mit der Begründung, dass es sich durchaus bei den Scientologen um eine streng hierarchische, durch Ideologie geprägte ökonomische Organisation handelt, dass aber nicht nachzuweisen sei, dass sie die freiheitlich demokratische Grundordnung in Deutschland grundsätzlich in Gefahr brächten.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Damit wäre eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein sowieso nicht möglich. Sie ist auch nicht nötig.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

In den Berichtszeitraum fiel außerdem die Arbeit der Enquetekommission des Bundestages „so genannte Sekten und Psychogruppen“. Die Ergebnisse werden ausführlich dargestellt und um zusätzliche Stellungnahmen angereichert. Dabei ist ein wesentliches Ergebnis des Enqueteberichtes, dass die Quantitäten der Aktivitäten von neuen **religiösen Gruppen** und **Psychokulten** überschätzt worden seien. Von einzelnen Gruppen jedoch kann immer noch ganz konkret die Gefahr für die eine oder für die andere oder für kleine Gruppen ausgehen. Für diese Opfer der Sekten und Psychogruppen muss es auch weiterhin Hilfe und Beratung geben, weil man diese Menschen in ihrer Angst und Bedrohung nicht allein lassen kann.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Beim Aufbau knüpft die Informations- und Dokumentationsrolle an den vorherigen Sektenbericht an und schreibt ihn also insoweit fort; an einigen Stellen wurden jedoch neue Schwerpunkte gesetzt. Dazu zählt zum Beispiel eine rechtliche Betrachtung der Sektenszene von Professor Ralf Abel, der bereits gutachterlich für die Landesregierung und für andere öffentliche Stellen tätig geworden ist.

Eine wesentliche Änderung ist auch die Aufnahme von Gastbeiträgen, die auch künftig die Berichte der Landesregierung ergänzen sollen, um möglichst die Chance zu nutzen, einem breiten Spektrum von Sachverständigen zu hören, gegenseitig bewerten zu können und nicht immer nur die Meinung eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppen darzustellen, sondern auch zu sehen, wie das in der Gesellschaft insgesamt aufgenommen wird.

In diesem Jahr macht der alte und die neue Beauftragte für Sekten und Weltanschauungsfragen in der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche den Anfang. Wir haben dem nach über 20-jähriger Tätigkeit ausscheidenden Pastor Detlef Bendrath aus Lübeck ebenso um einen Beitrag gebeten wie seine Nachfolgerin und seinen Nachfolger Frau Dr. Gabriele Lademann-Priemer und Herrn Jörn Möller.

Bei der Sacharbeit wird in den letzten Monaten des Jahres 1999 ein Schwerpunkt im Bereich der Aufklärung über so genannte Endzeitgruppen liegen. Sekten wie die esoterisch-okkulte Ufo-Sekte Matharia in Eekernförde nutzen den bevorstehenden Jahreswechsel und die damit verbundenen emotionalen Unsicherheiten in der Bevölkerung aus, um intensiv um neue Mitglieder zu werben.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Anfang September hat der Sektenbeauftragte zu diesem Thema eine Veranstaltung organisiert, an der alle Gruppen und Institutionen teilgenommen haben, die in Schleswig-Holstein und in Hamburg an der Sektenarbeit beteiligt sind. Darüber hinaus häuften sich in den letzten Jahren Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die gern wissen wollen, ob ein Angebot, eine Gruppe oder ein Unternehmen mit einer Sekte im Zusammenhang steht. Meistens handelt es sich um Anbieter, die zu den so genannten Strukturvertrieben gehören. Das sind hierarchisch aufgebaute Vertriebssysteme mit zweifelhaften Methoden zum Vertrieb von Finanzdienstleistungen, Büchern und anderen Artikeln, die wirklich aber auch gar nichts damit zu tun haben, Menschen ihr seelisches Leid zu erleichtern oder ihnen durch den Tag zu helfen.

Rund 100 besorgte Bürgerinnen und Bürger fragen zurzeit jeden Monat bei der **Informations- und Dokumentationsstelle** nach und erkundigen sich über diese Systeme. Zu diesen relativ neuen Phänomenen besteht ein starker Informationsbedarf, wie wir festgestellt haben. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium die Unternehmen daraufhin untersucht, ob sie Gefahren für den in der Organisation tätigen Verkäufer oder für den Verbraucher darstellen, weil uns der Sachverstand der in der Wirtschaft tätigen Menschen da zum Teil weiter hilft als vielleicht Überlegungen, welche theologischen Maßnahmen ergriffen werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt dabei keine generelle Warnung, sondern nur gewissenhafte Einzelfallbewertungen. Hier befinden wir uns auf einer Gratwanderung, denn wir müssen uns darüber klar sein, dass der Fall, dass jemand um einen so genannten **Commercial-Kult** herum Geld zu verdienen versucht, von reiner Wirtschaftskriminalität abgegrenzt werden muss, wobei den Menschen das Eine ja offen stehen mag, das Andere aber nicht möglich ist.

In diesem Graubereich hat sich eine interministerielle Arbeitsgruppe, die die sektenpolitische Arbeit in Schleswig-Holstein koordinieren soll, sehr bewährt. Zusätzlich findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen dem Sektenbeauftragten und verschiedenen Arbeitsgruppen statt. Die einzelnen Gruppen sind Ihnen zumeist bekannt; sie können gern bei unserem Sektenbeauftragten nachgefragt werden. Auf jeden Fall sind die Jugendschutzbeauftragten des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte wie auch der Sektenbeauftragte in diese Arbeit eingebunden.

Die Landesregierung hat am 31. August dieses Jahres beschlossen, die Informations- und Dokumentations-

stelle „Sekten und sektenähnliche Vereinigungen“ für die Dauer von zwei Jahren weiterzuführen. Danach müssen wir allerdings prüfen, ob es noch weiterhin einer staatlichen Informationsstelle bedarf. Ohne eine gesicherte Entwarnung werden wir den Sektenbeauftragten auf keinen Fall abschaffen, aber wir werden ihn auch nicht nur deshalb behalten, weil wir ihn einmal angeschafft haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen im Moment davon aus, dass auch in Zukunft eine sorgfältige Beobachtung notwendig ist, und vor allem auch davon, dass die **Psychogruppen** mehr an Boden gewinnen könnten, sodass wir in diesem Punkte noch nicht Entwarnung geben können. Aber die Warnungen, die wir noch vor Jahren aussprechen mussten, haben sich in der Zwischenzeit durchaus entspannt.

(Holger Astrup [SPD]: Zum Glück!)

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der dritte Sektenbericht der Landesregierung liegt uns heute vor; deshalb ist unser Antrag Drucksache 14/2431 erledigt.

Wir lesen im Vorwort des Sektenberichts, dass im Mittelpunkt der Betrachtungen eine Übersicht über die Entwicklung der Tätigkeit von Sekten von 1997 bis 1999 steht. Aber diese Entwicklung ist zum Teil nur sehr rudimentär aufgezeigt, denn mittlerweile sind drei Jahre ins Land gegangen, ohne dass für Schleswig-Holstein konkrete Auffälligkeiten und mögliche Gefährdungen für Bürgerinnen und Bürger aufgezeigt werden. Stattdessen werden viele der sektenähnlichen Gruppierungen in zum Teil gleichen Formulierungen wie im Bericht vom Jahre 1997 beschrieben,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch erfreulich, oder nicht?)

ohne dass darauf eingegangen wird, welche konkreten Ausweitungen in unserem Land erfolgt sind, worauf die Bevölkerung zu achten hat, wie diese Organisationen werben und arbeiten und welche Erkenntnisse über die inneren Strukturen dieser Organisationen

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

vorliegen. Ich möchte das an einigen Beispielen deutlich machen.

Die Brahma-Kumaris-Guru-Sekte hat nach eigenen Angaben jetzt rund 300.000 so genannte „Studierende“. Auch wenn Ihnen, Frau Fröhlich, der Begriff vielleicht nicht bekannt ist - diese Sekte existiert mittlerweile in erheblichem Umfang in Deutschland.

(Holger Astrup [SPD]: Wir haben das Ding auch gelesen!)

1997 waren es noch 150.000 Mitglieder - also hat es seitdem eine Verdoppelung der Mitgliederzahl gegeben -, und 1997 gab es drei Brahma-Kumaris-Yoga-Schulen in Schleswig-Holstein. 1999 sind es bereits fünf Schulen. Ich denke, daraus sollte man eigentlich einige Folgerungen ziehen, denn ich kenne mittlerweile einige Familien, die davon sehr stark betroffen sind. Deshalb müsste man sich auch überlegen, wie sich angesichts der Verdoppelung der Mitgliederzahl die Entwicklung in Schleswig-Holstein darstellt und welche Maßnahmen möglicherweise zu ergreifen sind.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das etwas Gefährliches?)

Was tut zum Beispiel die ID-Stelle zur Information auch von Printmedien, die in ihrem redaktionellen Teil für Veranstaltungen dieser Gruppierung werben? So geschehen vor kurzem in Flensburger Zeitungen!

Der Bruno-Gröning-Freundeskreis als Heilungsbewegung hat laut Bericht etwa 30.000 Anhänger in Deutschland mit diversen Anlaufstellen in Schleswig-Holstein. Aber wo diese Anlaufstellen in unserem Land sind, wie viele Mitglieder bei uns vermutet werden und wie die Entwicklung verläuft - auch darüber liest man in dem Bericht nichts.

Die UFO-Sekte „Metharia“ - Sie haben sie eben angesprochen - mit angeblicher Übertragung von Heilenergie scheint vermehrt Zulauf zu haben. Aber auch hier werden keine Zahlen genannt und es existieren mittlerweile Kindertagesstätten mit Spielplätzen sowie Alten- und Behindertenpflegeunterkünfte dieser Organisation. Da frage ich: Welche Kinder und Menschen sind in diesen Stätten, wie wird dort gearbeitet, welche **Gefährdungen** liegen vor, wie informiert die Landesregierung über diese obskure Gruppe und wer schützt die Kinder vor den Praktiken dieser UFO-Sekte?

Und was ist zum Beispiel aus der Klage des Kreises Rendsburg-Eckernförde von 1997 gegen diese Gruppierung wegen des Verdachts der unerlaubten Ausübung der Heilkunde geworden? Auch darauf gibt der Bericht keine Antwort.

Zum Beispiel der Text über die Gruppierung „Oase“ im Kreis Ostholstein ist wortwörtlich der Text von 1997. Schon damals wurde auf eine geplante Erweiterung des Zentrums und auf die Einrichtung einer spirituellen Schule hingewiesen. Auch hier findet man kein Wort zur aktuellen Entwicklung, kein Wort zum Stand dieses Zentrums!

Ein weiteres Beispiel ist schließlich die Neuoffenbarungsbewegung „Universelles Leben“. 1997 wurden noch rund 5.000 Mitglieder für Deutschland angegeben, jetzt sind es - laut Bericht - bereits 40.000. Ich frage: Wie sehen die Entwicklungen in Schleswig-Holstein aus? Welche vermuteten oder bekannten Zahlen gibt es hier?

Zu der Osho-Bewegung wurde 1997 darauf verwiesen, dass diverse Schüler dieser Gruppe in Gesundheitsberufen in Schleswig-Holstein tätig sind. Auch hierzu würde mich die Entwicklung in den letzten drei Jahren interessieren.

Drei Jahre sind auch ins Land gegangen, ohne dass zum Beispiel bei der so genannten Drogen-Rehabilitation Narconon, einer Unterorganisation der Scientologen, wesentliche Fortschritte erzielt wurden. Ich möchte wissen, ob dort auch Minderjährige dem scientologischen Psychotraining ausgesetzt sind und wer dieses Haus in Itzehoe kontrolliert.

Interessieren würde mich auch, wie im nordschleswigschen Bjerndrup weiter verfahren wird, wo Kinder deutscher Scientologenern „beschult“ werden, die dort vermittelten Kenntnisse aber nicht solche Kenntnisse sind, die in staatlichen Schulen vorausgesetzt werden. Die so genannten Zeugnisse dieser Schulen werden weder in Dänemark noch in Deutschland anerkannt. Wie ist also die rechtliche Grundlage hinsichtlich der Schulpflicht dieser deutschen Kinder zu sehen? Welches mögliche Vorgehen gegen die Eltern wäre denkbar?

Alle diese Punkte machen deutlich, dass in dem Bericht eine Menge Informationen fehlen, und ich hoffe, dass diese Informationen noch nachgeliefert werden.

Dass das Arbeitsfeld der ID-Stelle offensichtlich kein besonders geliebtes Kind dieser Landesregierung ist, zeigt sich auch daran, dass die Arbeit quasi ein halbes Jahr lang nach dem damaligen Ausscheiden von Herrn Bartels völlig ruhte und dass die neue Aufgabenzuweisung erst im März 1999 erfolgte. Es gab also über diesen ganzen Zeitraum hinweg keine Anlaufstelle in Schleswig-Holstein für Fragen der Bürger, aus der Wirtschaft oder auch der Presse, wenn Gerüchte - zum Beispiel aus dem Bereich des Immobilienverkaufs - anstanden. Wenn man jetzt in dem Bericht liest, dass die Kernaufgaben dieser ID-Stelle

(Ursula Röper)

weiter erfüllt werden sollen, hört sich das für mich sehr nach einer Reduzierung der früheren Arbeit an, die verstärkt ja auch öffentliche Fortbildung, Aufklärung, Podiumsdiskussionen und Ähnliches beinhaltet.

Verstärkte **Aufklärung** brauchen zum Beispiel die Polizei, die Lehrerinnen und Lehrer oder auch Steuerbeamte, um den im Bericht genannten Aufgaben gerecht werden zu können.

Was ist also in diesen Bereichen geplant? Wie soll die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit aussehen, vor allem vor dem Hintergrund, dass in dem Bericht die dringende Forderung formuliert worden ist, dass auch die Mitarbeiter von Beratungsstellen in kirchlicher, staatlicher und freier Trägerschaft fortgebildet werden müssen? Wer wird das tun?

Die Ministerpräsidenten der Länder haben schon 1997 die Notwendigkeit unterstrichen, dass beispielsweise im Bereich des **Verbraucherschutzes** die Öffentlichkeit über die Wirkung psychomanipulativen Trainings umfassender aufzuklären ist. Was ist seither in diesem Bereich in Schleswig-Holstein geschehen?

Der Bericht sagt aus, dass sich die telefonischen und schriftlichen Anfragen verdoppelt haben - es sind etwa 160 monatlich - und dass das Interesse an Aufklärung, Rat und Hilfe gestiegen ist. Außerdem hat sich in den letzten Jahren die Tendenz verstärkt, dass große Organisationen wie zum Beispiel die Transzendente Meditation oder Scientology mit zahlreichen Teil- und Unterorganisationen arbeiten. Deshalb ist auch langfristig die Arbeit der ID-Stelle auf staatlicher Ebene notwendig, um über die interministerielle Arbeitsgruppe von Bund und Ländern den gegenseitigen **Informationsaustausch** zu gewährleisten, die neuen Tarngruppierungen den jeweiligen Hauptorganisationen zuzuordnen und die Gesellschaft über diese Neugruppierungen auch aufzuklären.

In dem Bericht wird gefordert, dass von den zuständigen Behörden sichergestellt werden muss, dass Vereine und Firmen, die ihre Unternehmen nach der Technologie von Hubbard führen und somit der Scientology-Organisation zuzurechnende Gewerbetreibende sind, die von Gewerbetreibenden zu beachtenden Vorschriften einhalten müssen. Wer aber informiert die Behörden über diese Firmen und Vereine? Wie erfolgt die ständige Kommunikation über die sich ausbreitenden Tarnorganisationen?

Und wenn die Behörden in Schleswig-Holstein sich stellen sollen, dass Vereine und Firmen, die der Scientology-Organisation zuzurechnen sind, die einschlägigen Rechtsvorschriften des Sozialversicherungs-, des Arbeitsschutz-, des Gesundheits- und des Steuerrechts beachten, dann müssen sie über entspre-

chende Kenntnisse verfügen. Ist dies in Schleswig-Holstein gewährleistet?

Im Jahre 1999 hat die Wirtschaftsministerkonferenz einen Beschluss zur Empfehlung für eine **Schutzklausel** bei der Vergabe von Beratungs- und Schulungslösungen, die bei den Beratungsstellen angefordert werden können, verabschiedet. Doch kaum jemand in Schleswig-Holstein kennt diese Schutzklausel. Das erfahre ich immer wieder in Gesprächen. Wie werden die Firmen und die Öffentlichkeit darüber informiert?

Wenn in Schleswig-Holstein etwa 20 bis 30 Unternehmen bekannt sind, die nach der Scientology-Organisation WISE im Wirtschaftsbereich arbeiten - und zwar überwiegend in der Immobilienbranche und in dem Bereich Kommunikations- und Managementtraining -, wüsste ich auch gern, wie die Bevölkerung vor dubiosen Angeboten geschützt werden kann.

Hinsichtlich der Beobachtung der **Scientology-Organisation** durch den **Verfassungsschutz** möchte ich darauf hinweisen, dass es der Abschlussbericht der „Arbeitsgruppe Scientology“ von 1997 war, in dem sich alle Mitglieder für die Beobachtungsvoraussetzungen ausgesprochen haben. Diese Mitglieder sagen darin, dass ein Vorliegen politisch bestimmter ziel- und zweckgerichteter Verhaltensweisen gegeben sei und dass mittlerweile nicht davon ausgegangen werden könne, dass - selbst wenn die Zahl der aktiven Scientologen geringer sei als ursprünglich angegeben - ein Grund zur Entwarnung vorläge, da diese Organisation über ein gut ausgebautes und intaktes strategisches Netzwerk verfüge, das von einer aggressiven Kaderorganisation getragen würde. Das machen Erkenntnisse aus Bayern deutlich.

Aus dem gerade vorliegenden neuen **Verfassungsschutzbericht** des Landes **Baden-Württemberg** vom Juni 1999 geht hervor, dass seit Januar 1997 Erkenntnisse angefallen sind, nach denen die Scientology-Organisation zielstrebig auf eine totalitäre Weltordnung hinarbeitet. Wenn man diese Ziele als utopische Fernziele abtut, sie als unrealistisch einstuft und damit nicht ernst nimmt, dann halte ich das für eine fahrlässige Einschätzung. Auch die Enquetekommission - das ist eben nicht gesagt worden - hat sich für eine Beobachtung ausgesprochen.

Ich denke, es gibt für die ID-Stelle eine Menge zu tun. Die Aufnahme von **Gastbeiträgen** von kompetenten Kennern der Szene in den Bericht finde ich gut. Sie ersetzt jedoch keinesfalls eigene Aktivitäten, zumal in diesen Gastbeiträgen auch eine ganze Reihe Forderungen an die staatliche Verantwortung formuliert sind. Von daher hoffe ich, dass wir alle gemein-

(Ursula Röper)

sam dazu beitragen, dass die Beachtung der Menschenwürde in Schleswig-Holstein gewahrt bleibt und dubiosen Gruppen stärker auf die Finger geschaut wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Auf der Tribüne begrüße ich Damen und Herren der Volkshochschule Albersdorf. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Auffassung der SPD-Landtagsfraktion lässt sich in vier Punkten zusammenfassen.

Erstens: Wir dürfen die Gefährdung durch Sekten nicht unterschätzen.

Zweitens: Die Sektenbeobachtung in Schleswig-Holstein muss gewährleistet bleiben.

Drittens: Wir müssen alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um die Psycholädenleerlaufen zu lassen.

Viertens: Das wirksamste Mittel gegen Sekten ist die massive öffentliche Aufklärung. Sie optimal und effektiv zu organisieren, ist eine politische und gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, die erfolgreiche Arbeit des ehemaligen **Sektenbeauftragten**, Dr. Hans-Peter Bartels, in neuer personeller und organisatorischer Verantwortung durch die Anbindung der Informations- und Dokumentationsstelle beim Leiter des Medienreferats in der Staatskanzlei, Matthias Knothe, fortzusetzen. Damit hat die Sektenpolitik des Landes Schleswig-Holstein den notwendigen Stellenwert erhalten. Wir danken Herrn Knothe für die bisher geleistete Arbeit und der Ministerpräsidentin für den vorgelegten Bericht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass die **Informations- und Dokumentationsstelle** bei der Staatskanzlei über das Ende der derzeitigen Probephase am 31. August 2001 hinaus fortgeführt werden muss. Wir gehen wirklich davon aus, weil wir mit der Landesregierung der Meinung sind, dass selbst bei geringer werdender Bedeutung von Sekten und Psychogruppen in Schleswig-Holstein auch in Zukunft zentrale Beobachtung nö-

wendig sein wird. Die Gefahren - auch kleiner Gruppen - dürfen nicht unterschätzt oder verharmlost werden.

Frau Röper, wir bleiben allerdings auch dabei, dass insbesondere **Scientology** grundsätzlich kein Fall für den **Verfassungsschutz** ist. Die mehr als einjährigen Beobachtungen durch Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer haben auch dort nicht zu dem Ergebnis geführt, dass die Sekte die bestehende Verfassungsordnung als solche bekämpft. Es gibt keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür, dass die Scientology-Organisation überhaupt politische Machtansprüche verwirklichen will oder gezielt politischen Einfluss sucht.

(Ursula Röper [CDU]: Natürlich gibt es die!)

Im Übrigen ist alles, was Scientology treibt oder betreibt, hinreichend bekannt und bedarf allenfalls hinsichtlich neuer - möglicherweise gefährlicher - Entwicklungen weiterer Beobachtung, dann allerdings nicht durch den Verfassungsschutz. Sozial verwerfliche, wirtschaftliche, finanzielle - vielleicht sogar kriminelle - Aktivitäten zu beobachten und zu verfolgen ist nun einmal nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes, sondern anderer Behörden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht verweist auch auf andere - schon verfügbare - rechtliche Möglichkeiten, zum Beispiel des Vereins- oder Gewerberechts, des Steuer- oder Sozialversicherungsrechts, des Arbeitsschutz- und des Gesundheitsschutzrechts oder auch auf das in Einzelfällen einschlägige Straf- oder Ordnungswidrigkeitenrecht. Wir haben auch gesehen, dass der Bericht auf geplante Bundesrechtsinitiativen - zum Beispiel im Bereich der Psychomärkte und der Strukturvertriebe - verweist, auf die die Ministerpräsidentin näher eingegangen ist.

In diesem Zusammenhang lautet unsere Bitte an die Landesregierung, vielleicht doch auch auf Bundesebene etwas Druck zu machen, damit die dort geplanten Gesetzesvorlagen - zum Beispiel im Bereich der Dienstleistungen für gewerbliche Lebensbewältigungshilfe oder aber auch im Verbraucherschutz gegen psychomanipulative Trainingsmethoden - nicht in der Schublade liegen bleiben, sondern tatsächlich realisiert werden. Das wäre unser Appell an die Landesregierung.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Schließlich bleiben wir dabei, dass das wirksamste Mittel gegen Sekten und sektenähnliche Organisationen die Aufklärung ist. Neben der ständigen und

(Ursula Röper)

vorsorglichen Beobachtung ist es unserer Meinung nach wichtig, die vorhandenen Erkenntnisse auszuwerten, die Bevölkerung über die menschenverachtenden Methoden und Praktiken der einzelnen Gruppen zu informieren, Beitrittswillige vor drohendem Psychoterror und wirtschaftlicher Ausbeutung zu warnen und Aussteiger dazu aufzurufen, ihre Erkenntnisse und Erfahrungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Genau das ist die Aufgabe der neu organisierten **Stelle für Sekteninformation und Dokumentation** bei der Landesregierung. Die Zuordnung zur Staatskanzlei gewährleistet die erforderliche Zusammenarbeit auf Landesebene. In diesem Zusammenhang seien das Stichwort IMAG, die Interministerielle Arbeitsgruppe, die erforderliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern - insbesondere mit Hamburg - und darüber hinaus die Zusammenarbeit mit dem Bund genannt. Wir begrüßen besonders, dass auch die Weltanschauungsauftragten der Nordelbischen Kirche konkret und konstruktiv in die Koordination und Kooperation einbezogen sind. Vielen Dank auch für ihre Arbeit!

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die Devise muss lauten: Abschreckung durch massive Aufklärung auf allen politischen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen! Die SPD-Landtagsfraktion wird sich an dieser wichtigen Arbeit weiterhin beteiligen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen zur Freiheit der religiösen und weltanschaulichen Betätigung sowie zur **weltanschaulichen Neutralität des Staates**. In einer säkularen und pluralen Gesellschaft müssen Staat und Kirche getrennt sein. Niemand darf aufgrund seiner religiösen Zugehörigkeit, seiner weltanschaulichen Ausrichtung besser oder schlechter gestellt werden. Jede Staatsbürgerin und jeder Staatsbürger hat die gleichen Rechte und Pflichten, unabhängig davon, ob er oder sie Christ, Moslem, Freidenker oder bekennender Atheist ist.

Auf diesem gesellschaftlichen Konsens basiert die gesellschaftliche und staatliche Ordnung der Bundesrepublik. Diese **Menschen- und Freiheitsrechte** sind als konstitutiver Faktor in unserem Grundgesetz fest-

gehalten. Eine genauere Beobachtung religiöser oder weltanschaulicher Gruppierungen im Hinblick auf eine Kontrolle ihrer Aktivitäten ist nur dann zulässig, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass eben diese grundgesetzlichen Rechte unterlaufen werden und auf diese Weise der gesellschaftliche Konsens gebrochen zu werden droht.

Eine noch weiter gehende Kontrolle einer religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaft durch Beobachtung des Verfassungsschutzes kann nur dann gerechtfertigt sein, wenn nachweislich kriminelles Potential auf die Zerstörung der gesellschaftlichen und/oder staatlichen Ordnung gerichtet wird. Nicht ausreichend ist es hingegen - wenn auch unbestreitbar moralisch verwerflich -, die Verblendung und Ausnutzung des Einzelnen sozusagen von vornherein anzunehmen.

Das waren die ausschlaggebenden Gründe dafür, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag einer Beobachtung der **Scientology-Sekte** durch den **Verfassungsschutz** nicht zugestimmt hat, zu Recht, wie ich meine. An dieser Stelle möchte ich eines deutlich betonen: Sobald sich eine Partei oder Einzelperson nicht unvörsätzlich und mit Entschiedenheit gegen Scientology ausspricht und nicht alle Mittel, gegen diese Sekte oder vielmehr dieses Wirtschaftsunternehmen vorzugehen, missbilligt, gerät sie in den Verdacht zu sympathisieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sympathisieren nicht. Wir lehnen die Scientology-Church und alle damit in Verbindung stehenden Organisationen uneingeschränkt ab.

„Die Lehren, auf denen Scientology fußt, sind trivial, Menschen verachtend und verblödend“ - so brachte es bereits mein Kollege Roland Appel, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im nordrhein-westfälischen Landtag, auf den Punkt. Dennoch rechtfertigen weder die Lehre an sich noch der unnormalische Umgang und das organisierte Handeln innerhalb dieser Sekte einen derart drastischen Eingriff des Staates in das Private, in den gesetzlich geschützten Raum des Einzelnen.

Ich zitiere nochmals Roland Appel, nämlich mit der Frage: „Kann der Staat vor Dummheit schützen?“ Ich erweitere die Fragestellung: Darf der Staat vor Dummheit schützen? - Ich glaube, nein.

Zurück zum eigentlichen Gegenstand der Landtagsdebatte! Der heute vorgelegte dritte **Tätigkeitsbericht** des schleswig-holsteinischen Sektenbeauftragten beziehungsweise der Informations- und Dokumentationsstelle Sekten und sektenähnliche Vereinigungen macht deutlich, dass Scientology, wenn auch in aller Munde, doch nur eine Sekte unter vielen ist.

(Klaus-Peter Puls)

Der Bericht dokumentiert die Tätigkeit von insgesamt 14 so genannten Sekten oder Psychogruppen in Schleswig-Holstein, viele Namen oder Bezeichnungen, von denen zumindest ich bis dahin noch nie etwas gehört habe. Oder kennen Sie vielleicht Eckankar?

Dem Bericht ist auch zu entnehmen, dass die zahlenmäßige Relevanz der einzelnen Gruppierungen eher gering ist, dass es sich zumeist um Ableger bundesweiter Sekten handelt oder aber sich die Gruppierungen regional um bestimmte Persönlichkeiten herum gruppieren.

Sicherlich ist es positiv zu beurteilen, dass es nach dem Weggang des **Sektenbeauftragten** Dr. Hans-Peter Bartels, der als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, nicht zu einem völligen Stillstand der laufenden Arbeit gekommen ist. Natürlich ist es sinnvoll gewesen, die begonnenen Projekte fortzuführen, um sie durch die fristgerechte Vorlage des dritten Tätigkeitsberichts erfolgreich abzurunden.

Ein großer Dank gilt aus diesem Grunde der Mitarbeiterin in der **Informations- und Dokumentationsstelle**, Marianne Kovacs - sie ist leider nicht anwesend -, die die Stellung gehalten hat, aber natürlich auch dem Nachfolger des Sektenbeauftragten, Herrn Matthias Knothe aus der Staatskanzlei. Sie geben meinen Dank vielleicht an die Vorgenannte weiter.

Im Gegensatz hierzu halten wir die Fortschreibung der Position des Sektenbeauftragten über den 31. Dezember 1999 hinaus um weitere zwei Jahre, wie es das Kabinett bereits beschlossen hat, nicht unbedingt für notwendig. Nach meiner Auffassung spiegeln die Inhalte des vorgelegten Berichts deutlich genug wider, dass keine Notwendigkeit für die weitere Besetzung dieses Amtes vorhanden ist, jedenfalls nicht ausschließlich für Schleswig-Holstein.

Die veränderte **Struktur des Sektenberichts**, das heißt seine Erweiterung durch Gastbeiträge, bestätigt meines Erachtens diese Einschätzung. Es gibt nicht nur auf Bundesebene eine aus bündnisgrüner Sicht ausreichende Befassung mit dem Sektenwesen, sondern auch in unserem Land existieren bewährte Institutionen im Rahmen der Kirchen, die der Landesregierung ihre Fachkompetenz in Bezug auf Sektenfragen im Bedarfsfall sicher nicht vorenthalten würden.

Gerade vor dem Hintergrund leerer Kassen und des allgegenwärtigen Sparzwangs wären allenfalls die Zusammenlegung mit der Informations- und Dokumentationsstelle für Sektenfragen der Stadt Hamburg oder die **Kooperation** in einem möglichen Nordländerverbund angemessen.

Kurz gesagt, der Bericht beinhaltet sicherlich wichtige grundsätzliche Informationen und Problemdiskussio-

nen zum Thema Sekten und sektenähnliche Vereinigungen, er zählt auf und beschreibt die Präsenz der einzelnen Gruppierungen in Schleswig-Holstein, aber aus meiner Sicht begründet er nicht die Notwendigkeit einer Weiterführung dieser Institution als einer staatlichen Instanz auf Landesebene.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Ursula Kähler [SPD] und Jürgen Weber [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der neue **Sektenbericht** der Landesregierung ist aus meiner Sicht eine gelungene Fortführung der für diesen Bereich bislang erfolgten Berichterstattung durch die Landesregierung.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem neuen **Sektenbeauftragten**, Herrn Knothe, und seiner Mitarbeiterin möchte ich seitens der F.D.P.-Fraktion für ihre Tätigkeit ebenso meinen Dank aussprechen wie den Mitarbeitern der mit dieser Thematik befassten interministeriellen Arbeitsgruppe. Ich bin der Auffassung, dass die Aufnahme einer juristischen Expertise aus der Feder von Professor Dr. Ralf D. Abel sowie der Abdruck weiterer **Gastbeiträge** eine sinnvolle und hilfreiche Weiterentwicklung der bisherigen Form der Berichterstattung sind.

An der Tatsache, dass sich die Zahl der schriftlichen und mündlichen Anfragen an die **Informations- und Dokumentationsstelle** in der Staatskanzlei im Laufe der vergangenen zwei Jahre auf jetzt 160 pro Monat verdoppelt hat, kann man ablesen, dass die Existenz dieser Einrichtung ihre Berechtigung hat. Das will ich sowohl an die Adresse von Frau Fröhlich sagen, die das eben in ihrem Redebeitrag anders gesehen hat, als auch an die Adresse von Frau Röper. Denn in der Beantwortung dieser von der Zahl her erheblich zugenommenen Anfragen wird der Einsatz der Informationsstelle in der Aufklärung der Öffentlichkeit sehr gut deutlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Meine Fraktion sieht sich insgesamt in der Auffassung bestärkt, dass es auf diesem Feld auf staatlicher Seite insbesondere auf Aufklärung und Information ankommt. Verschiedene Gerichtsurteile haben in den

(Irene Fröhlich)

zurückliegenden Jahren - das wird im Bericht angesprochen - die Berechtigung staatlichen Handelns in diesem Bereich bestätigt. Das ist gut so.

Zu grundsätzlichen Aspekten der Thematik habe ich mich von diesem Rednerpult aus bereits am 21. Februar 1997 ausführlich geäußert. Ich verweise insoweit auf meine damaligen Ausführungen

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

und möchte heute lediglich einige kurze Anmerkungen hinzufügen.

Erstens: Das Thema **Verbraucherschutz** auf dem Markt der **gewerblichen Lebensbewältigungshilfe** rückt zunehmend in den Vordergrund. Der vom Bundesrat hierzu Ende 1997 vorgelegte Gesetzentwurf ist unterdessen jedoch mit Ende der letzten Wahlperiode des Bundestages der Diskontinuität anheim gefallen. Ich wünsche mir für die Ausschussberatung des vorliegenden Sektenberichts eine Information seitens der Landesregierung darüber, ob und wann in der neuen Wahlperiode mit einer erneuten Einbringung und Behandlung zu rechnen ist; auch eine Information über den bisherigen Diskussionsstand zu dem Gesetzentwurf sollte nachgeliefert werden.

Eine weitere Anmerkung zu diesem Themenbereich! Aus der Arbeit des **Landesverbandes Legasthenie** wird deutlich, dass sich in diesem Bereich zahlreiche vermeintliche Hilfsangebote, die auch Berührungspunkte zum Sektenmetier haben, Rat und Hilfe suchenden Eltern andienen. Der Landesverband Legasthenie ist darum bemüht, Aufklärung über solche fragwürdigen Angebote zu leisten. Wirksame Unterstützung solcher verbandlichen Aufklärungsarbeit ist wünschenswert, wobei ich hinzufügen möchte: Die beste Antwort auf solche Tendenzen ist natürlich in der Verbesserung der entsprechenden Beratungs- und Hilfsangebote für die Eltern zu sehen, also Angebote an den Schulen, wie zum Beispiel wirksame Früherkennung und entsprechende Förderungsmaßnahmen, wie sie etwa in Mecklenburg-Vorpommern bereits vorbildlich vorhanden sind. Daran kann man sich orientieren.

Zweitens: Der Bericht und die weitere Entwicklung der letzten zwei Jahre bestätigen uns in der Auffassung, dass es nicht sinnvoll ist, den **Verfassungsschutz** zur Beobachtung von Sekten und sektenähnlichen Organisationen einzusetzen. Der Leiter des nordrhein-westfälischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Herr Baumann, hat in einem „Stern“-Interview kürzlich unsere Position, die auch die Auffassung der schleswig-holsteinischen Landesregierung ist, enddruckvoll unterstrichen.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Jürgen Weber [SPD])

Drittens: Meine letzte Anmerkung verstehen Sie bitte als ein mehr scherzhaft gemeintes Schlusswort! Bei der Durchsicht des Sektenberichts ist mir ein Fehler aufgefallen, der wirklich tief blicken lässt. Auf Seite 5 unten heißt es:

„Im März 1999 wurde der Leiter der Informations- und Dokumentationsstelle, Dr. Hans-Peter Bartels, als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag gewählt.“

Nach meiner Erinnerung war die Bundestagswahl Ende September 1998. Wie es scheint, möchte die Kieler Staatskanzlei, die SPD-geführte Staatskanzlei die ersten Monate der rot-grünen Bundesregierung vergessen.

(Beifall bei der F.D.P. - Heiterkeit)

Dafür habe ich vollstes Verständnis. Denn wo einst nicht einmal ein dünnes Blatt Papier zwischen Gerhard und Oskar passen sollte, da stehen heute bekanntlich ein dickes Buch und mehrere bemerkenswerte Pressartikel.

Eine letzte Anmerkung zu diesem Thema: Gerüchteweise - ich habe es von Beobachtern des SPD-Landesparteitages gehört - soll selbst der Kollege Konrad Nabel einem der beiden Namenspatronen des bekannten Schröder-Blair-Papiers frenetischen Beifall gezollt haben. Angesichts dessen können wir schon verstehen, warum er so vergällt auf uns so genannte Neoliberale reagiert. Das nennt man in Fachkreisen „Aggressionsumlenkung“.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte sehr viel von angekündigter Ironie.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Mancher versteht es sonst nicht!)

Denn ich erlebe immer wieder in diesem Hohen Haus, dass Ironie echt ein Fremdwort ist.

In den „Kieler Nachrichten“ vom 13. Oktober dieses Jahres war nachzulesen, dass die Menschen in Deutschland mit einem Wertemix aus Kultur, Konsum und Kirche ins neue Jahrtausend gehen. Die „Kieler Nachrichten“ bezogen sich dabei auf eine Umfrage des Hamburger Freizeutforschungsinstituts

(Dr. Ekkehard Klug)

BAT, wonach den Befragten Kirche und Religion genauso wichtig seien wie Aldi oder Adidas. In der persönlichen Werteeinschätzung der Befragten lag die Bibel nur knapp über Coca-Cola.

Wir leben in einer individualisierten Leistungsgesellschaft, in der Konsumgüter und Spaßfaktoren vielfach an die Stelle alter Sinnfaktoren getreten sind. Mein Anliegen ist nicht, hier eine Wertung vorzunehmen, aber es ist schon bemerkenswert, dass sich die meisten Befragten mit diesem Wertemix wohl fühlen. Doch viele Menschen erleben die **Individualisierung der Gesellschaft** nicht als persönliche Freiheit, sondern als fehlende Solidarität, menschliche Kälte und soziale Orientierungslosigkeit. Von diesen Menschen fühlen sich nicht wenige von Sekten oder anderen Gruppen angesprochen, die ein autoritäres, vereinfachtes Weltbild vermitteln und unter dem Deckmantel der Netzwärme psychische Manipulation, soziale Kontrolle und Gruppendruck ausüben.

Am diesjährigen Bericht hat mich besonders die abschließende Einschätzung interessiert, dass die **Bedeutung von Sekten und Psychogruppen** in Schleswig-Holstein zurzeit geringer werde. Wenn das wirklich so ist, kann ich mich nur freuen. Aber der Bericht macht auch deutlich, dass noch einiges zu tun bleibt. Dazu gehört beispielsweise die qualifizierte **Ausbildung von Beratern**, die aussteigewilligen oder gerade ausgestiegenen Betroffenen helfen. Die psychischen und sozialen Schäden, die diese Menschen erlitten haben, sind je nach Gruppe oft sehr unterschiedlich, und die Berater benötigen ein hohes Maß an Experten- und Insiderwissen, um effektiv helfen zu können. Das gilt ebenso für die Beratung von Angehörigen, die oft nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen und was sie überhaupt tun können.

Die starke Konzentration auf Scientology in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass sich andere Gruppen weitgehend unbemerkt ausbreiten konnten. Wir haben schon vor zwei Jahren davor gewarnt, sich - ich zitiere - „mit Schaum vor dem Mund“ auf **Scientology** zu stürzen, und sehen uns durch diese Entwicklung leider bestätigt. Es ist nicht gut, im Bereich der Psychogruppen und Sekten die breite Aufklärungsarbeit zu verlassen und sich punktuell auf eine Gefahr einzuschießen. Damit erzeugt man eher Panik und verhindert ungewollt die Eindämmung anderer Gefahren.

Gefreut habe ich mich in diesem Zusammenhang, dass auch die **Kirche** kritischer mit sich ins Gericht geht. So hebt der Bericht hervor, dass es fundamentalistische Strömungen mit einem gewissen Gefährdungspotential auch in den eigenen Reihen gibt. Wir haben bereits angesichts des Sektenberichts 1997 die Kirchen als traditionelle Sinnstifter aufgefordert, sich den Sek-

ten und Psychogruppen aktiv zu stellen und eigene Positionen kritisch zu hinterfragen, um die heutigen Menschen anzusprechen. In Klammern bemerkt: Der Ausstieg der katholischen Kirche aus der Schwangerenberatung war da leider ein Schlag ins Kontor.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine stärkere Beratung wünsche ich mir für den Bereich der **Managementschulungen**, der Mitarbeiterkurse zur Corporate Identity und der wirtschaftlichen Betriebsformen. Es gibt hier sicher viele seriöse Angebote, aber gerade in unserer Leistungsgesellschaft besteht die Gefahr, dass sich Psychodruck und totalitäre Strukturen im Berufsleben durch fragwürdige Methoden moderner Personalführung ausbreiten. Viele Mitarbeiter wollen für eine gute Arbeitsstelle vollen Einsatz bringen und sind dadurch leichtes Opfer für psychisch manipulierende Chefs oder Unternehmen. Hier muss mehr Aufklärungsarbeit erfolgen, aber bitte nicht - wie ich vorhin sagte - als erneute Panikmache, sondern mit Augenmaß.

Und grundsätzlich noch einmal: Gefragt ist nicht der **Verfassungsschutz**, gefragt ist weitere Aufklärung. Ob diese Aufklärung jetzt von der Informationsstelle geleistet werden soll, ist für mich nicht der entscheidende Punkt. Ich finde, dass der Sektenbericht einige wesentliche Punkte anspricht, die wir dann auch im Ausschuss beraten können. Aber lasst uns auch hier auf dem Teppich bleiben!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ist es richtig - damit wende ich mich an die CDU -, dass der Tagesordnungspunkt 16 damit erledigt ist?

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Soll der Bericht noch einmal im Ausschuss behandelt werden?

(Ursula Röper [CDU]: Ja, Bildung und Soziales!)

- Ich gehe davon aus, zur abschließenden Beratung? - Wer also den Bericht dem Bildungs- und dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen. Dann ist auch der Tagesordnungspunkt 33 erledigt.

(Anke Spoorendonk)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19 und 21 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Neugestaltung und Verbesserung der Organisationsstrukturen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2436

b) Sicherung der Einkommen in der Landwirtschaft

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2439

c) Verbesserung der Organisationsstrukturen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2461

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Jetzt ist die Frage: Gibt es einen Bericht?

(Zuruf von der SPD: Für die 39. Tagung!)

- Der wird in der 39. Tagung behandelt.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Herr Abgeordnete Ehlers.

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Landwirtschaftliche Sozialversicherung** ist regional gegliedert in zurzeit 20 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 20 landwirtschaftliche Alterskassen, 20 landwirtschaftliche Krankenkassen und - neuerdings - 20 landwirtschaftliche Pflegekassen. Jede Kasse ist eine eigenständige, selbstverwaltete und unabhängige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Zwischen den Kassen besteht eine Verzahnung sowohl auf Landesebene als auch zwischen einigen Ländern. Der Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung für den Gartenbau ist als einziger Träger für das gesamte Bundesgebiet tätig. In den neuen Bundesländern sind insgesamt nur zwei Träger für alle Bundesländer tätig.

Auf Bundesebene bestehen drei Spitzenverbände, in denen die Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung Mitglieder sind. Die Verwaltungs-, Personal- und Kostenstrukturen der einzelnen Träger der LSV sind sehr unterschiedlich. Nach einer Untersuchung im Bereich der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind **Verwaltungskosten** von 53 bis 270 DM pro Unternehmer angefallen; bei der Alterskasse betragen die Verwaltungskosten zwischen 50 und 571 DM pro Versicherten.

Die Spitzenverbände räumen durchaus ein, dass einige Defizite bestehen. Es besteht der Bedarf, dem Bund stärkere Einwirkungsmöglichkeiten zu geben. Der **Bundesrechnungshof** hat einen Bericht zur **Neuordnung der LSV** vorgelegt. Hintergrund für die Überlegungen auf Bundesebene ist die rot-grüne Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998. Darin wurde festgelegt, dass sich die Bundesregierung für eine Prüfung und zukunftsweisende Neugestaltung der Organisation der agrarsozialen Sicherung einsetzen wird.

Für Schleswig-Holstein stellt sich die Frage nach der Zukunft der Trägerschaft der LSV. Bei allen Überlegungen darf nicht übersehen werden, dass bei einer länderübergreifenden Regelung von mehr als drei Ländern das Grundgesetz eine Umwandlung in eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts vorsieht.

Damit würde die Aufsicht dem Bund zufallen. Der **Bund** will auf jeden Fall eine Stärkung des Bundesinflusses durchsetzen. Insbesondere soll künftig die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Träger der LSV stärker vom Bund beeinflusst werden. Des Weiteren soll eine Einheitlichkeit der Rechtsanwendung erreicht werden.

Schleswig-Holstein hat ein fundamentales Interesse daran, den Träger der LSV im Land zu erhalten.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU], Ursula Röper [CDU] und Sabine Schröder [SPD])

Ein länderübergreifender Zusammenschluss sollte nicht ausgeschlossen werden, darf aber nicht die Schaffung einer bundesunmittelbaren Körperschaft zur Folge haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Von den unterschiedlichen Modellen, die zurzeit diskutiert werden, wird das Modell A von den Trägern der LSV wie auch von den Bauernverbänden bevorzugt. Dieses Modell erhält das Prinzip der Selbstverwaltung, bietet aber auch eine Stärkung des Einflusses des Bundes an, wofür ich persönlich Verständnis habe, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Der Bund will zweifellos nicht nur eine deutlichere Entscheidungsmöglichkeit erreichen, sondern darüber hinaus seine finanzielle Beteiligung reduzieren. Der Bundesrechnungshof geht davon aus, dass durch die Zusammenlegung der LSV jährlich rund 100 Millionen DM eingespart werden können. Der Bund muss die entstehenden Defizite in der Verwaltung tragen.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Sein Interesse, hier zu Einsparungen zu kommen, ist daher legitim, obwohl die Verwaltungskosten nur - in Anführungsstrichen - 5 % des Gesamtetats betragen.

Wir wollen uns einer Neuordnung nicht verschließen. Wie ich vorhin schon gesagt habe, legen wir auf eine **Trägerschaft der Länder** großen Wert. Damit erteilen wir einer Zentralisierung - so, wie sie vorgesehen ist - eine klare Absage.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die unterschiedlichen Strukturen in der Landwirtschaft haben zu sehr unterschiedlichen Beiträgen in den Betrieben geführt. Wir haben nicht die Absicht, die deutlich höheren Beiträge zur LSV in süddeutschen Bundesländern auf unsere Betriebe zu übertragen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dies würde zu einer Erhöhung führen, die bis zu 160 % betragen könnte, insbesondere im Bereich der Berufsgenossenschaften.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig!)

Die **Belastungen der Landwirtschaft** würden durch eine Zentralisierung der LSV in Schleswig-Holstein weiter erhöht werden. Es darf daher nicht verwundern, wenn die CDU dies nicht mittragen wird. Ständig werden die Rahmenbedingungen verändert, seitdem die Bundesregierung im Amt ist, und der Landwirtschaft jede Planungssicherheit genommen.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wir verschließen uns nicht Reformen. Aber die Sinnhaftigkeit muss erkennbar sein und am Ende müssen die Betroffenen noch eine Existenzchance haben.

Die stark überproportionalen Kürzungen bei der Berufsgruppe der Landwirtschaft ist weder berechtigt noch vertretbar und schon gar nicht perspektivisch.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich fordere Sie daher auf, dieser Politik dort, wo das Land Mitwirkungsmöglichkeiten hat, eine Absage zu erteilen. Der **Antrag der SPD-Fraktion**, Drucksache 14/2461, ist für mich auffällig inhaltsleer. Das muss ich ganz ehrlich sagen, Frau Schröder!

(Holger Astrup [SPD]: Was? - Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Mit keinem Wort geht die SPD darauf ein, welchen Weg sie gehen will. Effiziente Verwaltung und Versicherungennähe sind selbstverständliche Allgemeinplätze,

die allein nicht zu einer Problemlösung führen. Es ist für unser Land keineswegs gleichgültig, ob wir künftig noch Träger der LSV im Lande haben werden oder nicht. Für uns ist die künftige Organisationsstruktur wichtig. Wir wollen wissen, ob wir künftig nach dem Willen der Landesregierung eine größere norddeutsche oder gar eine Zentrallösung haben werden.

Dass die Organisationsstruktur effizient und effektiv funktionieren soll, ist für mich völlig selbstverständlich. Darüber brauchen wir wahrhaft keinen Beschluss herbeizuführen.

Zum Schluss beantrage ich - hoffentlich geschieht das mit allen drei Anträgen - Überweisung an den Agrarausschuss.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bis auf drei Minuten Ihrer Rede, Herr Kollege Ehlers, habe ich Beifall klatschen können.

Immer Ärger mit den Rechnungshöfen! Diesmal ist es der Bundesrechnungshof, der die landwirtschaftlichen Sozialversicherungen ins Visier genommen hat.

Sie haben es schon gesagt, es gibt auf Bundesebene 20 Organisationen mit 80 juristischen Körperschaften - allein in Bayern bisher 24. Eine **Reform der Organisation** ist daher unabdingbar, zumal auch die Rechtsauslegung ganz unterschiedlich gehandhabt wird. Das haben die Versicherungsträger selbst erkannt. Allerdings wird das Einsparvolumen - auch da sind wir uns einig, Herr Ehlers - in Höhe von 100 Millionen DM bestritten, zumal - darauf haben Sie hingewiesen - der Verwaltungsaufwand nur 5 % beträgt. Die Forderung nach nur einer zentralen Stelle in Nürnberg wird als absurde Konsequenz abgelehnt, da dadurch jede Versicherungennähe verloren geht.

Es ist erfreulich, dass sich die Sozialkassen selbst auf den Weg gemacht haben und einer Reduzierung auf sieben bis neun Organisationen anstreben. Deshalb konnte mein Antrag nicht mehr beinhalten, weil wir erst einmal abwarten wollen, was die Sozialversicherungsträger selber machen.

Ziele müssen sein: schlankere, transparentere Organisationsstrukturen, mehr Rechtssicherheit, stärkere Einflussrechte des Bundes, Versicherungennähe, Erhalt des ehrenamtlichen Engagements und sozialverträgli-

(Claus Ehlers)

che Lösungen. Das sind die Inhalte, die wir einfördern.

Schleswig-Holstein wird vom Bundesrechnungshof als vorbildlich gelobt, da wir längst mit Hamburg zusammenarbeiten. 1995 hat die **Landwirtschaftliche Sozialversicherung** eigenständig ihre Organisation durchleuchtet und einen Arbeitsüberhang festgestellt. Die Zahl der Stellen wurde von 280 auf 251 reduziert. Hierarchien wurden abgebaut. Bearbeitet werden die Fälle von einem Rechenzentrum in Hannover. Handlungsbedarf besteht allenfalls in der Kompatibilität der Programme.

Die Alterskasse hat bei uns 23.556 **Beitragspflichtige**, aber 36.500 **Empfänger** laufender Gelder. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass immer weniger Beitragszahler die Last der Renten tragen können. Landwirte zahlen bisher einen Einheitsbeitrag von 327 DM für die Alterssicherung. Bei einem Jahreseinkommen unter 40.000 DM - Ehepaare 80.000 DM - wird ein Beitragszuschuss gezahlt.

Wie günstig unsere Berufsgenossenschaft arbeitet, belegt der Bundesvergleich. Der Aufwand je 1.000 Einwohner beträgt im Bundesdurchschnitt 70DM, in Schleswig-Holstein - man höre - 39 DM, im Saarland 114 DM. Der Aufwand je Hektar beträgt im Bundesdurchschnitt 86 DM, bei uns 51 DM. Wir sind also schon auf gutem Wege.

Ich habe mir übrigens für die gesamte Belastung der Sozialversicherung einen konkreten Fall erläutern lassen. Auf einem Betrieb von 150 ha zahlen das Ehepaar und der Sohn einen Beitrag von insgesamt 1.150 DM.

1995 wurde die **Berechnungsgrundlage** geändert, sodass nur das Haupteinkommen zählt und nicht gut Verdienende mit zirka 5 ha Hobbyfläche mitprofitieren. Auch das ist vernünftig gewesen. Außerdem erhält die mitarbeitende Bäuerin seitdem einen eigenen Rentenanspruch. Dies darf auch nicht vergessen werden.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

1999 zahlt der **Bund** bisher 7,901 Milliarden DM **Zuschuss** ohne Mitsprachemöglichkeit bei den landwirtschaftlichen Sozialversicherungen. Das ist eine Ausgabenquote von 57%. Geplant ist eine Kürzung im Jahr 2000 um 707 Millionen, DM, 392 Millionen DM für die Alterssicherung. Der Zuschuss soll für Betriebe mit einem Jahreseinkommen unter 30.000 DM statt wie bisher unter 40.000 DM gewährt werden. Der Höchstzuschuss soll von 80 auf 50% gesenkt werden. Die Zuschüsse für die Krankenversicherungen sollen einmalig um 250 Millionen DM gesenkt und aus der Risikorücklage genommen werden. Nur, unsere ländliche Sozialversicherung hat keine Rücklagen.

Nach Auskunft der Versicherungsträger würde Schleswig-Holstein 12 Millionen bis 14 Millionen DM verlieren. Dies könnte zu einer erheblichen Steigerung der Beiträge führen.

Die Belastungen für die einzelnen Betriebe sind unterschiedlich und noch nicht absehbar. Eine Gesamteform darf nicht dazu führen, dass Schleswig-Holstein - auch da sind wir uns einig - mit einer gesunden Betriebsstruktur die Last der kleinteiligen Höfe im Süden tragen muss. Zu bedenken ist ebenfalls, dass der Versicherungsträger bei einem Zusammenschluss von mehr als drei Ländern in die Bundesaufsicht übergeht. Ich hoffe auf einen vernünftigen Vorschlag der Versicherungsträger selbst. Solange ist - zeitlich begrenzt natürlich - ein Moratorium für die Politik angesagt. Wir werden sicherlich in der nächsten Landtagstagung darüber mehr wissen.

Die F.D.P. erwähnt darüber hinaus in ihrem Antrag, Frau Happach-Kasan, die Belastung der Landwirtschaft durch die Steuerreform und Kürzungen im Rahmen der Agenda 2000.

Obwohl die Agenda 2000 nach Auffassung des Präsidenten des Bauernverbandes, Sonnleitner, eine Chance bietet, stimme ich unserem Minister Buß zu, dass die Kumulation der Kürzungen für die Landwirte sehr schmerzlich ist. Vielleicht zeichnet sich ein Einlenken bei der Gasölbeihilfe ab.

Lassen Sie uns daher alle Anträge im Agrarausschuss noch einmal gründlich beraten und über die Auswirkungen für die Landwirtschaft diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich vermute, das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich kurz fassen. Bei einem Berichts Antrag haben wir immer die parlamentarische Unart, das schon rauf und runter zu diskutieren, bevor der Bericht vorliegt. Daher will ich gleich anmerken, dass ich die drei vorliegenden Anträge im Agrarausschuss intensiv beraten möchte.

Schleswig-Holstein ist, was die organisatorische Seite angeht, schon ein großes Stück vorangekommen. Die **LSV** arbeitet bereits länderübergreifend und ist entsprechend organisiert. Insofern sollte man in dem Sinne, wie Claus Ehlers es angesprochen hat, bei

(Sabine Schröder)

einer Reform darauf achten, dass die Kostenvorteile, die dadurch in unserem Bundesland entstanden sind, nicht verloren gehen. Da bin ich also voll an der Seite meiner agrarpolitischen Kollegen von der CDU, zum Besten für unser Land.

Die Probleme entstehen im Wesentlichen durch den **Strukturwandel**. Wir haben angesichts des rasanten Strukturwandels im landwirtschaftlichen Bereich, in dem mehr als die Hälfte der Betriebe in der Generationenfolge vom Markt verdrängt wird, automatisch dadurch ein Ungleichgewicht, dass die Zahl der Inaktiven in Relation zu den Aktiven tendenziell immer mehr zunimmt. Das belastet natürlich die landwirtschaftlichen Sozialkassen in zunehmendem Maße.

Ob man aufgrund dessen langfristig zu einem Systemwechsel und zu einem Einstieg in eine steuerfinanzierte Grundrente in diesem Bereich kommen muss und zusätzlich die Absicherung in den privaten Bereich entlässt, ist eine Diskussion, die wir in diesem Zusammenhang auch führen müssen, die allerdings über die Kompetenzen dieses Hauses sicherlich hinausgeht. Ich sage das nur, weil es ein Grundsatz grüner Sozialpolitik ist, dass wir den Einstieg in ein steuerfinanziertes Grundabsicherungssystem finden müssen, wobei der Wandel dahin sicherlich nur in kleinen Schritten vonstatten gehen kann.

Bei aller Übereinstimmung hinsichtlich dieses Teils des Antrages der Opposition mache ich darauf aufmerksam, dass im **Agrarhaushalt des Bundes** in der vergangenen Legislaturperiode, also als CDU und F.D.P. dort das Sagen hatten, erhebliche Reduzierungen zu beobachten waren.

(Zuruf von der CDU)

- Sie sagen, 17 %, Frau Kollegin! Man muss allerdings gegenrechnen, dass das Volumen des Haushalts im Übrigen gestiegen ist. Das heißt, in Wirklichkeit ist dort - wenn ich das einmal so sagen darf; Herr Minister Buß, Sie haben da sicherlich genauere Zahlen - ein Drittel „weggeholt“ worden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Rechnung müssen Sie mir einmal vormachen!)

Das muss ungefähr in der Größenordnung liegen.

Für die F.D.P. liegt das Heil für die Landwirtschaft in der Aufhebung der **Ökosteuer**. Frau Happach-Kasan, das greift sicherlich wesentlich zu kurz. Die Masse der Betriebe sind Milchviehbetriebe. Eine Kuh wird durch die Ökosteuer mit 6,80DM pro Jahr belastet. Das addiert sich bei einem Betrieb mit 100 Kühen zu einer Größenordnung von 700DM.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was habt ihr da mit eingerechnet?)

- Das ist nicht meine Berechnung. Das können Sie im „Bauernblatt“ nachlesen. Ich zeige Ihnen das gern.

Die übrigen Belastungen - Heizkosten zum Beispiel, die bei Ferkelbetrieben entstehen - fallen im milchwirtschaftlichen Betrieb in der Regel nicht an. Ein Kuhbetrieb ist mit hoch gerechnet 7DM pro Kuh und Jahr belastet. Das ist eine hinnehmbare Summe.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Unglaublich ist das!)

Ehrlicherweise muss man auch berücksichtigen, dass die Betriebe aufgrund der Liberalisierung der Märkte wesentlich weniger durch die Stromsteuer belastet werden.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist doch nicht euer Verdienst! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wirklich eine Chuzpe!)

- Ich finde es schön, dass zu so später Stunde die Ökosteuer wieder einmal für so viel Aufregung sorgt. Ich denke, wir können die drei vorliegenden Anträge in den zuständigen Ausschüssen sorgfältig und weniger aufgeregt beraten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werter Kollege Matthiessen, Sie haben mit Ihrem Beitrag natürlich ein Fass aufgemacht; das will ich einmal deutlich sagen. Ich finde es schon etwas komisch, wenn die Erfolge des F.D.P.-Ministers Rexrodt von den Grünen dazu benutzt werden, um eine neue Steuer einzuführen. Das ist wohl das Letzte.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gegen die er noch war!)

Natürlich waren die Grünen immer gegen Liberalisierung. Das haben wir hier oft genug gehört.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was die Einführung der **Ökosteuer** betrifft, so hätte ich es noch verstehen können, wenn Sie das als Mineralölsteuererhöhung bezeichnet hätten; denn das ist letztendlich eine Mineralölsteuererhöhung. Mit Öko ist da nichts.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da ist nichts Öko. Man muss sich nur einmal vorstellen, dass die gesamte Importkohle nicht mit der so

(Detlef Matthiessen)

genannten Ökosteuern belegt wird. Was ist daran denn eigentlich Öko? Außer dem Begriff ist daran nichts Öko.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der preiswerte Strom ist gelb, die Ökosteuern sind grün!)

- Herr Kubicki, Sie können gern noch einen Kurzbeitrag leisten, wenn Sie das möchten.

(Holger Astrup [SPD]: Das muss aber nicht sein!)

Ich möchte hinzufügen - schade, dass der Kollege Matthiessen mir nicht zuhört -: Das **Volumen des Agrarhaushalts** ist tatsächlich gesunken. Aber, werte Grüne, kriegt ihr in eurer Regierung wirklich alles durch, was ihr gern haben wollt?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben sie bisher überhaupt schon etwas durchgekriegt?)

Ich habe an dieser Stelle schon einmal gesagt, dass wir die Kürzungen bei der Deutschen Gesellschaft für Ernährung auf Bundesebene nicht für richtig halten. Da haben wir als F.D.P. uns leider nicht durchsetzen können. Das ist das Schicksal, dass die besseren Ideen es manchmal schwerer haben als die schlechten Ideen. Damit müssen wir leben.

Frau Schröder hat angeführt - dem stimme ich zu-, das Problem ist im Augenblick die **Kumulation** der verschiedenen **Belastungen** für die Landwirte. Das hat auch der Minister gesagt. Aber, werte Frau Schröder, es reicht nicht, dass Herr Minister Buß dies auf dem Landesbauerntag sagt, sondern es müssen dann bitte schön auch Änderungen her.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Um diese Änderungen zu erreichen, habe ich den Antrag gestellt. Ich bin mir dessen bewusst, dass er es ebenso wie ich erkennt. Aber wir müssen da zu Änderungen kommen.

Ich sehe wie die SPD in der Agenda2000 eine Chance. Für bestimmte Betriebe jedoch bedeutet sie eine erhebliche Belastung. Angesichts dessen muss man sich fragen, ob man diesen Betrieben wirklich noch weitere Belastungen aufbürden darf. Ich meine, dass wir da im Interesse der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft wirklich zu einer Änderung kommen müssen.

Ich will deutlich sagen: Einsparungen in öffentlichen Haushalten sind nicht prinzipiell falsch; vielmehr brauchen wir sie auch - das wissen Sie -, um einen sorgfältigeren Umgang mit öffentlichen Mitteln zu erreichen und um zu höherer Effizienz zu kommen.

Einsparungen sind aber dann strikt abzulehnen, wenn sie einseitig ausfallen und wenn besonders eine gesellschaftliche Gruppe überproportional belastet wird. Genau dies ist bei dem von der Bundesregierung vorgelegten Sparpaket der Fall. Das ist der Fall bei der so genannten **Ökosteuern** - sprich: Mineralölsteuererhöhung - und das ist auch bei der Änderung des Einkommensteuergesetzes der Fall.

Für die F.D.P.-Fraktion lehne ich deshalb die vorgesehenen Einsparungen und Kürzungen bei gleichzeitig steigenden Belastungen durch die Agenda2000 ab. Die Bundesregierung ist dringend aufgefordert, ihren Konfrontationskurs gegenüber den Land- und Forstwirten sowie dem gesamten ländlichen Raum schnellstens aufzugeben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist für ein Bundesland wie Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung, das im besonderen Maße von der Landwirtschaft geprägt ist. Auch wenn davon auszugehen ist - das gestehe ich immer zu-, dass leistungsfähige Betriebe mit den Änderungen aufgrund der Agenda2000 fertig werden, in ihnen sogar eine Chance sehen können, sind weitere Belastungen dadurch nicht zu rechtfertigen.

Die Streichung der **Gasölbeihilfe** trifft die deutschen Landwirte hart, da sie nicht wie europäische Kollegen auf billiges Heizöl ausweichen können. Durch die zweite Stufe der so genannten Ökosteuern werden sich die Preise des in Deutschland ohnehin teuren Diesels weiter erhöhen. Die Rechnungen zahlen die Landwirte, deren Wettbewerbsfähigkeit empfindlich getroffen wird. Wie soll denn beispielsweise ein Kartoffelbauer noch effizient wirtschaften, wettbewerbsfähig sein, wenn er allein durch den Wegfall der Gasölverbilligung eine zusätzliche Belastung von zirka 300DM pro Hektar hinnehmen muss?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist maßlos übertrieben!)

- Melden Sie sich erneut zu Wort, dann können Sie dazu etwas sagen.

Die **Sparmaßnahmen** im agrarsozialen Bereich führen zu drastischen **Beitragserhöhungen**, die Kollegen haben dies ebenfalls ausgeführt. Das ist nicht nur für schleswig-holsteinische Landwirte absolut inakzeptabel, das ist insbesondere für Bezieher niedriger Einkommen schlicht ein Skandal.

Ich räume ein, dass selbstverständlich auch Landwirte - genau so wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen - ihren Beitrag beim Sparen zu leisten haben. Was aber nicht sein kann und darf, ist die radikale, für die Landwirte geradezu verheerende Vorgehens-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

weise von Rot-Grün. Selbst Außenstehende erkennen mittlerweile die Ungerechtigkeit rot-grüner Gesetze, insbesondere auch die eindeutig soziale Schieflage zulasten gerade der Landwirte, die sich am unteren Ende der Einkommensskala befinden. Keiner anderen Berufsgruppe werden vergleichbare Belastungen zugemutet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Bundeslandwirtschaftsminister Funke stellte auf dem hiesigen Landesbauernntag vor noch nicht einmal drei Wochen die Behauptung auf, dass die Bundesregierung keinen Sozialabbau auf dem Lande betreibe. Wie nennt man denn dieses Vorgehen, 50% der Betriebe, und zwar der kleinen Betriebe, durch die Kürzung der Bezüge derartig stark zu belasten? - Das ist Sozialabbau pur!

(Zuruf des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Es sind schlicht Grausamkeiten rot-grüner Politik, wenn gemeint wird, dass den Landwirten Einkommenseinbußen von bis zu 20 % bis 25 % zugemutet werden könnten. Für viele Betriebe ist das der Todestoß.

Heute erhalten rund 50 % der Betriebe Zuschüsse zur Alterssicherung. Wer diese mit einem Mal kappt, schwächt gerade die kleinen Betriebe und treibt sie ins Aus. Und das nennt sich dann rot-grüne soziale Gerechtigkeit.

Wir wollen mal einen Vergleich ziehen, und zwar zur Knappschaft. Auch sie hat eine ähnliche Förderung wie die landwirtschaftliche Altersversicherung. Dort gibt es - im Gegensatz zur Landwirtschaft - keine Kürzung.

Ein weiteres Problem der landwirtschaftlichen Alterssicherung ist die Tatsache, dass Jahr für Jahr 2 % bis 3 % der landwirtschaftlichen Betriebe aufgeben, die Zahl der wirtschaftlichen Landwirte gegenüber einer sehr hohen Zahl von Anspruchsberechtigten immer kleiner wird.

Ich will nicht verschweigen, dass die **Struktur der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung** geändert werden muss. Hier ist darüber gesprochen worden. Es ist aber auch daran zu denken, dass Schleswig-Holstein und Hamburg mit einer Versicherungsanstalt ihre Hausaufgaben tatsächlich schon gemacht haben. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die geplante Strukturreform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung hin zu bundesunmittelbarer Trägerschaft zu strukturbedingten Belastungen der Betriebe in Schleswig-Holstein führen würde. Deswegen lehnen wir dies ab.

Eine **Fusion von Sozialversicherungsträgern** kann nur erfolgen, wenn die Partner eine vergleichbare Betriebs- und Belastungsstruktur haben. Das ist nicht gewährleistet.

In Schleswig-Holstein haben wir eine vergleichsweise gute landwirtschaftliche Betriebsstruktur mit einem hohen Anteil an Vollerwerbsbetrieben. In anderen Bundesländern sieht das lange nicht so gut aus. Frau Schröder hat die konkreten Zahlen dafür genannt.

Ein bundesweiter landwirtschaftlicher Sozialversicherungsträger würde daher gegensätzliche Betriebs- und Belastungsstrukturen miteinander vermischen und damit dem in der gesamten gesetzlichen Unfallversicherung geltenden Grundsatz der Solidarhaftung innerhalb vergleichbarer Risikogemeinschaften zuwiderlaufen. Das heißt nicht, dass dem Bund jegliche Mitsprache im Rahmen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung zu versagen ist. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ist eine Erweiterung bestimmter Mitwirkungsrechte zum Beispiel durch Genehmigung der Alterskassenhaushalte durchaus denkbar.

Das Ziel einer Struktur kann aber nur die Schaffung wirtschaftlicher Einheiten und der Landesunmittelbarkeit sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Unser Antrag dient dem Ziel, die Existenz bedrohenden Einschnitte, die Rot-Grün auf Bundesebene vorhaben, deutlich zu korrigieren. Denn für die F.D.P. ist der rot-grüne Kahlschlag im Agrarhaushalt völlig inakzeptabel.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Den Landwirten muss endlich wieder eine Perspektive für die Zukunft gegeben werden. Maßvollen Einsparungen werden wir uns nicht verwehren. Es muss aber gewährleistet sein, dass die Einkommen in der Landwirtschaft für die leistungsfähigen Betriebe gesichert bleiben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Landwirte stehen heute vor einer ungewissen Zukunft. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Einer dieser Gründe ist die im März dieses Jahres beschlossene **Agenda 2000**, denn diese wird in den nächsten Jahren zu einem erheblichen **Strukturwandel in der**

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Landwirtschaft führen. Wir müssen erkennen, dass gerade die kleinen und mittleren Betriebe die Verlierer dieser europäischen Reform sein werden oder sein könnten. Darauf haben wir auch schon im März in der Debatte zur Agenda 2000 hingewiesen. Wir haben aber auch gefordert, dass Arbeitsplatzverluste in der Landwirtschaft unbedingt durch Kompensationsmaßnahmen der Wirtschafts- und Regionalpolitik aufgefangen werden müssen.

Es gibt keine einfachen Lösungen - auch das möchte ich deutlich machen - in diesem Prozess der Strukturveränderung. Für einen Teil unserer Landwirte sehe ich verstärkt eine Chance, indem sie ihre Betriebe umstellen und gezielt versuchen, Nischenproduktionen zu entwickeln. Ich denke hierbei auch an eine Weiterentwicklung und Förderung der ökologischen Landwirtschaft, wie das auch in der Agenda 2000 festgelegt ist. Doch letztlich müssen wir uns verstärkt damit auseinandersetzen, wie es auf europäischer Ebene mit der Landwirtschaftspolitik und der Landwirtschaft weitergehen soll.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Hopp [CDU])

Aber nicht nur durch die Agenda 2000 wird die Existenzsicherheit der Landwirtschaft gefährdet. Dabei möchte ich deutlich machen, dass die Agenda 2000 nicht nur zu Unsicherheit beiträgt, sondern auch als Chance betrachtet werden kann.

Zu weiteren Verlusten wird es in der Landwirtschaft auch durch das **Sparprogramm der Bundesregierung** und die **Steuerreform** kommen. So wird zum Beispiel durch die Streichung der Gasölbeihilfe eine deutliche Mehrbelastung auf die deutschen Landwirte zukommen, die andere europäische Landwirte in dieser Form nicht erfahren. Zu dem Problem der Gasölbeihilfe ist schon viel gesagt worden. Wir werden darüber sicherlich auch noch im Ausschuss diskutieren. Ich möchte dieses Thema in meinem Redebeitrag nicht vertiefen.

Sieht man, wie die Landwirte nördlich der Grenze gestellt sind - der Kollege Hopp weiß das; wir haben uns kürzlich auf einer Podiumsdiskussion darüber unterhalten -

(Zuruf des Abgeordneten Claus Hopp [CDU])

erkennt man, dass es andere Wege gibt. Wir sollten uns immer wieder überlegen, dass es keine Wettbewerbsverzerrung geben darf.

Die **Ökosteuer** - ich will das sagen, auch weil ich betonen will, dass wir zu ihr stehen - ist eine Energiebesteuerung - auch das ist richtig; das muss man so sehen -, gleichzeitig aber muss man auch sehen, dass

die Energiebesteuerung nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen darf.

Nun zu **den Kürzungen der Bundesmittel** in den landwirtschaftlichen Alterskassen und in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung! Das wird die Landwirte künftig sehr hart treffen. Das Beitragszuschussystem, das 1995 im Zuge der Agrarsozialreform eingeführt wurde, sollte vor allem die kleineren und mittleren Betriebe entlasten. Durch die Kürzungen der jährlichen Zuschusszahlungen wird es aber gerade zu Mehrbelastungen bei den kleineren und mittleren Betrieben kommen. Die Folgen sind vorhersehbar. Es wird zu weiteren Betriebsaufgaben kommen und viele der Nebenerwerbslandwirte werden nur noch auf die gesetzliche Rentenversicherung setzen. Das Finanzloch, das durch die fehlenden Beiträge entsteht, muss der Staat über die Defizithaftung wieder zuschießen. Die Frage ist also: Was hat der Staat letztlich durch die Kürzung der Beitragszahlungen erreicht?

Die Kürzungen der Bundesmittel ziehen sich wie ein roter Faden durch die gesamten landwirtschaftlichen Sozialversicherungen und schlagen sich somit direkt auf das Einkommen der Landwirte nieder. Was zurzeit vorgesehen ist, scheint also eine Kürzung ohne Konzept zu sein. Ich muss aber auch feststellen, dass dies die Rechnung für versäumte Reformen in der Vergangenheit ist. Eine **Verbesserung der Organisationsstrukturen** ist daher dringend erforderlich. Das wurde auch von allen heute hier bestätigt.

Wenn es nicht möglich sein sollte, die landwirtschaftlichen Sozialversicherungen durch Reformen zu erhalten, muss aus unserer Sicht in Betracht gezogen werden, dass die Sozialversicherungen von den gesetzlichen Kassen getragen werden müssen. Am liebsten wäre mir natürlich, wenn wir damit einen Schritt in Richtung einer über Steuern finanzierten Grundrente bekämen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte es für angebracht, wenn die Landesregierung einen Bericht vorlegt, in dem sie darstellt, wie sie sich eine Neugestaltung und Verbesserung der Organisationsstrukturen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung vorstellt. Auch ich möchte deutlich machen, dass ich überhaupt nichts davon halte, wenn wir jetzt eine bundesweite landwirtschaftliche Sozialversicherung bekämen. Das wäre wirklich nicht der richtige Weg.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anke Spoorendonk)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als nächster hat Herr Minister Buß das Wort.

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Je länger man darüber nachdenkt, desto deutlicher wird das katastrophale Erbe der Ära Kohl.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Schuldenstand des Bundes hat sich unter Kanzler Kohl auf 1,5 Billionen DM verfünffacht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott! - Zuruf von der CDU: Den Anteil der deutschen Einheit müssen Sie abziehen! - Meinhard Füllner [CDU]: Das ist unlauter! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Ich nenne nur Zahlen ohne Bewertung! - Fast ein Viertel der Steuereinnahmen - ich nehme doch gar keine Schuldzuweisungen vor; ich stelle es nur fest -

(Meinhard Füllner [CDU]: Alles Kohl! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Ach Gott! Sie sind doch sonst nicht so dünnhäutig!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Minister Buß.

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Fast ein Viertel der Steuereinnahmen gehen für Zinszahlungen drauf. Das ist nicht nur eine schwere Erblast für unsere Kinder und Enkel, das raubt uns schon heute Gestaltungsmöglichkeiten für Innovation und für soziale Gerechtigkeit.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie ist das eigentlich in Schleswig-Holstein?)

Deshalb hat die Bundesregierung keine andere Alternative, als das Ruder herumzureißen. Ich stehe deshalb grundsätzlich zum **Sparpaket der Bundesregierung**. Dabei ist der Agrarhaushalt von Minister Funke nachweislich nicht stärker als die Haushalte der anderen Bundesressorts gekürzt worden, nämlich durchschnittlich um 7,4 %. Das wissen Sie alle sehr genau.

Seien wir ehrlich: Gerade die Landwirtschaft kann kein Interesse an leeren Kassen und an einem bankrotten Staat haben,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

denn sie bleibt doch auf Jahre hinaus auf staatliche Gelder angewiesen, insbesondere auch dann, wenn ihre bisher unentgeltlichen Leistungen für Natur und Landschaft endlich angemessen honoriert werden sollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Auf die Landwirte und ihre Familien kommen in der Tat hohe finanziellen Belastungen zu. Wahrscheinlich ist auch richtig, dass die Landwirtschaft mehr als andere betroffen ist.

(Reinhard Sager [CDU]: Leider wahr!)

Während nämlich die Steuerreform und das Sparpaket der Bundesregierung mehr oder weniger alle treffen, kommt für die Landwirtschaft die zusätzliche Belastung durch die **Agenda-Beschlüsse** hinzu. Dabei kann sich für eine Reihe von Betrieben sogar die Existenzfrage stellen. Das bedrückt mich.

Es ist nur ein schwacher Trost, dass die schleswig-holsteinische Landwirtschaft europaweit in der Spitzengruppe der leistungsfähigen Regionen liegt. Natürlich sind wir dadurch widerstandsfähiger. Wir setzen auf moderne Produktionsmethoden, gesunde Betriebsstrukturen, fachgerechten Umweltschutz, solide Ausbildung und gute Beratung.

Auch in diesem Jahr können wir auf eine hervorragende Ernte stolz sein.

Trotzdem teile ich ausdrücklich die Sorge, dass uns auch in Schleswig-Holstein die Summe der Belastungen aus Agenda, Steuerreform und Sparpaket vor große Probleme stellt. Was im Einzelnen notwendig und richtig sein mag, das ist in der Summe für die Landwirtschaft nur schwer erträglich.

Hinzu kommt, dass der **Agrarhaushalt im Bund** nun schon seit Jahren zum Sparen herangezogen wird. Seit dem ersten gesamtdeutschen Etat im Jahre 1991 ist der Agrarhaushalt von der alten Bundesregierung um 17 % gesenkt worden.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

In der gleichen Zeit ist der Gesamthaushalt aber um 18 % gewachsen. Wegen dieser Ungleichbehandlung hätte ich mir sehr gewünscht - das will ich hier auch deutlich sagen -, dass die neue Bundesregierung den Agrarhaushalt jetzt mehr schonte. Leider ist es anders gekommen.

Jetzt gilt es, weitere Belastungen konsequent abzuwehren. Mehr geht nicht. Die Landwirtschaft will sich anpassen, aber sie braucht dafür Zeit und Unterstützung.

Besonderen Gesprächsbedarf sehe ich in der Ausgestaltung der **Ökosteuer**. Da gibt es objektiv eine Schiefelage.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Während Großverbraucher durch reduzierte Steuersätze entlastet werden und die Wirtschaft durch die parallele Senkung der Sozialversicherungsbeiträge profitiert, schlägt die Ökosteuer in der Landwirtschaft voll durch.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die bäuerlichen Familienbetriebe haben nichts von der Senkung der Lohnnebenkosten.

In der vergangenen Woche haben Experten vor dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages die Belastung der Landwirtschaft allein aus der Ökosteuer mit einer Milliarde DM bis zum Jahre 2003 beziffert.

(Reinhard Sager [CDU]: Hört, hört!)

Ich bin der Meinung, dass dieses Geld - wie woanders auch - zumindest teilweise für Entlastungen der Landwirte eingesetzt werden sollte.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Reinhard Sager [CDU] und Anke Spörendonk [SSW])

Ich stehe mit Bundesminister Funke in Verbindung und weiß, dass er hierzu derzeit intensive Gespräche führt. Ich unterstütze Minister Funke ausdrücklich in seinen Bemühungen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die **Landwirtschaftliche Sozialversicherung** macht derzeit wegen notwendiger Strukturreformen von sich reden. Wir haben dazu schon Einiges gehört.

Die vorliegenden Anträge der Fraktionen greifen das Thema auf. Die **Landesregierung** wird zur nächsten Sitzung den von der CDU-Fraktion beantragten schriftlichen **Bericht** vorlegen.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Ob ich das machen werde oder die Sozialministerin, darüber werden wir uns beide noch abstimmen. Ich möchte dem Bericht nicht vorgreifen, sondern an dieser Stelle nur einige Kernaussagen zur Reform der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung kurz skizzieren. Die Landesregierung stimmt insoweit zu, dass die derzeitigen Organisationsstrukturen in der Landwirt-

schaftlichen Sozialversicherung dem Wirtschaftlichkeitsgrundsatz und dem Strukturwandel in der Landwirtschaft weiter angepasst werden müssen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Auch in der Bonner Koalitionsvereinbarung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist festgelegt, dass sich die Bundesregierung für eine Prüfung und zukunftsweisende Neugestaltung der Organisationen der agrar-sozialen Sicherung einsetzen wird. Diesem Auftrag ist die Bundesregierung gerecht geworden, indem sie mehrere Modelle vorgelegt hat.

Die Bundesregierung ist bereits in einen intensiven Dialog mit den Ländern und den Versicherungsträgern eingetreten. Auch die Agrarministerkonferenz hat sich mit dem Thema befasst. Die Landesregierung unterstützt die Bemühungen, die das Ziel verfolgen, möglichst bald zu einer konsensfähigen Lösung zu kommen.

Es gibt eine Vielzahl von Modellen, wie künftig die Organisationsstrukturen aussehen sollten. Dabei sage ich eines ganz klar: Eine zentralistische Lösung, wie sie insbesondere vom Bundesrechnungshof vorgeschlagen wird, lehnt die Landesregierung ab.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung befürwortet aber eine deutliche Reduktion der Zahl der landwirtschaftlicher Sozialversicherungsträger. Hier gibt es auch Übereinstimmung mit dem Berufsstand. Herr Ehlers hat das schon deutlich herausgearbeitet.

Bei der Diskussion über effiziente Strukturen ist zu berücksichtigen, dass wir bereits heute eine länderübergreifende Landwirtschaftliche Sozialversicherung für die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg haben. Von solchen **länderübergreifenden Organisationsformen** sind gerade die südlichen Bundesländer noch weit entfernt.

Die Landesregierung tritt dafür ein, das bewährte System der Selbstverwaltung im Bereich der agrar-sozialen Versicherung zu erhalten.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die **Selbstverwaltung** hat sich in Schleswig-Holstein seit langem bewährt. Das ehrenamtliche Element ist fundamentaler Bestandteil des Prinzips der selbstverwalteten Sozialversicherung.

Das Prinzip der Selbstverwaltung ist für mich eine Voraussetzung für eine zeit- und praxisnahe Umsetzung der gesetzlichen Aufgaben. Aus diesem Grund

(Minister Klaus Buß)

begrüße ich es, dass die Landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger bereits die Initiative ergriffen haben.

Schon jetzt sind Fortschritte bei der **Konzentration der Landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger** erkennbar. Dieser Prozess muss forciert werden, um Synergie- und damit Kostendämpfungseffekte optimal zu nutzen. Dazu gehört auch, alle Möglichkeiten der **Verwaltungsvereinfachung** beispielsweise durch Nutzung moderner Daten- und Kommunikationstechnologien konsequent auszuschöpfen. Aber so habe ich die Debatte auch verstanden. Glücklicherweise gibt es hier in diesem Hause auch einmal keinen Dissens.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als Nächster hat Herr Abgeordneter Jensen-Nissen das Wort.

(Zurufe)

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, Ihre Eingangsmerkungen waren geradezu unerträglich. Sie zeigen deutlich das schlechte Gewissen der Sozialdemokraten gegenüber der deutschen Wiedervereinigung.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

Nur das führt dazu, dass Sie diese Äußerung hier machen.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Sie sollten sich da etwas mäßigen und etwas vorsichtiger sein,

(Zurufe von der SPD)

denn im gleichen Zuge hat diese Landesregierung in zehn Jahren den Agrarhaushalt um über 25 % eingedampft. Also, bitte, keine Schuldzuweisungen, wenn Sie selbst im Glashaus sitzen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will Ihnen eines sagen: Bei der Chuzpe, mit derer Kollege Matthiessen hier über die Sparmaßnahmen in der Landwirtschaft redet und dann mit lächerlichen Zahlenbeispielen anführt, dass das alles nicht so schlimm sei, vergisst er letztlich - wie Rot-Grün es immer wieder tut -, dass Sie den Bauern im Schnitt der schleswig-holsteinischen Betriebe bis zu 20% ihres Einkommens kürzen. Das ist schlichtweg die agrarp-

olitische Wahrheit. Damit führen Sie die Landwirtschaft in ein schwieriges Fahrwasser.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall bei der F.D.P.)

Liebe Anke Spoorendonk, die Angleichung und die Anpassung nach der Agenda2000 sind mithin die schwierigsten Prozesse, in die wir geraten sind. Dies ist das Ergebnis der EU-Verhandlungen in Berlin und von nichts anderem. Dort haben Sie, meine Damen und Herren, Entbürokratisierung und andere Dinge beschlossen!

(Widerspruch bei der SPD)

Das führt am Ende - Kollegin Franzen, Sie wollen doch die Wahrheit nicht hören! -

(Lachen bei der SPD)

dazu

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die vermitteln Sie aber auch nicht! - Holger Astrup [SPD]: Wir lesen doch auch das „Bauernblatt“! Darin steht das schon alles!)

- ich kann warten -, dass die **Einsparungsmaßnahmen** bei der **Landwirtschaft** in der Bundesrepublik - unbestritten vom Bundeslandwirtschaftsminister Funke - rund 4 Milliarden DM betragen. Es gibt andere Berechnungen, die bis zu 5 Milliarden DM gehen.

(Holger Astrup [SPD]: 6 Milliarden DM!)

Nun kommen Sie mir nicht mit sozialer Symmetrie, wenn Sie anderswo darüber streiten, dass der Inflationsausgleich gewahrt bleiben muss! Bei der Landwirtschaft gehen Sie weit über das hinaus. Das zeigt, mit welcher Verachtung Sie im Grunde genommen den ländlichen Raum behandeln.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Ich will Ihnen noch eines sagen: Dieser Landwirtschaftsminister geht vor diesem Hintergrund ständig mit der Formulierung durchs Land, die Landwirtschaft müsse wettbewerbsfähiger werden. Allein durch die **Ökosteuern** und den Wegfall der Mineralölsteuerbefreiung entsteht heute für die deutsche Landwirtschaft gegenüber der europäischen Landwirtschaft, wenn dies dann endgültig vollzogen ist, im Schnitt ein Nachteil von über 70 Pfennig. Dann können Sie davon ausgehen, dass unsere Wettbewerber natürlich die Sektorken knallen lassen, wenn sie bei dieser Kostenstruktur mit uns auf den europäischen Märkten konkurrieren.

(Konrad Nabel [SPD]: Mit Biosekt!)

(Minister Klaus Buß)

Es geht eben auch um die Absenkung der Gasölbeförderung, die Kürzung bei der Alterssicherung, der Unfallversicherung, der Landwirtschaftlichen Krankenversicherung und die Einführung der Ökosteuern.

(Anhaltende Unruhe)

Nun sehen Sie sich doch noch einmal eine andere Zahl an - Sie wollen das ja nicht hören -: Sie versuchen krampfhaft, in diesem Haushalt eine halbe Milliarde DM einzusparen. Sie muten der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein zu, dies an Einsparungen in einem kürzesten Zeitraum hinzunehmen. Ich nenne dies unverschämte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will zum Schluss kommen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Sehr beeindruckend!)

Ihr schlechtes Gewissen spricht geradezu Bände. Sie können das ja nicht ertragen.

Ich sage Ihnen: Ein „Funke“ in Berlin reicht, um das Dach der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein anzuzünden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als Nächster hat Herr Abgeordneter Hentschel das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Aber nicht alles vorlesen!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz auf Ihre Ausführungen eingehen.

Die **Agenda 2000**, beschlossen im Europäischen Parlament, ist ein europäischer Beschluss, kein nationaler! Dort hat die Europäische Volkspartei, zu der auch die CDU gehört, für die Agenda 2000 gestimmt.

(Zuruf von der SPD: So ist es! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

- Danke schön, meine Damen und Herren! Ich sage das nur, damit wir wissen, wer welche Entscheidungen getragen hat und welche nicht!

Jetzt komme ich aber zu einer anderen Frage, die mich in letzter Zeit sehr beschäftigt hat; das ist nämlich der Niedergang der liberalen Partei Deutschlands.

(Lachen bei der SPD)

Das hat mich sehr beschäftigt. Ich habe mich einmal gefragt, warum das so ist.

Ich habe nun mit großer Aufmerksamkeit Ihren Redebeitrag zur Ökosteuer gehört - ich habe geradezu darauf gewartet, dass Sie etwas dazu sagen-, weil ich Ihnen etwas vorlesen möchte, und zwar von Hans-Dietrich Genscher.

(Lothar Hay [SPD]: Ist der noch Mitglied der F.D.P.?)

Hans-Dietrich Genscher, „Erinnerungen“ - das hat er vor zwei Jahren gesagt, 1997; das ist noch nicht lange her -:

„Immer wieder habe ich die Erfahrung machen müssen, dass das Finanzministerium vor allem als Haushaltsministerium betrachtet wird, ohne die großen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten zu erkennen, die in der Steuerpolitik liegen. Das mag erklären, warum es noch immer keine ökologische Steuerreform gibt.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, das fragen wir uns ja auch, warum es keine gibt!)

Ich fahre fort - zuhören, zuhören, Herr Kubicki; Sie wollen doch Ihre Partei retten!-:

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

„Nur bei konsequenter Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft in Richtung ökologische Marktwirtschaft durch ökologische Struktur- und Steuerreformen sind die Umweltprobleme zu lösen.“

Jetzt kommt es:

„Auch die Zukunft der liberalen Partei selber wird davon abhängen, ob sie den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu einem Schwerpunkt liberaler Politik der Zukunftsverantwortung macht.“

Danke schön!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Wortmeldungen liegen nicht mehr - - Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki.

(Peter Jensen-Nissen)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch darauf habe ich ja gewartet, Herr Hentschel. Ich weiß ja, dass den Grünen überhaupt nichts mehr einfällt und Sie jetzt liberaler werden wollen als die Liberalen selbst. Das erklären Sie ja bundesweit. Aber Sie müssen - -

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, Herr Nabel, bei Ihnen werde ich mittlerweile das Gefühl nicht mehr los, dass Ihre 68-er-Jacke für Sie zur Zwangsjacke wird - nach Ihrem Zwischenruf.

(Lachen bei der SPD - Beifall bei der F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Lieber mit Zwangsjacke im Parlament als ohne draußen! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die spannende Frage ist doch - -

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das können wir gern tun; davon können Sie doch nur lernen, Herr Hentschel! Sie können nur lernen, wie man Politik sinnvoll und richtig gestaltet.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir warten ab!)

Die spannende Frage ist doch immer nur - -

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben uns damit schon beschäftigt! Wir haben es gelesen! Sie offenbar nicht!)

- Ach, Herr Matthiessen, das ist dann ja - -

(Weitere Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

- Herr Matthiessen, er muss das dann vollständig lesen, er muss es verstehen und möglicherweise auch mit wachen Augen lesen!

Die spannende Frage, die immer im Raum steht, ist doch: Sie behaupten immer, weil Sie den Begriff „ökologisch“ im Munde führen, sei alles, was Sie tun, bereits ökologisch, alles das, was Sie machen, sei Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Erklären Sie mir doch, was an der Steuer, die Sie jetzt **Ökosteu** nennen, eine Ökosteu ist! Erklären Sie das einfach einmal. - Es ist eine Abzockernummer!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Selbstverständlich wollen wir die Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zur **ökologischen Marktwirtschaft**. Das bedeutet - das haben ja mittlerweile Ihre Freunde in Berlin dankenswerterweise erkannt, heißen sie Scheel, heißen sie Müller oder heißen sie anders -, dass das, was Sie bisher hier vorgetragen haben, mit ökologischer Umwandlung der sozialen Marktwirtschaft nichts zu tun. Das heißt nämlich, dass Sie marktwirtschaftliche Elemente auch bei der Frage, wie man mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgeht, einführen müssen, denn Marktwirtschaft ist nichts Anderes als die Verteilung von knappen Gütern auf dem Markt.

Preisgestaltung! Das haben Sie bisher nicht begriffen, denn Sie wollten ja - jedenfalls hat das Ihr Umweltminister bisher immer so erklärt - dirigieren, verordnen, statt mit den ökonomischen Instrumenten zu arbeiten, was wir Ihnen immer vorgeschlagen haben und wofür wir stehen.

Also, entwickeln Sie sich weiter zu einer ökologisch-marktwirtschaftlichen Partei; dann können wir besser miteinander reden. Kommen Sie weg von Ihren Anarcho-Ideen der 68-er Generation.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich verzichte angesichts des späten Abends auf eine erneute Antwort! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Lesen Sie weiter liberales Gedankengut! Dann können wir miteinander reden! - Anhaltende Zurufe und Gegenrufe)

- Herr Abgeordneter Kubicki! - Es ist zwar beantragt worden, dass alle drei Anträge an den Agrarausschuss überwiesen werden sollen. Nachdem der Minister aber ohnehin bereits gesagt hat, dass er in der nächsten Sitzung den Bericht erstatten wird, könnten wir jetzt den Antrag der Fraktion der CDU annehmen und die anderen Anträge an den Ausschuss überweisen. Ist das Haus damit einverstanden? -

Dann lasse ich zunächst über den Berichts Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2436, abstimmen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Die beiden anderen Anträge - der Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/2439, und der Antrag der

Fraktion der SPD, Drucksache 14/2461 - sollen an den Agrarausschuss überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Meine Damen und Herren, es ist verabredet worden, dass Punkt 13 von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und in der nächsten Tagung behandelt werden soll.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja scharf!)

Ich rufe dann noch die Tagesordnungspunkte auf, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über das Krebsregister des Landes Schleswig-Holstein (Landeskrebsregistergesetz - LKRG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2217

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 14/2390

Das Wort hat die Berichterstatterin des Sozialausschusses, Frau Abgeordnete Wähorn.

Frauke Wähorn [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Der Sozialausschuss hat sich in zwei Sitzungen mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung befasst und empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf mit der Ihnen vorliegenden Änderung in § 4 Abs. 8 anzunehmen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierseuchengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2321

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses
Drucksache 14/2426

Das Wort hat der Berichterstatter des Agrarausschusses, Herr Abgeordneter Hopp.

Claus Hopp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Agrarausschuss hat dem Gesetzesvorschlag einstimmig zugestimmt. Wir bitten, das Gleiche auch hier im Parlament zu tun.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Abkommen zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Erstattung von Finanzhilfe für den länderübergreifenden Besuch von Schulen in freier Trägerschaft (Finanzhilfe-Erstattungs-Abkommen)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2377

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 14/2433

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bildungsausschuss hat den ihm am 16. September 1999 überwiesenen Gesetzentwurf am 30. September beraten.

Der Bildungsausschuss schlägt auch diesmal einstimmig vor - und zwar mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist offenbar nicht der Fall.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Dann lasse ich über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Situation des Transportgewerbes in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2434

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein mit der Stellungnahme der Landesregierung

Drucksache 14/2276

Landtagsbeschluss vom 26. September 1996

Drucksache 14/227

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Erleichterung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grenzgebiet

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1809

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1832

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 14/2389

Das Wort hat die Berichterstatterin des Sozialausschusses, Frau Abgeordnete Walhorn.

Frauke Walhorn [SPD]:

Der Sozialausschuss empfiehlt einstimmig, der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses zu folgen und die beiden Anträge zur Erweiterung der Berichterstattung - Ihnen liegen die geforderten Punkte in der Unterlage vor - mit in die Beschlussempfehlung aufzunehmen.

Darüber hinaus empfiehlt der Sozialausschuss dem Landtag einstimmig, den Bericht im Sozial- und Wirtschaftsausschuss abschließend zu diskutieren.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, so zu handeln, wie der Ausschuss es vorgeschlagen hat. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Vandalismus

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2179

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/2409

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Wer die Kenntnisnahme beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1783

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 14/2415

Das Wort hat die Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Walhorn.

Frauke Walhorn [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Der mitberatende Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen. Der federführende Sozialausschuss emp-

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

fiehlt - mit den Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung der SPD -, den letzten Absatz des Antrags zu streichen und diesen in geänderter Fassung anzunehmen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Wenn ich das richtig sehe, gibt es den Bericht aus dem Sozialausschuss, dessen Beschlussempfehlung anders lautet als die des Wirtschaftsausschusses.

(Frauke Walhorn [SPD]: Herr Präsident, so habe ich es vorgetragen!)

Da Sie jetzt für den Sozialausschuss sprechen, schlage ich vor, dass wir zunächst über die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses abstimmen.

(Frauke Walhorn [SPD]: Der Sozialausschuss ist der federführende Ausschuss, so war es eigentlich immer gang und gäbe.)

- Ja, das würde ich auch so empfehlen. Es gibt keinen Widerspruch.

Wir stimmen über die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses ab. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und - ich glaube - auch dem SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Modellversuch Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen und Modernisierung der sozialen Hilfen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1418

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 14/2416

Ich erteile das Wort erneut der Berichterstatterin des Sozialausschusses, der Frau Abgeordneten Walhorn.

Frauke Walhorn [SPD]:

Der Ausschuss empfiehlt, die Ergebnisse aus Rheinland-Pfalz abzuwarten und dann zu einer Beschlussempfehlung zu kommen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist - bei einer Enthaltung des Herrn Abgeordneten Kayenburg - mit allen anderen Stimmen beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Bericht des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein an den Landtag und an die Landesregierung gemäß § 99 LHO über das Ergebnis der Prüfung „Soziale Dienste der Justiz“

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 14/2417

Das Wort hat die Berichterstatterin des Ausschusses, Frau Abgeordnete Kähler.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Dann lasse ich über die Beschlussempfehlung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen. Die nächste Tagung des Landtags, die 39. Tagung, beginnt am 17. November 1999. Die sitzungsfreie Zeit ist vom 18. bis 30. Oktober 1999.

Ich wünsche Ihnen einen guten Urlaub oder auch gute Erholung hier zu Hause und freue mich, Sie alle am 17. November wiederzusehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:58 Uhr